

selber überlassen dürfen. Wir sind allen Ernstes heute in einer wesentlich anderen Lage als die Christen der Apostelzeit, für die es völlig außer Frage stand, daß sie bei ihrer kleinen Zahl und geringen Stellung je eine Verantwortung für diese Welt hätten übernehmen können. Diese wurde ihnen erst aufgebürdet, als die Weltmenschen des zerfallenden Römischen Reiches mit ihrem Latein am Ende waren. Darum ist eine biblizistische Anwendung der apostolischen Paränesen vom Trost der zukünftigen Welt nicht möglich ohne die rechte „Übersetzung“ in unsere Lage. Auch ein christlicher Quietismus ist krank. Damit mündet diese Betrachtung über den Trost und die Kraft des christlichen Glaubens und Hoffens für alle Kranken notwendig ein in die Erwartung, das Ökumenische Konzil möge die Krankheit der christlichen Gemeinden ebenso klar zur Diagnose bringen wie die Krankheit der Welt, damit wir eindeutig wissen, wo die Sorge für diese Welt ihre Grenzen hat, und den Trost der zukünftigen nicht verlieren. Es ist vielmehr geboten, die irdische Welt mit ihren Sorgen, ihrem Irren und dem ihr eigenen schöpfungsmäßigen Vollbringen von der zukünftigen Welt Gottes her neu zu verstehen.

## Meldungen aus der katholischen Welt

### *Aus dem deutschen Sprachgebiet*

**Eine Umfrage der Katholischen Aktion über das Konzil** Getragen von der Überzeugung, daß die „innerkirchliche Reform nicht nur von oben kommen kann, sondern auch von unten angestrebt und vorbereitet werden muß“, veranstaltete die Katholische Aktion in Bayern im vergangenen Jahre unter dem Thema „Was erwarten wir Laien vom Konzil?“ eine Umfrage. In ihrem Organ „Die lebendige Zelle“ (Heft 5/6, München 1961) liegt nun das Ergebnis dieser Fragebogenaktion vor.

Insgesamt wurden 180 Fragebogen ausgewertet, die zu 93 Prozent von Laien und zu 7 Prozent von Klerikern ausgefüllt worden waren. 60 Prozent hatten höhere, die übrigen 40 Prozent Volksschulbildung. Die Liste der Befragten führt unter anderem Professoren, Ärzte, Ingenieure, Handwerker, Bauern, Angestellte, Hausfrauen und Lehrer auf. Ferner beteiligten sich 12 Arbeitsgemeinschaften, wie Pfarrausschüsse, Werkvolkgruppen und Frauenorganisationen. Die Antworten waren zum Teil sehr umfangreich und auch bei heiklen Themen bemerkenswert offen. Im Durchschnitt nahmen zu jeder Frage 136 Teilnehmer Stellung.

Ziel der Umfrage war, das Bewußtsein der Mitverantwortung der Laien in der Kirche und für die Kirche anzuregen und damit zu einem Gespräch über das Konzil zu führen. Die ausgegebenen Fragebogen umfaßten insgesamt 37 Fragen, die entsprechend dem Sinn der Umfrage nicht nur das Konzil als solches, sondern auch die verschiedenen Aspekte der Glaubens- und Seelsorgesituation unserer Tage betrafen und Möglichkeiten der Erfüllung des Weltauftrages der Laien und einer echten Katholischen Aktion ermitteln sollten.

### *Erwartungen und Wünsche der Öffentlichkeit*

Bemerkenswert ist, daß trotz der inzwischen stattgefundenen Klärungen, daß das bevorstehende Konzil kein Unionskonzil sein könne, die Antwort auf die Frage „Was

erwartet sich nach Ihrer Meinung die breite Öffentlichkeit vom Konzil?“ bei 58 Prozent lautet: „Die Wiedervereinigung im Glauben“. Mit weitem Abstand folgen „Erneuerung und Selbstdarstellung der Kirche“ mit 11 Prozent und „Anpassung an unsere Zeit“ mit 10 Prozent. Auch auf die Frage nach dem wichtigsten Thema, das das Konzil behandeln müßte, antworteten 43 Prozent der Befragten: „Die Einheit im Glauben“, 32 Prozent sehen die „innerkirchliche Reform allgemein als Anpassung an unsere Zeit“ als das Vordringlichste.

Auf die Frage, was sie selbst vom Konzil erwarten, sprachen sich 30 Prozent für „Erneuerung der Kirche“, 22 Prozent für „Wiedervereinigung im Glauben“, 20 Prozent für eine „Modernisierung“ der Kirche“ und 13 Prozent für ein „lebendigeres Christentum“ aus.

Eine überwältigende Mehrheit der Antwortenden sprach sich für die Hinzuziehung von Laienvertretern bei den Vorbereitungen und Beratungen des Konzils aus, insgesamt 92 Prozent, wovon 52 Prozent die Teilnahme der Laien als „notwendig“ ansahen und 40 Prozent sie als „wünschenswert“ bezeichneten. Nur 4 Prozent betrachteten sie als „unwichtig“.

### *Verkündigung und seelsorgliche Praxis in Ehefragen*

Aus den insgesamt 37 Fragen greifen wir die Fragen zum Thema „Ehe und Familie“ heraus, weil dieses Problem in den bisher von anderer Seite veranstalteten Umfragen und Äußerungen noch nicht in dem hier zutage getretenen Ausmaß behandelt wurde. Unsere Umfrage kommt zu dem Ergebnis, daß im Bereich der Ehe und Familie eine große seelische und geistige Not herrscht. Viele Menschen fühlten sich in dieser Not von der Kirche im Stich gelassen.

Die erste Frage lautete hier: „Sind Sie damit zufrieden, wie in der Verkündigung und in der seelsorglichen Praxis die Eheprobleme, im besonderen die eheliche Hingabe, gesehen und behandelt werden?“ Darauf antworteten 58 Prozent der Befragten mit einem „Nein“, 17 Prozent mit einem „Ja“ und 9 Prozent mit „Zum Teil“.

In den Begründungen zu den Ablehnungen ist fast durchwegs ein ausgesprochenes Unbehagen und eine große Unzufriedenheit, nicht selten auch eine verzweifelte Verbitterung festzustellen. Weitgehende Übereinstimmung herrscht in der Ablehnung der bisherigen Praxis der Seelsorge. So antworteten einzelne: „Nein! Keinesfalls! Hier ist eine große Aufgabe der Laienkatechese, des Laien, der nicht nur die Theorie, sondern auch die vielfältige Praxis kennt.“ — „Nein, der Klerus sieht die eheliche Hingabe meist nur als eheliche Pflicht und als Mittel der Kindererzeugung, nicht als Ausdruck der Liebe.“ — „Nein, weil viel zu negativ gesehen aus der Beichtpraxis usw. und viel zuwenig als Abbild vom Urbild Christi und der Kirche positiv gesehen und begrüßt wird.“ — „Nein. Schrecklich sind die Tabus und die überholten Begriffe. Der Klerus schweigt, die Gläubigen schweigen auch. Gehorsam, Ungehorsam, Abfall — alles vollzieht sich in einem fatalen Schweigen.“ — „Ich habe lange darin vermißt, daß die eheliche Hingabe eine Verherrlichung Gottes und nach Bonaventura ein Bild der stets sich verschenkenden Liebe Gottes ist, und nicht nur Teilnahme an der Schöpfung, sondern auch an der Erlösung.“ — „Vielfach beschränkt man sich nur auf die Kontrolle des Verbotenen. Ist es richtig, daß die Kirche für die eheliche Hingabe so genaue und strenge Vorschriften macht? Sollen nicht diese Fragen

behandelt werden wie andere Moralfragen auch, z. B. das Töten im Krieg, die Verteilung der Gewinne in der arbeitsteiligen Wirtschaft usw.? Aus der Heilsbotschaft Christi lassen sie sich nicht sicher beantworten, so bleibt es dem Gewissen des einzelnen überlassen, wobei die Kirche Wege zeigen kann. Daß hingegen die Nichtverwendung verhütender Mittel vor dem Altar versprochen werden muß, ist eine arge Belastung des Sakraments. Wie würden wir schaudern, sollten wir bei der Kommunion versprechen, die Hostie nicht zu beißen.“ — „In unserer Pfarrei sind in letzter Zeit fünf Ehepaare am Tage nach ihrer Hochzeit zum Tisch des Herrn gegangen. Dies hat bei verschiedenen, vor allem älteren Pfarrangehörigen beträchtliche Kritik ausgelöst, „denn nach der Hochzeitsnacht ist man doch nicht würdig, zum Tisch des Herrn zu gehen“. Entspricht diese Kritik der katholischen Eheauffassung?“ — „Eheprobleme werden zu sehr als Moralprobleme gesehen — zu wenig Darstellung der Ehe als Heilsweg von Mann und Frau. Der Leib in der christlichen Verkündigung hat noch immer nicht seine dringend notwendige Aufwertung erhalten.“

Einige Ja-Stimmen: „Ja. Aber jedes Dekanat sollte eine Eheberatungsstelle haben, bestehend aus Seelsorger, Arzt und Psychologe.“ — „Es kommt auf den jeweiligen Priester an.“ — „Die angebahnte Entwicklung soll weiter gefördert werden.“

#### *Vertiefung des religiösen Lebens in der Familie*

Die zweite Frage lautete: „Was müßte nach Ihrer Meinung von der Kirche getan werden, um das religiöse Leben in der Familie zu vertiefen?“ Bei der Beantwortung verlangten 26 Prozent „Mehr Familienseelsorge (Hausbesuche, persönliche Kontakte)“, 20 Prozent „Berücksichtigung der Familie in Liturgie und Verkündigung“, 18 Prozent „Elternschulung“ und 11 Prozent „Pflege des Familienschrifttums und des Familienbrauchtums“.

Einzelne Antworten sagen: „Leider nichts, da der Priester einer Familie kein Beispiel geben kann, das nachgeahmt werden kann.“ — „Das ist in erster Linie Sache der Eltern selbst.“ Die meist genannten Wünsche sind: „Die Familie nicht nur in der Lehre ernst nehmen, sondern in der Seelsorge auch.“ — „Häufige Besuche der Priester in den Familien.“ Die seelsorgliche Bemühung sollte sich vor allem richten auf das „gemeinsame Gebet“, „gemeinsames Bibellesen“, „religiöse Gespräche“, „Verbreitung des Familienbreviers“, „Familiengkommunion“, „Pfarrbriefe“. „Gebt uns einen Familienkatechismus, der einfach ist, aber allen Situationen der Familie gerecht wird“, schreibt einer. „Die Familie wäre als Ganzheit anzusprechen, als Gemeinschaft im Herrn, z. B. auch in der Messe, so daß nicht der Mann rechts, die Frau links, die Buben vorn rechts, die Mädchen vorn links sitzen, sondern alle beieinander. Die Impulse müssen von Familienvätern und -müttern ausgehen.“

Bemängelt wird das Fehlen einer Theologie der Ehe. „Sie könnte von aufgeschlossenen Theologen und Laien gemeinsam erarbeitet werden. Aber nicht von solchen, die alles schon wissen und gar nicht mehr hinzuhören brauchen. Die kirchliche Trennung der Gläubigen nach Ständen zerreißt die religiöse Einheit der Familie in der Kirche.“ — „Nicht jeden Abend ein anderes Familienmitglied zu kirchlichen Veranstaltungen wegrufen und das Wochenende auch von außersakramentalen kirchlichen Veranstaltungen nach Möglichkeit frei halten.“ — „Mehr von guten Familien reden und schreiben, statt nur von

Scheidungen und Skandalen. Die Ehe nicht als ‚happy end‘ hinstellen, sondern als eine lohnende, aber sehr schwere Aufgabe.“

Hans *Wagner*, der die Antworten ausgewertet hat, schreibt zusammenfassend dazu, daß im Gegensatz zu manch anderen Fragen gerade zu diesem Problem zuvörderst eine grundsätzliche theologische Neubesinnung durch das bevorstehende Zweite Vatikanische Konzil erwartet wird, eine Theologie der Ehe und des Geschlechtlichen, wie schon einmal angedeutet wurde. „In einer solchen positiven Lehre soll ‚Ehe und Familie wieder als vollwertige Lebensgestaltung‘ angesehen werden, soll der ganze Fragenkomplex herausgenommen werden aus einer einseitigen und oftmals nur am Negativen ausgerichteten Morallehre.“

**Wiener Weihnachtsseelsorgertagung 1961: Kirche und Jugend in neuer Begegnung**

Die diesjährige Weihnachtsseelsorgertagung (2. bis 5. Januar 1962) in Wien, die das Österreichische Seelsorge-Institut unter Leitung von Prälat Dr. Karl *Rudolf* durchführte, hatte zum Thema

„Kirche und Jugend in neuer Begegnung“. Sie zählte über 400 Teilnehmer, darunter mehrere Bischöfe, aus allen österreichischen Diözesen, Südtirol, der Schweiz und Deutschland. Zum Unterschied von früheren Tagungen war die Zahl der Referate an einem Tag (erster und letzter Tag zählte nur halb) auf drei beschränkt und mehr Raum für die Diskussion gelassen worden. Ein Abend war eigens einem Gedankenaustausch zwischen Priestern und Laienführern gewidmet. Diese Diskussionen haben sich als ein wertvoller Gewinn für alle Tagungsteilnehmer erwiesen, so daß zu hoffen ist, daß sie auch bei künftigen Tagungen beibehalten werden.

Bischof *Schoiswohl*, Graz, der die Tagung in Vertretung von Kardinal König eröffnete, betonte, wie wichtig und schwierig zugleich die kirchliche Jugendarbeit ist, da Jugend immer einen neuen, stets anderen Anfang bedeutet, im raschen Wandel der Generationen.

#### *Historischer Rückblick*

Im einleitenden Referat „Von der Jugendbewegung zur Jugend von heute“ versuchte Dr. Franz *Stauber*, Wien, langjähriger Sekretär der Katholischen Jungeschar, eine Interpretation der geschichtlichen Entwicklung (deren Aussagen über das Schicksal der „bündischen“ Jugend wohl einmal einer kritischen, sorgfältigeren Untersuchung bedürftigen). Er sprach von der Deutschen Jugendbewegung mit ihrem Protest und ihrer Flucht aus der satten bürgerlichen Welt in die Natur und ins Jugendreich; ihrem radikalen Willen zu einem einfachen und wahrhaftigen Leben; ihrer so nachhaltig auf Kultur und Erziehung wirkenden Entdeckung des Volkstums und Volksliedes; im katholischen Raum nannte er die Bünde „Neuland“ (Österreich), „Quickborn“ und „Neudeutschland“ (Deutschland), mit ihrem Willen, die Freiheitsideale der Jugendbewegung mit der kirchlichen Tradition und Autorität zu versöhnen, und ihrem großen Anteil an der Liturgischen Bewegung, der Bibelbewegung und an der Entstehung des neuen Kirchenbewußtseins. Sosehr die „bündische Jugend“ die Jugend dieser Zeit geprägt hat, so dürfe doch nicht übersehen werden, daß es neben dieser aus bürgerlichem Milieu kommenden Jugend die Jugend der Arbeiterschaft, der Handwerker und Bauern gab, die Jugend der traditionsgebundenen Vereine, die nicht in die Natur flohen, son-

*Die spezifischen Werte  
der verschiedenen Gemeinschaftsformen*

dern sich den Problemen der Zeit stellten und ihren Mitgliedern klare Ziele ins Leben mitgaben. Ein Großteil der bündischen (und anderen) Jugend habe sich dann Adolf Hitler zur Verfügung gestellt und wurde nach der großen Enttäuschung eine skeptische, allen Idealen absagende Jugend, mit der Parole „ohne uns“ gegenüber Staat und Gesellschaft. Andererseits reifte in den Jahren 1938 bis 1945 im katholischen Raum viel Positives: neue Jugendgemeinschaften bildeten sich, die Altargemeinschaften mit starkem Kirchenbewußtsein waren und unter dem Druck des Regimes ihre höchste Bewährung erlebten. Sie waren die Kerngemeinschaften, aus denen nach 1945 die „Katholische Jugend“ im Sinne der Katholischen Aktion aufgebaut wurde.

Für die Jugend von heute ist charakteristisch, daß sie in derselben Welt lebt wie die Erwachsenen, nämlich in der industriellen Arbeitswelt mit ihrer großen gesellschaftlichen Dynamik und im Umbruch aller Normen und Werte. Sie hat daher dieselbe Erfahrungsgrundlage und ist vor dieselben Fragen gestellt. Die Erwachsenen, so meinte der Vortragende, haben kein Recht, über die „schlechte Jugend“ von heute zu reden. Denn ein großer Teil der Erwachsenen generation erkennt nicht seine Verantwortung gegenüber der Jugend, sondern glaubt, genug getan zu haben, wenn er den materiellen Wohlstand sichert.

*Die Generation der Zwanzig- bis Dreißigjährigen ist  
ohne Ziel und Führung*

Über die „Lebensinhalte und Grundbedürfnisse der modernen Jugend“ sprach Prof. Gustav Granditsch, Wien. Nach seinen Beobachtungen verläuft etwa um das 30. Lebensjahr die scharfe Trennungslinie zwischen der Welt der Jugend und der der Erwachsenen. Etwa 70% der Jugend, besonders Arbeiterjugend, aber auch Studenten, lebt losgelöst von Elternhaus und Autorität, ist von keiner Organisation erfaßt, sondern spontan gruppiert und führt ein sehr aktives Leben. Sie ringt um einen Rest von Lebenssinn, hat eine sehr einsame Gottesbeziehung, ohne lebendigen Christus und ohne lebendige Kirche. Sie würde sich für große Aufgaben gewinnen lassen. Prof. Granditsch sagte, daß es noch niemals eine so selbständige und tatkräftige Jugendgeneration gegeben habe wie heute, doch fehle das Ziel und die Führungsschicht. So sinkt die große Kraft rasch in sich zusammen. Die Jugend ist plötzlich nicht mehr da, sondern in die Welt der Erwachsenen und ihrer Vergnügungsbetriebe untergetaucht. Da die Jugendlichen viel — zu viel — Geld haben, können sie an diesem Vergnügungsbetrieb reichlich teilnehmen und damit ihre seelische Pleite überdecken. Die eigentliche Ursache für diese plötzliche Änderung liegt im Religiösen. Es ist die Angst vor den niemals begriffenen letzten Dingen des Lebens. Innere Verlassenheit und Ohnmacht steht neben kritikloser Selbstüberhebung, kindischer Unsinn neben erschütterndem Heroismus. Der Jugendseelsorger müßte diese jungen Menschen sehr ernst nehmen, sich persönlich viel mit ihnen abgeben, in den tieferen seelischen Bereichen (nicht nur in äußeren Dingen) viel Geduld und Güte aufbringen und vor allem Führer für sie heranbilden. Nicht die Religionsstunde mit ihrem Vortrag, sondern die kleine Runde und das persönliche Gespräch als Quelle sittlicher Verantwortung sind das Entscheidende. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer täglichen Präsenz des Seelsorgers bei seinen Führern und Aktivisten.

Zum ersten Umblick über die heutige Jugend gehörte noch ein Vortrag von Kanonikus Franz Steiner „Alte und neue Gemeinschaftsformen in ihrer Bedeutung für die moderne Jugend“. Der Vortragende, langjähriger Rektor des Katholischen Jugendwerkes, vorher Pfadfinderkurat und geistlicher Führer einer Pfarrjugendgruppe während der Kriegszeit, derzeit Regens des Wiener Priesterseminars, konnte aus seiner weitreichenden Kenntnis der Jugendgemeinschaften genaue Charakterisierungen geben. Die Marianischen Kongregationen mit ihrer klaren religiösen Bildung und ihrem Apostolatgedanken seien auch heute noch aktuell. Sie haben wohl die besondere Aufgabe, der gesamten Jugend den marianischen Gedanken wieder näher zu bringen, der als Folge der starken Christusbezogenheit des religiösen Lebens vielfach in den Hintergrund getreten ist. Was die Mittelschulverbindungen betrifft, so liege eine gewisse Gefahr darin, daß die Formen des Kommerts, die im vorigen Jahrhundert als die allgemein üblichen studentischen Formen von den katholischen Hochschulverbindungen und nach ihrem Beispiel auch von den Mittelschulverbindungen übernommen worden sind, in diesem Alter innerlich nicht bewältigt werden. Es wird darauf ankommen, ob die menschlichen und religiösen Werte den Vorrang erhalten gegenüber den äußeren Formen.

Die Pfadfinderbewegung wiederum ist aus einem ursprünglichen Anliegen der Jugend, und zwar der Pubertätsjugend, gestaltet. Sie ist eine bubengemäße Welt mit Romantik, Zeltlager und Fahrt und führt zu echten menschlichen Werten. Diese konsequent gestaltete Jugendwelt ist die Stärke, aber auch die Schwäche der Pfadfinder, sobald der Jugendliche älter geworden ist. Eine andere Gefahr besteht auf religiösem Gebiet: wohl verlangt die Pfadfinderbewegung die Ausübung der jeweiligen Religion, doch hängt es ganz vom Führer ab, ob die Religion ein zentraler Wert ist oder an den Rand gedrängt wird. Wenn die Jugend im allgemeinen anders geworden ist, diese Jugendphase hat sich kaum geändert. Gemeinschaften, die diese Aufgaben verwirklichen, sind sehr wichtig für die gesamte kirchliche Jugendarbeit. Man dürfe keinesfalls die Jüngeren mit Methoden bilden wollen, die sich der reiferen Jugend gegenüber bewährt haben.

Was Kanonikus Steiner von der „bündischen Jugend“ sagte, deckte sich zum Teil mit den Ausführungen des ersten Referenten. Er hob hervor, daß diese Jugend auch die Lebensformen der katholischen Jugend wesentlich beeinflusst hat. Doch sei das Ziel der damaligen bündischen Jugend heute nicht mehr aktuell, da der Druck der Umwelt, bestimmte Aufgaben zu lösen, größer geworden sei und die heute klarer erkannte Pflicht zum Apostolat die Flucht ins Jugendreich nicht mehr ertrüge. Als Erbe aber sollte die Dynamik bleiben, als das Primäre gegenüber den ausgearbeiteten Programmen, und der Sinn für ein einfaches Leben. Wir würden heute wieder eine Bewegung brauchen, die — der Tendenz der Zeit entgegen — auf ein einfaches Leben hindrängt.

Einen ganz anderen Typ bildeten die Jugendvereine, vor allem der „Reichsbund der katholischen Jugend Österreichs“, der nach 1918 durch Zusammenschluß verschiedener kleiner Vereine entstanden ist. Seine Formen waren vom Erwachsenenleben hergenommen und seine Tätigkeit durch Statuten festgelegt. Doch machte er gewisse Wand-

lungen durch, vor allem, indem er von einem religiösen Minimalprogramm zu einer klaren religiösen Haltung gelangte und manche Formen der bündischen Jugend übernahm. Der Reichsbund, der immer eine Breitenorganisation war, hat viel ernste Bildungsarbeit und Sozialarbeit geleistet, u. a. im Kampf um den Jugendschutz und durch die Aktion „Jugend in Not“, und mehrere Generationen von Jugendlichen mit klaren Grundsätzen ins Leben entlassen. Viele einstige „Reichsbündler“ sind heute in führenden politischen Stellungen tätig. Doch war er eine geschlossene Welt und nicht nach außen geöffnet im Sinne des Apostolats. Während nun andere Jugendverbände nach 1945 wieder errichtet wurden, geschah das bekanntlich beim Reichsbund nicht. Den Grund dafür sieht Steiner darin, daß der Reichsbund einen Weg eingeschlagen hat, der — auch ohne die gewaltsame Unterbrechung 1938 — dahin geführt hätte, wo die Jugendarbeit heute steht.

Für die Gemeinschaften, die in den Jahren 1938 bis 1945 als „Pfarrjugend“ entstanden, sei, so betonte Kanonikus Steiner (ähnlich wie der erste Vortragende), die Mitte gewesen: das Erlebnis, Kirche zu sein, und die Konzentration auf heilige Messe, Bibel und Liturgie, ohne alle äußere Zeichen und äußere Bindung. Auch diese Formen seien heute nicht mehr aktuell. Doch als Erbe sei geblieben: das Bewußtsein, Jugend der Kirche zu sein; die Absage an ein religiöses Minimalprogramm, der Primat der Seelsorge und — im engen Zusammenhang damit — der Apostolatsgedanke.

Zur Frage des Jugendklubs, der heute vielfach als die Form der Zukunft angesehen wird, meinte der Vortragende, daß diese Form nur als ein Vorfeld, nicht aber als der Kern katholischer Jugendarbeit angesehen werden könne. Wieweit man solche Einrichtungen schaffen solle, hänge nicht zuletzt davon ab, ob man die Menschen habe, die solche Klubs führen können.

#### *Jugend im Arbeitsmilieu*

Die folgenden Vorträge behandelten die Milieus, die die Jugendlichen prägen. Dem Soziologen Prof. Dr. Johann Schasching SJ, Innsbruck, war das Thema „Arbeit und Beruf“ zugeteilt. Er begann mit Hinweisen auf die geänderte Haltung des Menschen zu Arbeit und Beruf: diese ist nicht mehr die primäre, den Menschen ganz beherrschende Wirklichkeit, sondern nur mehr ein Teil seiner Lebenserfahrung; daher wird die Freizeit nicht mehr als Erholung von und für die Arbeit angesehen, sondern als eine neue Wirklichkeit, die zur Arbeit in keiner Beziehung steht. Kennzeichnend für die heutige Gesellschaft ist ferner die große Mobilität der Berufsgruppen, die immer neuen Bedürfnisse, die neue Berufe schaffen und einen ständigen Wechsel des Arbeitsplatzes verursachen, wovon besonders stark die Jugendlichen betroffen sind. Da die Kontinuität fehlt, haben es die Jugendlichen schwer, zu Werteinsichten und charakterlicher Festigung zu gelangen.

Für den Jugendlichen, der mit 14 Jahren in Arbeit und Beruf eintritt, sind drei Tatsachen bestimmend: 1. Er erlebt die totale Unterordnung seines Wollens unter den Zwang des Produktionsprozesses, in welchem ihm als dauernde Leistung ganz bestimmte, meist wenige Handgriffe zugewiesen werden; dadurch wird er in der Erwartung, über seinen gegenwärtigen Zustand hinauszukommen, jäh ernüchert und seine Emotionalität schwer getroffen. 2. Der Jugendliche erfährt am Arbeitsplatz keine menschliche Wärme und Erziehungshilfe, obwohl er als

unfertiger Mensch diese Hilfe dringend brauchen würde. Während die Zunftordnung früherer Jahrhunderte den 14jährigen in die Meisterfamilien eingliederte, wird er heute allein gelassen; er befindet sich gleichsam in einem sozial „tiefgekühlten Klima“. 3. Im Gegensatz zur Zeit der aufstrebenden sozialistischen Bewegung, wo die Welt des Betriebes stark ideologisiert war, ist vom alten sozialen Fortschrittsglauben nicht viel mehr als ein primitiver Wille zum Konsum übriggeblieben. Der Jugendliche wird nicht zu grundsätzlichen Fragen und Entscheidungen angeregt. Das alles wirkt zusammen, daß der junge Mensch in seiner natürlichen und seelischen Entfaltung sehr geschädigt wird und zu keiner rechten Selbst- und Wertfindung gelangt, die die Voraussetzung für die Neufindung der Welt wäre.

#### *Forderung an die Sozialpolitik: Verlängerung der Jugendphase*

Aus diesen Tatsachen leitete Prof. Schasching eine sozialpolitische Forderung ab: Nachdem die erste Phase der Sozialpolitik die in Arbeit stehenden Menschen gesichert habe (Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung, Sozialversicherungen), die zweite Phase durch Ausbau der Renten den alten Leuten geholfen habe, müsse nun in der dritten Phase endlich der jugendliche Mensch im Mittelpunkt der Überlegung und Hilfe stehen. Es sei eine seltsame Disproportion, daß man bisher nur an die Erwachsenen und die alten Leute, nicht aber an die Jugendlichen gedacht habe, um ihren Existenzraum zu sichern. Wie im Mittelalter, wo es wirtschaftlich notwendig war, werden auch heute noch in einer Zeit größter wirtschaftlicher Produktivität die 14jährigen in den Wirtschaftsprozeß eingespannt. Die Wirtschaft würde bei einem späteren Berufseintritt der Jugendlichen, natürlich in vorsichtiger stufenweiser Anpassung, durchaus nicht geschädigt. Es wäre mit einer Aufgabe der Kirche, die Sozialpolitik in dieser Richtung voranzutreiben.

Auch nach einem späteren Berufseintritt müßte den Jugendlichen das vermittelt werden, was der Betrieb nicht vermitteln kann: das Werterlebnis und das Gemeinschaftserlebnis. Daraus ergibt sich die eminente Bedeutung der Jugendgemeinschaften und der Aktivistenarbeit. Außerdem müßten von der öffentlichen Hand bestimmte Werte demonstrativ gesetzt werden, um der für die Jugendlichen so schädlichen Relativierung der Werte, wie sie die Demokratie mit sich bringt, entgegenzuwirken. Gerade die alten Demokratien verhielten sich der Jugend und ihren Problemen gegenüber nicht demokratisch.

#### *Nichtchristliche Lebenshaltung in der Freizeit*

Zum Thema „Die moderne Jugend und die Freizeit“ wurden von Dr. Heinz Loduchowsky, Münster, die im großen und ganzen bekannten Tatsachen zusammengefaßt: die fortschreitende Arbeitszeitverkürzung, die in den USA bereits bei der 36-Stunden-Woche angelangt ist und offenbar noch nicht endgültig ist; der weltweite Relativismus, das Ergebnis nichtchristlicher Lebensführung und -haltung, die naturgemäß großen Einfluß auf die Freizeitgestaltung nehmen; im besonderen der Libertinismus, der jede absolute sittliche Norm ablehnt und das ungehemmte Sichausleben auf sexuellem Gebiet als das Normale und Gesundeste ansieht; die große Macht der Massenmedien. Im Sinne dieser Freizeitgesellschaft lehnt ein großer Teil der Jugend jede Ideologie ab, will schnell erwachsen sein, paßt sich an, um rasch vorwärtszukommen und Geld zu

verdienen, beurteilt alles nach der Nützlichkeit, begegnet jeder Autorität mit Mißtrauen und fordert die ungehemmte Freiheit im Freizeitkonsum.

### *Mittelschule und Hochschule*

Zwei Kurzreferate informierten über das Milieu der Mittelschule (in Deutschland „Höhere Schule“ genannt) und der Hochschule. Prof. Markus *Bittner* bestätigte die Erfahrungstatsachen, daß die Mittelschüler zwar einen anderen Autoritätsbegriff haben, nicht aber revolutionär sind; daß sie wenig eigenen Antrieb für eine höhere Bildung haben und in Fragen der Religion ziemlich indifferent sind. *Bittner* betonte, daß der Lehrstoff wenig Möglichkeiten für die wesentlichen Fragen eines Weltbildes und für eine demokratische Erziehung biete. In katholischen Jugendverbänden sind etwa 18% der Mittelschüler organisiert, doch wirkt sich dies im Milieu der Schule kaum aus.

Hinsichtlich der Hochschule sprach der Grazer Hochschulseelsorger Dr. Ludwig *Reichenpfader* von dem tiefen Riß zwischen Leben und Lebenssinn, unter dem viele Studierende leiden, nicht zur Ruhe kommen und sogar zum Selbstmord getrieben werden. Von der Philosophie, die auf den Hochschulen gelehrt wird, komme keine Hilfe. Viele haben die Haltung des Sowohl-Als-auch bzw. Weder-Noch; viele sind müde geworden, viele flüchten in die Betriebsamkeit. Die Kirche, die in den Jahren nach 1945 weithin als geistige Macht und Hort der Freiheit anerkannt wurde, hat an Boden verloren; der Fortschrittsglaube hat wieder viele fasziniert; eine mitleidige Toleranz ist spürbar, und sogar antiklerikale Parolen werden wieder laut. Auch praktizierende Studenten haben vielfach Last, am Glauben festzuhalten; sie empfinden ihn häufig als einen künstlich aufgesetzten Überbau. Pfarrer *Reichenpfader* erklärte mit Entschiedenheit, daß in dieser Lage eine formale Glaubensverkündigung und die traditionelle Apologetik keine Aussicht habe, angenommen zu werden. Nur persönliches Zeugnis in Wort und Leben überzeuge. Die Hochschulseelsorger seien auf der Suche nach Möglichkeiten echter Begegnung, um die vielen einzelnen zu finden, ganz ähnlich wie in der Arbeiterwelt. Der Mangel an Kontaktfähigkeit unter den Studenten ist allerdings ein schweres Hindernis. Sehr nachdrücklich betonte der Vortragende, daß es heute darauf ankomme, Menschen und Kapital in den Hochschulen zu investieren.

### *Schwerpunkte der Glaubensverkündigung*

Ein Hauptthema der Weihnachtsseelsorgertagung, „Moderne Jugendseelsorge und ihre Chancen“, wurde von Domkapitular Bartholomäus *Hebel*, Augsburg, behandelt. Der Vortragende hob einige Schwerpunkte heraus: 1. Die Vermittlung des rechten Gottesbildes, das erfahrungsgemäß stark von den Eltern, namentlich vom Vater, bestimmt oder belastet ist und daher von der Seelsorge ergänzt und korrigiert werden müsse: die wissenschaftliche Theologie müsse ihre Aussagen für die praktische Seelsorge „assimilierbar“ machen und ihre Begriffe stärker von der Bibel her nehmen (daher die bleibende Bedeutung der biblischen Theologie). 2. Die Vermittlung des rechten Christusbildes, in allem Reichtum der biblischen Aussagen und mit Vermeidung aller Verniedlichungen. 3. Die Darstellung der Kirche, die sich immer neu mit der Welt auseinandersetzt, die heute von einem Zug zum Wesentlichen beherrscht ist und sich um ein weltweites, allen Kulturen

geöffnetes Denken und um eine ökumenische Gesinnung und Solidarität aller Christen bemüht. Ferner die Weckung des sakramentalen Lebens, die Gebetserziehung und — um die Kälte der sozialen Umwelt zu überwinden — der Aufruf zu sozialen Diensten, etwa Sonntagsdienst zur Entlastung der Schwestern in den Krankenhäusern, womit man in Deutschland gute Erfahrungen gemacht hat. Die Chancen der Jugendseelsorge liegen einerseits im Willen der Jugend, etwas zu werden, das eigene Leben richtig einzuordnen, um eine feste Werteskala zu gewinnen, andererseits auf seiten der Kirche in dem Besitz wegweisender Wahrheiten und — was eine sehr reale Chance ist — in der Liebe zur Jugend und in jener bescheidenen Erziehungsarbeit, die weiß, daß Verschlüsseltetes wieder erweckt werden kann.

### *Der Jugendseelsorger: Nicht das Zeitgemäße entscheidet*

Pfarrer Anton *Nenning*, Hohenems, hatte das Thema „Die Gestalt des zeitgemäßen Jugendseelsorgers“ übernommen. Er sagte gleich am Anfang, der Akzent dürfe bei diesem Thema nicht auf „zeitgemäß“ liegen. Denn das Entscheidende bleibe das Bild Jesu als des Guten Hirten. Wer diesem Bilde nahekommte, ist ein guter Jugendseelsorger. Pfarrer *Nenning* faßte zusammen, was über die konkreten Aufgaben des Jugendseelsorgers gesagt werden kann: die Notwendigkeit, ständig persönlichen Kontakt mit den Jugendlichen zu halten; den Laien und seine Aufgabe in der Welt ernster als bisher zu nehmen, was auch ein Anliegen des Konzils sei; selbst von aller Verkrampfung frei zu werden und zur Welt Abstand zu halten; unermüdlich als Erzieher der Aktivisten tätig zu sein; interessiert zu sein am Fortschritt der Theologie, um das Glaubensgut wirklich lebendig an die Jugendlichen heranzubringen.

### *Das Apostolat der Aktivisten*

Nach der Kennzeichnung der verschiedenen Milieus und der Jugendseelsorge im allgemeinen wurde im vorletzten Referat „Die Bedeutung und Kraft der kirchlichen Jugendbewegung“ ins rechte Licht gestellt. Der Vortragende, P. Josef *Zeininger*, Begründer der österreichischen KAJ, Rektor des Katholischen Jugendwerkes, faßte noch einmal die Kernideen der heutigen kirchlichen Jugendverbände zusammen: das neue Selbstverständnis der Kirche, daß auch die Laien Kirche sind und daß die Kirche durch sie auf die Weltgestaltung Einfluß nimmt, und zum anderen die Apostolatserziehung. Diese letztere zu charakterisieren war sein Hauptanliegen. Entscheidend für das Apostolat sei die unentwegte Arbeit der wenigen, weshalb der Priester für sie Zeit haben müsse (die Schulung von wenigen sei auch ein Wesenszug des Wirkens Jesu). In ihrem apostolischen Wirken komme zum Ausdruck, daß Christentum nicht bloß ein Denkvorgang, sondern Tat ist, was im Glaubensleben der Christenheit weithin verlorengegangen ist. Diese Aktivisten sind auch im Hinblick auf die geistige Situation notwendig: da das europäische Bildungssystem in tragischer Weise den jungen Menschen in einem Alter (14 Jahre) entläßt, wo er die Erziehungshilfe am meisten nötig hat, und da heute keine allgemein anerkannten Wertordnungen mehr bestehen, die ihm Halt bieten könnten, braucht er ältere Menschen als Wegbegleiter und Helfer. Zum Alleingang ist er meist nicht fähig. Dieses Apostolat muß zugleich ein Milieuapostolat sein, d. h. das Milieu zu beeinflussen suchen, denn das Milieu ist erfahrungsgemäß sehr stark und kann alle

erzieherischen Anstrengungen zunichte machen. Wenn heute ein gewisser Typ von Jugendlichen im Pfarrheim erscheint, der laut ist und keine guten Umgangsformen hat (und daher nicht gerne gesehen wird), so ist das doch andererseits ein Beweis dafür, daß das Milieuapostolat Chancen besitzt und daß sich etwas geändert hat. Der Vorwurf gegen das Milieuapostolat, es bleibe erfolglos, ist unberechtigt: denn Erfolge sind zweifellos vorhanden, und Massen werden heute nirgends mehr erfaßt. Im übrigen liege der Erfolg des Apostolates nicht ausschließlich im zahlenmäßig Faßbaren: schon die bloße Anwesenheit eines apostolisch gesinnten Menschen ist ein gewisses Regulativ für die Umgebung. Qualitativ ist das Apostolat sicher — verglichen mit früher — verbessert worden, mag auch die Zahl jener, die es ausüben, nicht mehr so groß sein. Sehr wichtig ist auch die organisatorische Bindung und Verpflichtung, auch der materielle Beitrag; in einer Zeit der Flucht aus jeder Verpflichtung ist sie eine große Erziehungshilfe.

Im Schlußreferat „Mut zum Wesentlichen“ gab Bischof Dr. Franz Zak, St. Pölten, zu bedenken, ob nicht das veränderte Lebensgefühl der Jugend ein Auftrag Gottes an uns ist, die Zeit und die Glaubensfragen neu zu durchdenken; er faßte dann das Wesentliche, das den Jugendlichen vor Augen zu stellen sei, in drei Punkten zusammen: Mut zur ganzen Lebensfülle, in allen Bereichen, ohne Einseitigkeiten und manichäische Abwertungen; Mut zur Kirche, die in der Geschichte steht und immer neue Fragen beantworten muß, wobei auch die jungen Menschen in diese Aufgabe einbezogen sind und größere Anforderungen an sie gestellt werden sollten; und Mut zur Welt, die vor allem als eine Welt Gottes und nicht der Dämonen gesehen und geliebt werden müsse.

#### Aus dem Vatikan

**Papst  
Johannes XXIII.  
über Kirchenmusik  
und Liturgie**

Zur 50-Jahr-Feier des Päpstlichen Instituts für Kirchenmusik richtete der Heilige Vater an den Präsidenten dieses Institutes, den Prälaten Hyginus

Anglés Pamies, das folgende Schreiben (veröffentlicht im „Osservatore Romano“ vom 13. 12. 61):

„Lobet den Herrn! Denn es ist schön, unsern Gott zu lobpreisen“ (Ps. 146, 1). Wenn Wir diese Worte des heiligen Psalters im Geiste und mit den Ohren vernehmen, so bestärken sie Uns in dem immer schon lebendigen Bemühen, all das besonders zu fördern, was dazu beiträgt, den Gottesdienst feierlicher und reiner zu gestalten. Da aber die Kirchenmusik, deren Größe und Bedeutung immer mehr begriffen wird, mit der Feier der Liturgie aufs engste verbunden ist, wollten Wir, als Wir hörten, daß das Päpstliche Institut für Kirchenmusik in Rom den 50. Jahrestag seines Bestehens feierlich werde, gestützt auf diese Überzeugung, diesen feierlichen Anlaß nicht mit Schweigen übergehen und wollten deshalb Dir, geliebter Sohn, und dem Institut, dem Du in würdiger Weise vorstehst, durch dieses Schreiben Unsere Glückwünsche, Unsere Ermahnungen und Unser Lob aussprechen.

Als Unser heiliger Vorgänger Pius X. daranging, die liturgische Erneuerung in die Wege zu leiten, hat er scharfsinnig und ohne zu zögern die nicht geringe Bedeutung einer reinen und echt religiösen Kirchenmusik für eine solche Erneuerung erkannt. Darum veranlaßte er nach der Herausgabe des Motu proprio *Tra le sollecitudini*

*dell'ufficio pastorale*, durch das die traditionellen Regeln und Prinzipien hinsichtlich dieser Materie neu eingeschärft und den notwendigen Erfordernissen der neueren Zeit besser angepaßt wurden, in kluger Weise die Gründung dieser römischen Hochschule für Kirchenmusik.

Die Hoffnung Unseres heiligen Vorgängers wurde nicht enttäuscht. Im Gegenteil! Seine Erwartungen wurden mit reichen Früchten belohnt. Durch 50 Jahre hat das Institut, dem Du vorstehst, das ihm gesetzte Ziel bewußt und mit Eifer verfolgt. Unsere Vorgänger Benedikt XV., Pius XI. und Pius XII. haben es durch hohes Lob ausgezeichnet. Das Lob, das Wir jetzt spenden, da Wir Uns mit Genugtuung über seine Aktivität und seine Entwicklung freuen dürfen, soll aber keineswegs geringer sein. Die Tätigkeit des Instituts ist ganz der Erhaltung und Entfaltung jenes geistlichen Erbes gewidmet, dessen unschätzbare Werte jedermann in der Kirche anerkennt. Durch die kirchenmusikalische Ausbildung der Alumnen, die einmal durch Rat und Tat auf die Gestaltung der Liturgie Einfluß nehmen werden, im Geiste der Liturgie, erfüllt das Institut für Kirchenmusik eine hochbedeutsame Aufgabe. Außerdem hat es auf Grund seiner Zweckbestimmung und auf Grund der Eigenart seiner Lehrfächer die Aufgabe, die Denkmäler der römischen liturgischen Musik zu erhalten. Es überliefert dieses Material unversehrt und macht es zum Gegenstand sorgfältiger Forschung und genauen Studiums. Obwohl der Tätigkeitsbereich des Instituts weiter gespannt ist, so weist es doch mit vollem Recht der Pflege des Choralgesangs, der wunderbaren Stimme der Einheit des Volkes Gottes, der nach Gregor dem Großen als Gregorianischer Gesang bezeichnet wird und vom heiligen Pius X. zum Fundament der Kirchenmusik gemacht worden ist, einen Ehrenplatz zu. Aber mit nicht weniger Eifer und Sachkenntnis unterweist es die Alumnen in der vokalen Polyphonie, die im 15. und 16. Jahrhundert zu vollendeter Höhe emporwuchs, im mehrstimmigen Gesang unserer Zeit und in der Kunst und der Technik des Orgelspiels.

Unsere Vorgänger Pius XI. und Pius XII. haben, durch religiösen Eifer und kluge Vorsorge dazu veranlaßt, durch die Apostolische Konstitution *Divini cultus sanctitatem* und die Enzyklika *Musica sacra disciplina* [vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 417 ff.] in dieser Sache mehrere Vorschriften erlassen, die sich vor allem jene vor Augen halten sollen, die auf Grund ihres Amtes dazu verpflichtet sind. Ebenso sorgfältig zu beachten ist die *Instructio De Musica sacra et sacra Liturgia* [vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 148 ff.], die die Ritenkongregation am 3. September 1958 erlassen hat.

Wir möchten jetzt auf einige Einzelheiten hinweisen. Es gefällt Uns ganz besonders, daß durch dieses Institut der Vorrang der lateinischen Sprache in der Liturgia solemnis nach den geltenden Vorschriften besonders gepflegt und geschützt wird. Denn diese ist, abgesehen von ihrer Schönheit, mit den Melodien der römischen Kirche aufs engste verknüpft und bildet ein offensichtliches und glanzvolles Zeichen der Einheit. Diese verehrungswürdige und erhabene, durch ihren Charakter selbst dem musikalischen Rhythmus sich anschmiegende, ernste und wohlklingende Sprache, die Muttersprache der Kinder der Kirche, enthält in ihrer erhabenen Form Schätze der Wahrheit und der Frömmigkeit. Sie ist kraft rechtmäßigen Brauches in die Liturgie eingeführt und muß deshalb darin auch den ersten Platz behalten, der ihr aus mehr als einem Grunde zukommt.

Die liturgische Katechese muß aber in noch geeigneterer Form erteilt werden. Ebenso muß alles gefördert werden, was einer Stärkung des Gebrauchs von liturgischen Andachtsbüchern dient. Denn dann können die Gläubigen der heiligen Handlung mit Andacht und Verständnis folgen. Damit werden ohne Zweifel auch die Voraussetzungen geschaffen, auf Grund derer sich der Sinn der liturgischen Handlungen auch dem einfachen Volke erschließen kann. In dieser Weise wird der liturgische Fortschritt bei Einhaltung des rechten Weges sich aufrichtiges Verständnis erwerben.

Unsere besondere Zustimmung wird dieses Institut finden, wenn es mit besonderer Sorgfalt die religiösen Gesänge in der Volkssprache, und zwar sowohl die von den Vorfahren überkommenen wie die neuvertonten, pflegt und lehrt. Wird die Liturgie nicht in der Form der Liturgia solemnis gefeiert, so sind solche Rufe und Gesänge, die seit langer Zeit in unseren Kirchen Gastrecht genießen, von nicht zu unterschätzendem geistlichem Nutzen. Trotzdem wird es immer eine heilige Verpflichtung bleiben, daß in der Liturgia solemnis in den bekanntesten Domen wie in den einfachen Landkirchen das Latein sein königliches Szepter und seine erhabene Herrschaft beibehält.

Wenn aber einerseits die Pflege des kirchlichen Volksgesangs notwendig ist als einheitliche Stimme und als Symbol ein und derselben Liebe, so finden wir doch die Bemühungen lobenswert, die Dich und andere weise und eifrige Männer dazu führten, die „Scholae cantorum“ in Ehren zu halten und dort, wo sie verfallen sind oder stagnieren, sie zu neuem Leben zu erwecken. Wir möchten vor allem auf die Chöre in den großen Kirchen hinweisen, auf die Chöre der Abtei- und Klosterkirchen, die oft von besonderem Wert und von historischer Bedeutung sind, aber auch auf die Chöre, die in den Pfarrkirchen errichtet worden sind oder in Zukunft noch errichtet werden, ebenso auf die Chöre in den Seminaren und Kollegien. Die Mühen werden sicher nicht gering, die Früchte aber um so größer sein, für die größere Ehre Gottes und den Fortschritt des christlichen Lebens.

In diesem Institut wurde bisher nicht wenig Arbeit geleistet. Es besteht deshalb die berechtigte Hoffnung für eine noch bessere und wirkungsvollere Tätigkeit in der Zukunft. Sehr freuen wir uns mit Dir, geliebter Sohn, über den Fortschritt, den es dank Deines unermüdligen Eifers erzielt hat. Unter anderem ist es für uns eine ganz besondere Freude, daß jüngst durch einen hochverdienten Mann, dem Gott seine Verdienste vergelten möge, ein eigener Lehrstuhl zur Pflege der Musik für die Missionsländer errichtet worden ist. Die Völker, denen die Verkünder des Evangeliums das Wort und das Licht Gottes bringen, verfügen oft über alte musikalische Schätze und freuen sich ganz besonders über ihre eigenen Lieder. Darum ist der Entschluß sehr zu begrüßen, zu ihrem geistlichen Nutzen diese einheimischen Gesänge zu sammeln, zu bearbeiten und sie für den katholischen Gottesdienst brauchbar zu machen. Das soll so geschehen, daß für die einheimische religiöse Musik ein Fundament geschaffen wird.

Alles, was unter Gottes Führung bereits zu einem guten Erfolg geführt hat, bildet einen Anreiz für eine noch wirksamere Entwicklung. Dieses uns teure Institut für Kirchenmusik möge immer bestehen bleiben, möge wachsen und möge zu den alten Verdiensten noch neue hinzufügen. Es möge danach streben, unter dem Beistand und im Geist der Kirche täglich mit neuem Eifer jene Musik zu

pflegen, die, wenn sie von außen mit unserem Ohr vernommen wird, aus dem Herzen einen neuen gottgefälligen Gesang, eine milde Opfergabe, ein frei gegebenes Geschenk emporsteigen läßt. Und daran muß auch der einfachste Mensch teilhaben können: „Beten wir singend und singen wir betend“ (Augustinus, Sermo 342, 1).

Indem wir das aus tiefstem Herzen wünschen, erteilen wir Dir, geliebter Sohn, dem eifrigen Präsidenten des Päpstlichen Instituts für Kirchenmusik, der sich mit bewußter Ausdauer seinem Amte widmet, dessen Professoren und Alumnus, die es jetzt sind und die es einst waren, den dem Institut angeschlossenen Schulen und allen, die es in irgendeiner Weise unterstützen und fördern, den Apostolischen Segen. Das sei das bleibende Unterpfand unseres Wohlwollens und unserer Liebe.

Gegeben zu Rom, bei St. Peter, am 8. Dezember 1961, im vierten Jahre unseres Pontifikates.

Johannes XXIII., Papst

**Zum theologischen Begriff des Konzils** Am 25. November 1961 hielt Professor Sebastian Tromp SJ, der zugleich als Sekretär der Theologischen Kommission für die Vorbereitung des Konzils amtiert, aus Anlaß der Eröffnung des akademischen Jahres und der Feier zum 80. Geburtstag des Papstes in der Gregorianischen Universität in Rom eine Festvorlesung „De futuro Concilio Vaticano II“. Der Anlaß und das illustre Auditorium dieser Rede, vor allem aber die Person des Redners verleihen seinen Worten eine besondere Bedeutung. Nachdem ihr genauer Text nunmehr vorliegt („Gregorianum“ Bd. 43, Nr. 1, 1961, S. 5 bis 11), können wir das Wesentliche ihres Inhalts wiedergeben.

Nach einleitenden Worten, die dem Anlaß der akademischen Feier gewidmet waren, erörterte Professor Tromp zunächst den theologischen Begriff der Ökumenizität. Er sagte:

#### Ökumenisch

„Um mit dem Namen zu beginnen: Das Konzil wird ein ökumenisches Konzil sein in dem Sinne, wie die Kirche dieses Wort viele Jahrhunderte hindurch verstanden hat, also nicht ein diözesanes oder regionales, sondern ein absolut universales. Zu ihm werden die Bischöfe und anderen Prälaten der gesamten Kirche aus der ganzen Ökumene, das heißt aus dem ganzen bewohnten Erdkreis, eingeladen, um als Richter und Zeugen des Glaubens zusammen mit dem Stellvertreter Christi dem geistlichen Wohl des Mystischen Leibes Christi, der die katholische Kirche ist, zu dienen.“

Man könne, so bemerkt Tromp in Ergänzung zu dieser Definition, darüber diskutieren, ob das Konzil von Florenz schon von Anfang an ein ökumenisches war. Wie immer es darum bestellt sein mag, ist die theologische Situation heute, nach der Definition des päpstlichen Primates und der Unfehlbarkeit, eine andere als im 15. Jahrhundert.

Er erwähnte dann das Mißverständnis nach der Ankündigung des neuen Konzils, das manche zu der Annahme verleitete, der Papst wolle die getrennten Brüder zu Unionsverhandlungen einladen, und bemerkte dazu:

„Das hätte der Papst freilich tun können. Aber wenn er es getan hätte und seine Einladung angenommen worden wäre, dann hätte doch eine solche Zusammenkunft, wenn auch aus allen Teilen der Welt besickt, niemals ein

Ökumenisches Konzil im katholischen Sinne genannt werden können. Denn auf einem Ökumenischen Konzil handeln die Bischöfe, die unter einem Oberhaupt versammelt sind, mit gleichem Recht (*aequo iure*) als Zeugen und Richter des Glaubens. Wenn aber ein solches Recht denen zugestanden würde, die im Glauben irren und untereinander nicht im Heiligen Geiste verbunden sind durch das sichtbare Haupt der Kirche, das heißt durch den Stellvertreter Christi auf Erden, dann wäre es geschehen um die Einheit der Kirche, die ihrem Wesen nach die Einheit des Glaubens, der Leitung und des Kultes fordert; dann wäre es geschehen um ihre Katholizität, die ohne Einheit nur eine Fiktion ist; dann wäre es geschehen um ihre Heiligkeit, die durch eine Verfälschung des Glaubens befleckt wird; dann wäre es geschehen um ihre Apostolizität, die von Grund auf zerstört wird, wenn man den Primat Petri daraus wegnimmt; dann wäre es schließlich auch geschehen um die Unfehlbarkeit der Kirche, die dort nicht sein kann, wo in gleicher Weise die Wahrheit und der, wenn auch unverschuldete, Irrtum geehrt werden.“

Man könne der Kirche wegen des ihr eigenen, traditionellen Gebrauchs des Wortes „ökumenisch“ nicht den Vorwurf machen, daß sie Verwirrung gestiftet habe.

„Damit aber dem eben erläuterten Mißverständnis ein Ende demacht würde, erklärte eine hohe Persönlichkeit (Kardinalstaatssekretär Tardini am 24. Januar 1960 in einem Interview mit dem französischen Fernsehen): das Konzil sei eine innere Angelegenheit der katholischen Kirche. Leider sind auch diese Worte durch unrichtige Auslegung ihres ursprünglichen Sinnes beraubt worden, als ob die katholische Kirche sich um jene Ökumenische Bewegung, in der sehr viele getrennte Brüder nach einer religiösen Einheit streben, nicht kümmern und ihr keine Bedeutung beimesse. Nichts irriger als diese Meinung! Denn die römisch-katholische Kirche, und sie allein, ist der Mystische Leib Christi auf Erden (Pius XII., *Humani generis*, vgl. Denz. 2319 in Vergleich mit *Mystici Corporis*). Dieser verehrungswürdige Leib muß fortgesetzt heranwachsen zum Maß des Vollalters Christi, und das nicht nur an Tugend und Verdienst, sondern nicht minder auch an Zahl der Gläubigen, bis endlich eine Herde und ein Hirte (vgl. Joh. 10, 16) wird. Aus diesem Grunde werden die Konzilsväter mit aller Energie und Kraft dahin streben, daß unter Aufrechterhaltung der Wahrheit und der von Christus gewollten Verfassung der Kirche der Weg in das mütterliche Haus leichter begehbar wird. Durch solche Maßnahmen werden sie mit dem Geiste Christi selbst zusammenwirken, der mit seinen Gaben und Gnaden nicht nur die Gläubigen im Mystischen Leibe leitet, sondern auch die Getrennten, die guten Willens sind, zum Mystischen Leibe hinführt (vgl. Augustinus, Enarr. in Ps. 85, 15; PL 37, 1092). Daß dieses die ‚ökumenische‘ Gesinnung des Stellvertreters Christi ist, ergibt sich deutlich aus vielem anderm, besonders aber aus der Gründung eines Sekretariates unter der Leitung eines Kardinals, der hervorragende Verdienste in dieser Sache hat.“

#### *Pastoral*

In einem zweiten Teil seiner Vorlesung klärte Professor Tromp eine andere Art von Mißverständnissen, die einen Gegensatz zwischen der „pastoralen“ und der „dogmatischen“ Aufgabe eines Konzils zu schaffen scheinen, vielleicht mit dem stillen Wunsch, das Konzil möge doch nichts oder möglichst wenig an dogmatischen Entscheidungen bringen.

„Wir betrachten nun einen andern Aspekt des künftigen Konzils: es soll in Wahrheit pastoral sein. Denn die Bischöfe sind Hirten und Lehrer der Kirche (vgl. Eph. 4, 12). Wenn sie zu einem Konzil zusammengerufen werden, kommen sie zusammen zu dem Zweck, die Gläubigen zu nähren, nicht zwar mit dem Brot der Sakramente, aber mit dem Brot der Lehre und der Zucht. Vor anderem ist es ihre Aufgabe, sorgfältig zu prüfen, ob das Brot der Lehre, das den Gläubigen allerorten dargereicht wird, rein ist, recht beschaffen und unverdorben. Denn die reine Lehre ist das Salz der Erde; wenn aber das Salz schal geworden ist, womit soll man es salzen? (Vgl. Matth. 5, 13.) Deshalb haben die Konzilsväter die heilige Pflicht, das Depositum fidei zu schützen (vgl. 1 Tim. 6, 60; 2 Tim. 1, 14) und sich allen möglichen entgegenstehenden Lehren einer falsch benannten Wissenschaft (vgl. 1 Tim. 6, 20) zu widersetzen. Diese ist ja leider seit dem Tod des Apostels Paulus nicht ausgestorben, sondern sie lebt und schleicht umher, mehr oder weniger lebendig, mehr oder weniger getarnt, wie es die verschiedenen Verhältnisse der verschiedenen Zeiten mit sich bringen.“

Im Folgenden gab Prof. Tromp die nähere Begründung: „Wo aber die Reinheit des Glaubens in Gefahr ist, da wird nicht nur die Lehre ins Wanken gebracht, sondern auch die Zucht des Lebens. Heute gilt das ganz besonders. Wer wäre so blind, nicht zu sehen, daß heute fast überall eine Krise der Auktorität besteht oder auszubrechen droht; in der Familie, in der Schule, im Berufsleben, im Staat. Kein Wunder; nichts untergräbt die Auktorität mehr als ihr Mißbrauch, den Unzählige körperlich und seelisch erlebt haben und heute noch erleben, unter totalitären Herrschaftssystemen. Wie auch immer, diese Krise als soziale Krise ist da, und weil die Kirche zwar nicht von dieser Welt ist, aber doch in dieser Welt, ist auch in ihr ein Nachbeben davon vernehmbar, mehr oder weniger stark in ihren Gliedern, Unternehmungen und Verhaltensweisen. Das soziale Problem ist aber nicht zu lösen, wenn nicht das sittliche gelöst wird. Das sittliche aber ist seinerseits nicht zu lösen, wenn nicht die religiöse Frage gelöst wird, die der ganzen Krise zugrunde liegt, und zwar nach den Grundsätzen des Glaubens. Wenn wir uns zu ihnen bekennen, dann muß die rechtmäßige Auktorität sich bewußt sein, daß sie keine Gewalt hat, die ihr nicht von oben gegeben wäre (vgl. Joh. 19, 11), und daß sie von oben für deren Gebrauch zur Rechenschaft gezogen werden wird (vgl. Hebr. 13, 17). Die Untergebenen aber müssen zu der Einsicht kommen, daß man in einem Oberen, der rechtmäßig befiehlt, Gott und Christus, den Herrn, zu sehen hat (vgl. Röm. 13, 1—2; Eph. 6, 5; Kol. 3, 22; Tit. 3, 1), auch wenn er, um mit dem heiligen Petrus zu sprechen, ein launenhafter Mensch ist (vgl. 1 Petr. 2, 13—19). Ich sehe nicht, wie man klarer unterscheiden könnte zwischen der Person des Befehlenden, die mangelhaft, ja sogar sündig sein kann, und der göttlichen Auktorität, die sie verkörpert.“

Daraus zog Professor Tromp eine wichtige Folgerung für das Konzil: „Auf keinen Fall dürfen wir uns der Meinung hingeben, ein modernes Konzil sei eine Art Dialog zwischen Hirten und Gläubigen, bei dem die Gläubigen ihre Wünsche und Beschwerden darlegen und die Hirten Rechenschaft von ihren Dekreten geben, so daß sie nicht mehr Untergebene haben, sondern eher Mitarbeiter, deren Mitarbeit aber nicht aus dem Glauben hervorgeht, daß sie im Oberen Christus sehen und zu Christus als dem Vorbild und Urheber des Glaubens hinaufschauen (vgl. Hebr.



2, 10), der für uns gehorsam geworden ist bis zum Tod, ja zum Tode am Kreuz“ (vgl. Phil. 2, 8).

Aber wie in der Frage der Ökumenizität, so darf man auch in dieser Sache nicht in das entgegengesetzte Extrem fallen: „Was wir von der pastoralen Anlage gesagt haben und, darin eingeschlossen, von der alten, doch nicht veralteten Unterscheidung zwischen der lehrenden und der hörenden Kirche, ist nicht so gemeint, daß wir die Ansicht derjenigen ablehnen möchten, die sich dafür aussprechen, daß das künftige Konzil das unserer Zeit gemäße Charisma der ‚Offenheit‘ oder ‚Aufgeschlossenheit‘ (apertitudo) besitzen müsse. Damit meint man, daß die Konzilsväter mit offenen Ohren rechts und links die Bedürfnisse und Nöte unserer Zeit aufnehmen und auch der gesunden öffentlichen Meinung in der Kirche Rechnung tragen sollen.“

#### *Exkurs über die öffentliche Meinung*

Professor Tromp ließ an dieser Stelle eine wichtige Erläuterung dieses vielfach verschieden ausgelegten Begriffes folgen: „Ich habe mit Bedacht gesagt: der gesunden öffentlichen Meinung! Es gibt nämlich, allgemein gesprochen, auch eine ungesunde öffentliche Meinung, ja sogar eine falsche und mit falschen, künstlichen Mitteln geschaffene.“

„Es ist auch in der Kirche nicht so leicht, wie manche sich das vorstellen, die gesunde öffentliche Meinung richtig zu erkennen. Wenn wir die Grundsätze Papst Pius' XII. anwenden [Tromp wies hin auf die Ansprache an das Kardinalskollegium am 24. 12. 1945, AAS 38 (1946) 22; die Ansprache vom 17. 2. 1950, AAS 42 (1950) 251—257; vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 313; die Ansprache an die französischen Familienväter vom 18. 9. 1951, AAS 43 (1951) 732—733; vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 68; und die Ansprache an die Vereinigung der auswärtigen Presse in Rom vom 12. 5. 1953, AAS 45 (1953) 401; vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 409], können wir sie nur auf eine einzige wirklich brauchbare Art und Weise kennenlernen. Wir müssen darauf achten, wie kluge und lebenserfahrene (sapientes) Menschen, die von religiösen Dingen etwas verstehen und außerdem von katholischem Geist erfüllt sind und nichts anderes wollen als das Wohl der christlichen Sache (reipublicae christianae), auf das, was in der Kirche geschieht, spontan und natürlich reagieren. Nun sind die Menschen, die über alle diese Begabungen verfügen, ziemlich rar. Es kommt hinzu, daß die Weisen und Klugen, wie sie in der Heiligen Schrift (vgl. Jak. 1, 19; Eccle. 10, 14; Eccli. 21, 19; Prov. 10, 14) beschrieben werden, langsam sind im Reden und mit Worten sparen, ihre Lippen mit ihrem Herzen bewachen und ihr Wissen eher verbergen als am Markt verkaufen. Nicht selten ist es auch so, daß die Sachverständigsten aus Gründen der Amtsverschwiegenheit nicht reden können.

Um alle diese Schwierigkeiten mit einem Schlage zu meistern, griff Papst Johannes zu einem Mittel, über das allein der Stellvertreter Christi verfügt. Schlicht und einfach beauftragte er den Kardinalstaatssekretär, an alle Kardinäle, Bischöfe, die Behörden der Römischen Kurie, die Ordensoberen und die Rektoren der katholischen Universitäten bzw. Fakultäten zu schreiben, sie möchten frei und aufrichtig der Vorbereitenden Kommission mitteilen, was sie an Erwägungen, Ratschlägen und Wünschen im Interesse der Seelen zu den Traktanden des Konzils über die Lage der Kirche beizutragen hätten, und sie möchten auch andere erfahrene und kluge Geistliche zu Rate ziehen. Fast alle haben das getan. Tausende von Antworten fül-

len fast achttausend Seiten in fünfzehn großen Bänden. Ich will nicht sagen, das sei die gesunde öffentliche Meinung der Kirche, aber es ist doch das Material, aus dem man, freilich nicht ohne hartes und mühevolltes Studium, sie kennenlernen kann.“

Wichtiger aber, so schloß Professor Tromp diese Betrachtungen ab, ist es, daß das Konzil sein Ohr für die Anregungen des Heiligen Geistes offenhält und daß die Gläubigen seine Dekrete kritiklos annehmen und ausführen. Sonst würde das Konzil vergebens gewesen sein, wie in gewisser Beziehung das von Florenz.

#### *Reformatorsch*

Ein letzter, kurzer Abschnitt der Vorlesung handelte von der reformatorischen Aufgabe des Konzils. Nachdem im „Osservatore Romano“ (11. 1. 62) zu lesen war, daß der Papst die Idee und das Programm einer Reform der Kirche stillschweigend verworfen hat (vgl. auch ds. Heft, S. 253), verdienen die folgenden Ausführungen von Professor Tromp besondere Beachtung. Er sagte:

„Jeder weiß, daß es in der Kirche Christi, im Mystischen Leibe Jesu Christi, Menschliches geben kann und gibt, ja, nach einem Worte Pius' XI., Allzumenschliches (vgl. Enz. *Mit brennender Sorge* AAS 29 [1937] 152 f.). Deshalb wird jedes Konzil von einem Geist der Reform bewegt, wenn dazu auch nicht immer zehn Sitzungen nötig sind wie auf dem Konzil von Trient. Diese menschliche Gebrechlichkeit, die sich auch in den vornehmeren Gliedern der Kirche finden kann, ist der Grund, weshalb seit dem siebenten Jahrhundert alle Konzilien mit folgenden denkwürdigen Worten eröffnet werden: ‚Wir sind hier, Herr, Heiliger Geist, niedergehalten durch die Unermeßlichkeit der Sünde, aber doch in deinem Namen besonders vereint.‘“

Man müsse unterscheiden zwischen Person und Amt wie auch zwischen den einzelnen Gliedern des Mystischen Leibes und dessen Organismus, den der Herr selbst mit dem Leben des Heiligen Geistes erfüllt und durch seinen irdischen Stellvertreter sichtlich leitet. Die Mitglieder des Konzils seien in die Spannung gestellt zwischen ihrem Elend und ihrer Würde und Verantwortung. Diese sei nur tragbar im Wissen um die Tatsache, daß die Konzilsväter unter Leitung des Papstes als Repräsentanten der Kirche Christi für deren göttliche Sendung ein unübersehbares Zeugnis ablegen würden.

In seinem Schlußwort richtete Professor Tromp seine Wünsche für den Papst als Gebet zum Himmel.

#### *Aus Süd- und Westeuropa*

**Pater Lombardis** Am 12. Januar 1962 und in den folgenden Tagen berichtete die deutsche Tagespresse in verhältnismäßig umfangreichen Meldungen und Kommentaren, daß der weithin bekannte Kanzelredner und von Papst Pius XII. geschätzte Begründer und Leiter des „Kreuzzuges der Liebe“ und der „Bewegung für eine bessere Welt“, P. Riccardo Lombardi SJ, mit seinem Buch „Concilio. Per una riforma nella carità“ (Roma 1961) bei der Römischen Kurie in Ungnade gefallen sei. Wenn es auch in den führenden Blättern (z. B. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 12. 1. 62, „Deutsche Zeitung“, 13. 1. 62, „Süddeutsche Zeitung“, 19. 1. 62) nicht ganz so eindeutig ausgedrückt wurde und die „Deutsche Zeitung“ aus Rom berichtete, daß einige kirch-

liche Würdenträger das Buch „recht interessant“ fänden, während die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb, es bestehe kein Grund, das Buch wegen der Kritik, die ihm widerfuhr, als nicht mehr existent zu betrachten, so entstand doch in der Öffentlichkeit der oben formulierte Eindruck. Später wurde die Sensation um die Meldung bereichert, daß Pater Lombardi sich unterworfen habe (KNA, 15. 1. 62).

Die Ursache für die Meldungen war ein Aufsatz im „Osservatore Romano“ vom 11. Januar 1962. Er erschien in Länge von zwei Spalten auf der ersten Seite des Blattes unter der Überschrift „Verso il Concilio in unione col Romano Pontefice“. Aus dem magistralen Ton und der Platzierung dieses anonymen Aufsatzes wurde der Schluß gezogen, daß er als eine offiziöse Äußerung der Römischen Kurie anzusehen sei. Die Unterwerfung von Pater Lombardi wurde, soweit sich das aus den vorhandenen Unterlagen ersehen läßt, gefolgt aus einem Interview Lombardis mit der Zeitschrift „Rotosei“ in Cesena, wo er sich zu dieser Zeit aufhielt.

Das Buch von Lombardi umfaßt 381 Seiten. Es trägt das Imprimatur des Ordinarius von Frascati, Bischof Blasius Budelacci, vom 9. Juni 1961 und erschien Ende November. Das Imprimatur wurde erteilt unter der obersten Verantwortung des inzwischen verstorbenen Kardinalbischofs von Frascati, Gaetano Cicognani.

#### *Die Absicht des Verfassers*

Der erste Satz des Vorwortes lautet: „Dieses Buch kommt in Demut aus dem Herzen eines Priesters, der — wie jedes andere Glied der Kirche — mit großer Freude und unendlicher Hoffnung auf das kommende Konzil hinblickt.“

Mit Bezug auf sein Buch schreibt der Verfasser: „Hier wird ein einziger Gesichtspunkt herausgestellt, der viele Gedanken zusammenfaßt, die ich für wahr halte und die aus einer breiten Erfahrung von der lebendigen Kirche, aus Kontakten mit vielen Menschen aus vielen Völkern, aus Gesprächen mit Tausenden und aber Tausenden von Priestern, mit hochqualifizierten Exponenten des Laienstandes und auch mit vielen Bischöfen hervorgegangen sind . . . Ich habe keine Absicht, Ratschläge zu erteilen, am wenigsten den Erwählten Gottes . . . Ich schreibe aus meiner Situation als einfacher Priester in klarem Wissen um meine Nichtigkeit. Die Erwählten des Herrn, die Nachfolger der Apostel, werden sehen, ob etwas Nützliches daran ist. Ich selbst denke vor allem an die Gläubigen, die nach Mitteilungen von dem vielleicht größten und wahrscheinlich heilsamsten Ereignis dieses Jahrhunderts verlangen: statt äußerlicher, oberflächlicher, manchmal lächerlicher Zeitungsmeldungen eine Einladung an die Katholiken, über die Art der Probleme nachzudenken, welche die Aufmerksamkeit der geheiligten Versammlung finden könnten, und ihr gegenüber die schuldige Ehrfurcht und geziemende Erwartung zu hegen.“

#### *Inhaltsüberblick*

Lombardi legt dann nach einem kurzen Überblick über die Vorgeschichte des Konzils, wobei er besonders die Absichten des Papstes zu Wort kommen läßt, dar, in welchem Sinne er eine Reform der Kirche für notwendig hält. Selbstverständlich ist die Kirche heute sowenig wie je in ihrem Wesen reformbedürftig (42). Doch sei nicht zu leugnen, daß zwischen ihrer konkreten Erscheinung und den Forderungen der Zeit gewisse Disproportionen bestehen, die durch eine Reform aller Glieder der Kirche

und ihrer menschlichen Strukturen möglichst verringert werden müßten (40—53).

Die Reform müsse das Ziel verfolgen, die Liebe im Sinne des Evangeliums in der Kirche deutlicher sichtbar zu machen. Die Vorrangigkeit dieser Tugend zur Geltung zu bringen, das sei die Dominante im gegenwärtigen Pontifikat. Lombardi belegt das aus einer langen Reihe von Äußerungen des Papstes (57—77). Ihre vorzüglichste Frucht für die Gemeinschaft erbringt die Liebe in der Einigkeit. Diese bedeutet „die Fusion der Geister in der Wahrheit und die Fusion der Herzen im gegenseitigen Wohlwollen“ (85). „Die praktisch wirksamste Formel, um die vollkommene Einigkeit herzustellen, ist, daß alle in der Sehnsucht nach einem universal verstandenen Gemeinwohl aufgehen“ (86). Dessen Universalität schließt alle irdischen Gemeinschaften und alle Menschen ein (78 bis 126).

Die Kirche von heute ist reich an Kräften aller Art, und doch verringert sich ihr Einfluß auf die Welt (129). Unsere Schwäche liegt darin, daß wir zu individualistisch denken (135). Das bezieht sich auch auf die Frömmigkeit, ja selbst auf die Art, wie wir die Caritas verstehen (136 bis 137). Daher muß die Liebe, in ihrem richtigen und universalen Sinne, d. h. als Hingabe an die Gemeinschaft, der Brennpunkt aller konziliaren Erwägungen sein (146). Die Einheit in der Liebe zu fördern, das ist die würdige und realistische Aufgabe eines großen Konzils (160). Diese Aufgabe kann nicht durch ein einzelnes Dekret bewältigt werden, sondern nur, wenn sie als die eigentliche Inspiration der gesamten Konzilsarbeit aufgefaßt wird.

#### *Konkrete Anwendungen*

In der zweiten Hälfte seines Buches wendet Lombardi diese Gedanken auf konkrete Probleme an. Er will praktische Wege weisen, die zu dem Ziel führen, daß alle Einzelinteressen der Einheit in der Liebe, dem Gemeinwohl der Kirche und der Menschheit untergeordnet werden. Er beginnt mit der Betrachtung der kirchlichen Strukturen.

Schon beim ersten konkreten Gegenstand, der Papstwahl, wird die kategorische Form sichtbar, in der Lombardi die „Askese der Einheit in der Liebe“ als einziges Prinzip seiner Reform geübt wissen will. Er argumentiert: Der Beste muß Papst werden. Er befindet sich nicht notwendig im Konklave. Also muß man auch andere Kandidaten ernsthaft in Betracht ziehen (201—203). Daß er gerade Cölestin V. zum Beispiel heranzieht und das Wirken des Heiligen Geistes damit dokumentiert, daß dieser Papst seinem großen Nachfolger Bonifaz VIII. den Weg bereitet habe, ist bezeichnend für die Gläubigkeit Lombardis.

Auch von der Römischen Kurie verlangt er, daß sie sich ganz elastisch in die Rolle einfüge, die unsere Zeit ihr zuweist. Denn in einer Epoche der Geschichte, da die Welt eine einzige wird, ist ihre Führungsaufgabe für die Kirche entscheidend wichtig. Die Kurie muß führen, orientieren, koordinieren und darf sich nicht in kleinlicher Administration und Bürokratie verlieren. Sie muß zudem innerhalb der Kirche das weithin sichtbare Beispiel einer Elite darstellen. Deshalb darf es in Hinsicht auf die Männer der Kurie keine persönlichen Rücksichten geben, weder solche der Zugehörigkeit zu bestimmten Nationen oder Orden noch solche der persönlichen Rechte, der Anciennität und Inamovibilität, und erst recht keinen Karrieregeist (203—221).

In den Bischöfen sieht der Verfasser die Werkzeuge des Geistes der Heiligkeit und Hirten, nicht so sehr die Verwalter eines Dominiums und Oberhirten. „Wie viele Bischöfe geben heute ihrem eigenen Klerus fruchtbare geistliche Exerzitien? Können sie es nicht? Lieben sie ihre Priester nicht? Was ist los?“ (223). Er denkt auch nach über den Unterschied von Gehorsam und Konformismus, erwägt, ob nicht der Bischof sich aus den Reihen seiner Priester einen Mentor kommen lassen könnte, und scheut sich auch nicht vor dem Wort „pomposità“, wo es sich um das Erscheinungsbild außerhalb der Liturgie handelt (222 bis 228). Der Zusammenarbeit unter den Bischöfen, der „horizontalen Dimension“ in der Kirche, widmet er manchen Gedanken, ebenso dem Problem der zu kleinen und der zu großen Diözesen (228—248).

Den einfachen Priestern fühlt er sich spürbar verbunden. Er weiß Bescheid um die Isolierung, in die gerade die Weltgeistlichen in vielen Ländern heute verbannt sind. Er kennt, was die Beziehungen zur Kirchenbehörde betrifft, „den Eindruck, daß man in bürokratischer Art behandelt wird statt in väterlicher, auch wenn die Oberen persönlich gute Menschen sind“ (253—254), und er kennt die Schwäche der mitbrüderlichen Beziehungen. Sein Hauptanliegen in diesem Abschnitt ist die Pflege der Spiritualität. Ein weiteres Kapitel seines Buches gehört den Problemen des Ordenslebens und der Orden, denen in der Weltkirche unserer Zeit eine so wichtige integrierende Funktion zufallen könnte (268—299). Insgesamt fordert Lombardi von den kirchlichen Institutionen und Personen, daß sie unter dem Gebot der Stunde und der Forderung des Herrn im Geiste der Einheit in der Liebe über eine gewisse Mittelmäßigkeit hinauswachsen, die sich zwar im Vergleich zu manchen Bildern der geschichtlichen Vergangenheit nicht übel ausnimmt, aber in unserer Zeit der Entscheidungen nicht genügt, um die Mission der Kirche zu erfüllen.

Auch die geistliche Bildung der Laien muß unter das Prinzip der Einheit in der Liebe gestellt werden. Ihre soziale Verantwortung drückt sich nicht hauptsächlich in außergewöhnlichen Gedanken und Taten der Nächstenliebe gegenüber einzelnen aus, sondern in der Erfüllung der Standespflichten etwa des Politikers, der Mutter, des Straßenkehrers, der Köchin (302—303), also gegenüber der Gemeinschaft. „Das Wichtige liegt darin, den Tätigkeiten, die ohnehin geleistet werden müssen, den Inhalt der Liebe zu Gott und des sorgfältigen, ja hingebenden Dienstes am Nächsten zu geben“ (303). Die Vorstellung, christliches Leben bestehe allein in geordneten persönlichen Beziehungen zu Gott, muß ernstlicher um die soziale Dimension bereichert werden. Im einzelnen behandelt der Verfasser die Probleme der Familie, der kirchlichen Begabtenförderung, der Zusammenarbeit und Organisation aktiver Christen, vor allem auf internationaler Ebene. In einer Perspektive, die die ganze Welt umfaßt, steht die Kirche vor der Auseinandersetzung mit der Philosophie unserer Zeit, mit Laizismus, Unmoral, Pansexualismus, Kommunismus und anderen weltbewegenden Kräften. Wenn sie, um ihre immer gestellte Heilsaufgabe zu lösen, in unserer Zeit als Voraussetzung dafür zunächst die mitmenschlichen Beziehungen aktivieren und mit neuem Geist erfüllen muß, dann fällt die Last dieser Aufgabe hauptsächlich auf die Laien (326—327). Lombardi wünscht die Konzeption eines Christlichen Manifests, das hierfür als Norm dienen könnte, und die Errichtung eines Senates der Laien in der Kirche, der die

soziale Mission der Katholiken in ähnlicher Weise leiten könnte wie das Kardinalskollegium die geistliche Tätigkeit der Kirche (329—346).

Lombardi faßt das Ideal, das er in seinem Buch gezeichnet hat, zusammen in dem Satz: „Mehr kommunitäre Heiligkeit im Innern der Kirche, um einen stärkeren kollektiven Einfluß nach außen zu gewinnen“ (350). Es geht ihm zunächst um innere Erneuerung, aber er glaubt, daß diese durch gewisse äußere Reformen in den menschlichen Strukturen der Kirche bedingt ist.

#### *Die Kritik des „Osservatore Romano“*

Zu diesem Buch bemerkte nun also der „Osservatore Romano“, die erwünschte Mitarbeit der Geistlichen und der Laien am Konzil gebe niemandem das Recht, sich in dessen Beratungen einzumischen, und sie müsse in vollkommener Unterordnung unter das Urteil der zuständigen Obrigkeit geschehen. Das Interesse am Konzil sei nur insoweit lobenswert, als es sich klug und diskret innerhalb des Rahmens halte, der durch die Direktiven des Papstes und der Hierarchie gezogen sei. Dazu gehöre insbesondere die Beachtung der Tatsache, daß der Papst in einer Audienzansprache am 25. Oktober 1961 stillschweigend die Idee und das Programm einer Reform der Kirche zurückgewiesen habe, weil eine solche voraussetzen würde, daß die Kirche von der Verfassung ihres göttlichen Stifters und den charakteristischen Vorzügen, die er ihr verliehen hat, abgewichen sei. Die Intention des Konzils sei nicht auf eine Wiederherstellung der Urkirche gerichtet, deren Wesen auch heute fortlebt, sondern auf die lehramtliche Beurteilung der Probleme unserer Zeit im Lichte des Evangeliums Christi („Osservatore Romano“, 27. 10. 61).

Dann nennt der Verfasser das Buch Lombardis beim Namen und fährt fort: „Darin werden offensichtlich Ansichten, Beobachtungen und Kritiken vorgetragen, die keinen andern Wert haben als einen privaten und persönlichen.

Unbesonnen, unter anderm, und nicht gerecht, wenn man von der guten Absicht absieht, sind gewisse Urteile, die der Verfasser über den Klerus und die Römische Kurie zu fällen wagt, deren hohe Verdienste und großartige Arbeit für die Kirche und die Seelen nicht im richtigen Licht dargestellt werden. Deshalb ist der Inhalt solcher Bücher mit Zustimmung aufzunehmen oder als fragwürdig oder wenigstens inopportun zu beurteilen oder sogar abzulehnen, je nachdem sie mit den Normen und dem Beispiel des Papstes übereinstimmen oder nicht; denn diesem allein hat der Herr die Aufgabe übertragen, Schafe und Lämmer zu weiden, die gelehrten und die ungelehrten, die geistlichen und die weltlichen. Man darf sich auch nicht auf das Recht der öffentlichen Meinung in der Kirche berufen. Pius XII. hat es zwar anerkannt, aber nur für die Gegenstände, die eine freie Diskussion zulassen. Nur dann hat man die Gewißheit des ‚sentire cum Ecclesia‘ und die Sicherheit, in Übereinstimmung seiner Absichten und Gedanken mit jenem zu handeln, dem Gott seinen besonderen Beistand in der Regierung der Kirche verliehen hat.“

#### *Stellungnahme Lombardis*

Pater Lombardi nahm zunächst in einem Interview mit der in Venedig erscheinenden Zeitung „Il Gazzettino“, später und ausführlicher mit der Zeitschrift „Rotosei“ in Cesena zu den Vorwürfen Stellung. In dem letzten Interview sagte er nach dem Bericht im „Messaggero“ (21. 1. 62), er habe nicht erwartet, daß die Presse seinem Buch

eine so große Aufmerksamkeit schenken werde. Dadurch sei das Buch in den Schein einer Revolution gegen die Kirche geraten. Man müsse die von ihm angeführten Beispiele richtig verstehen. Wenn man etwa seine Gedanken zur Papstwahl als revolutionär interpretiere, habe man übersehen, daß sie nur eine geltende Norm des Kirchenrechts von neuem akzentuierten.

Die Presse habe aus der Tatsache, daß der Verfasser ein Exemplar seines Buches dem Papst gewidmet habe, den falschen Schluß gezogen, daß es die Ansichten „der Kirche“ wiedergebe. Es enthalte aber nur seine persönliche Meinung, was er ja auch ausdrücklich zum Ausdruck gebracht habe. Deshalb sei er froh, daß der „Osservatore Romano“ die Dinge wieder auf das richtige Maß zurückgeführt und festgestellt habe, daß es sich nur um private und persönliche Ansichten eines einfachen Priesters handle. Als die Reporter auf ihn einstürmten, habe er sofort gedacht, daß diese Form von Publizität dem Heiligen Vater mißfallen würde, und er habe den Wunsch, dem Papst seine volle Unterwerfung unter dessen Willen von neuem zum Ausdruck zu bringen.

Demnach trifft es nicht zu, daß Lombardi auf Grund der Kritik im „Osservatore Romano“ sogleich sein Buch oder seine darin vertretenen Ansichten preisgegeben habe. Der Eindruck, um die Meinungsfreiheit und persönliche Verantwortung in der Kirche sei es so bestellt, daß eine Kritik im „Osservatore Romano“ bereits genüge, um das für falsch zu halten, was jemand soeben noch als seine Überzeugung vorgetragen und wofür er eine kirchliche Druck-erlaubnis erhalten hat, ist irrig. Pater Lombardi hat sich nicht der Kritik des vatikanischen Blattes an seinen Überzeugungen unterworfen, sondern er hat erklärt, daß er sich den allenfalls zu treffenden Entscheidungen des Papstes fügen werde, was für einen gläubigen Katholiken selbstverständlich ist. Es ist möglich, daß die Leitung der Kirche die Veröffentlichung der kritischen Bestandsaufnahme gewisser Schwächen in den Personen und menschlichen Strukturen der Kirche durch einen Mann vom Ansehen Lombardis nicht für opportun hält, sei es wegen ihres Echos, sei es weil sie als unerwünschte Belehrung oder als Einmischung in die Befugnisse Höherer empfunden, und daß die weitere Verbreitung des Buches deshalb nicht gewünscht wird. Aber das heißt nicht, daß sein Inhalt falsch oder gar revolutionär und unkirchlich wäre. Dann hätte es gewiß nicht in einer suburbikarischen Diözese das Imprimatur erhalten.

#### *Kritik der Kritik*

Inhaltlich sind die Gedanken des Buches, wie der „Corriere della Sera“ (11. 1. 62) bemerkte, nicht neu. Viele von ihnen hat Lombardi in früheren Schriften schon geäußert, andere sind von anderen empfunden und ausgesprochen worden (vgl. z. B. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 75). Dazu gehören auch die im „Osservatore Romano“ besonders beanstandeten Wünsche, die sich auf eine Reform der Arbeitsweise und der Struktur der Römischen Kurie beziehen. Die Übertragung vermehrter Befugnisse auf die Bischöfe, der Abbau des Zentralismus, die Internationalisierung der obersten Kirchenbehörden, die Ablösung von nicht mehr voll arbeitsfähigen Prälaten, die Vereinfachung des Protokolls und ähnliches, das sind weder neue noch viel weniger revolutionäre Forderungen. Es zeugt von einer schwer verständlichen Empfindlichkeit, wenn solche Überlegungen als Mangel an kirchlichem Sinn ausgelegt werden. Lombardi hat die Verdienste der Kurie

nicht bestritten, er hat nur die Ansicht geäußert, daß diese in ihrer gegenwärtigen Struktur die Aufgaben der Zukunft nicht werde bewältigen können (vgl. 219).

Was die Übereinstimmung mit den Intentionen des Papstes und der Lehre der Päpste betrifft, ist es für das Buch charakteristisch, daß der Verfasser seine Gedanken durch eine fast überreiche Dokumentation aus päpstlichen Äußerungen unterstützt. Darin steht er seinem Kritiker im „Osservatore Romano“ gewiß nicht nach. Wenn dieser behauptet, der Terminus „Reform“, der bei Lombardi eine so große Rolle spielt, sei zu beanstanden, so hat Lombardi doch ausdrücklich gesagt, daß er ihn im Sinne von Röm. 12, 2 gebrauche und daß es sich nicht um eine Reform in den göttlichen Grundstrukturen handle, sondern im menschlichen Bereich, und zwar vom Guten zum Besseren (43). Die Interpretation des Buches von Lombardi durch seinen Kritiker kann nicht als wohlwollend bezeichnet werden und beweist nicht, daß Lombardis Wunsch nach größerer Einheit in der Liebe unzeitgemäß ist. Eine sachliche Auseinandersetzung mit diesem Buch hätte mehr genützt als eine Kritik, die den Eindruck erweckt hat, daß hier ein Mann, dessen Verdienste gerade von Rom aus so stark hervorgehoben worden sind, jetzt kurzerhand abgeschossen wird, weil er einige Dinge gesagt hat, die man nicht gern hört, die aber keineswegs das Wesen oder die Hauptsache seines Buches ausmachen und auch mit Glaube und Sitte nichts zu tun haben.

Eine gewisse Beklommenheit ist auch dadurch entstanden, daß im „Osservatore Romano“ behauptet wird, das Buch von Lombardi überschreite die Grenzen der in der Kirche erlaubten Meinungsfreiheit. Wenn das stimmt, so schreibt der Innsbrucker „Volksbote“ (nach KNA, 26. 1. 62), dann „ist man in größter Sorge um die Respektierung der Grenze, die in der Kirche zwischen dem besteht, was über jede Diskussion erhaben ist, und dem, was zeitbedingten Veränderungen unterliegen kann und soll“, das heißt, worüber überhaupt noch diskutiert werden darf.

Lombardi schreibt an einer Stelle: „Warum immer und ausschließlich von Gehorsam reden, wenn man an die Beziehungen zwischen den Untergebenen und den Oberen und besonders zwischen den Priestern und den Bischöfen denkt?“ (250). Wie es scheint, hat er jetzt die Antwort auf diese Frage erhalten. Es ist nicht verwunderlich, daß eine große nichtkatholische Zeitung für seine Behandlung auf der Stelle eine Begründung gefunden hat und eine perfekte Psychoanalyse des Mannes liefert, den man einmal das „Mikrofon Gottes“ genannt hat.

#### **Nach dem Parteikongreß der Democrazia Cristiana**

Der achte Parteikongreß der Democrazia Cristiana, der vom 27. 1. bis 2. 2. 1962 im Teatro S. Carlo in Neapel stattfand, ging mit einer klaren, jedoch äußerst vorsichtigen Entscheidung für die von manchen Gruppen innerhalb der Partei und einem beträchtlichen Teil der Wählerschaft der Democrazia Cristiana seit langem erstrebte „Erweiterung der demokratischen Basis nach links“ zu Ende. Da es bei dieser Entscheidung nicht nur darum ging, ein neues Angebot an einen potentiellen Koalitionspartner zu richten, sondern dieser Partner zugleich ein politisches Programm bedeutet, das vor allem auf sozial- und wirtschaftspolitischen Gebiete einschneidende Änderungen bringen würde, die das Ende (nicht nur eine weitere Schwächung) des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus, der das Geschick Italiens seit

dem Risorgimento geprägt hat, sein könnte, wurde der Schritt im In- und Ausland als das entscheidendste Ereignis in der italienischen Politik seit Kriegsende beurteilt. Das dürfte freilich nur dann zutreffen, wenn es tatsächlich nach und nach gelingt, die Partei Nenni und nicht nur Nenni selbst für das demokratische Lager zurückzugewinnen und sie aus dem Bündnis mit den Kommunisten, das auf gewerkschaftlicher Ebene und in vielen Gemeinde- und Provinzialverwaltungen nach wie vor besteht, herauszumanövrieren. Dabei wird nicht nur der subjektiven Bereitschaft der Sozialisten, sondern auch den objektiven Verhältnissen, die durch die lange Partnerschaft mit den Kommunisten geschaffen worden sind, Rechnung zu tragen sein. Bei der politischen Unbeweglichkeit breiter Wählermassen und bei der organisatorischen Schlagkraft der kommunistischen Partei werden letztere sogar schwerer zu überwinden sein als die taktischen Bedenken vieler Sozialisten und deren revolutionäre Neigungen.

Der Parteitag der Democrazia Cristiana war sich des Ernstes dieses Risikos bewußt. Da die bisherigen Koalitionspartner, die Saragat-Sozialisten und die Republikaner, der Democrazia Cristiana bereits ihre Unterstützung aufgekündigt hatten und man einer Rechtskoalition, die von den Liberalen bis zu den Neofaschisten reichen müßte, um eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden, nach dem Experiment Tambroni im Sommer 1960 bereits ausdrücklich entsagt hatte, blieb den Christlichen Demokraten schließlich keine andere Wahl. Daher sahen sich sogar die traditionellen Gegner innerhalb der Democrazia Cristiana nach nochmaliger Warnung vor den heraufbrechenden Gefahren für die italienische Innen- und Außenpolitik und die europäische Sicherheit genötigt, sich mit der Mehrheit der Partei, die sich für eine Öffnung nach links aussprach, solidarisch zu erklären.

#### *Parlamentarische Unterstützung*

Daß auch die Befürworter der Öffnung nach links die Tragweite der Risiken durchaus erkannten, zeigte nicht nur die Vorsicht der sog. Gruppe der Dorotheer, der Gruppe um Parteisekretär Moro, die sich bisher in dieser Frage als äußerst schwankend erwiesen hatte, sondern auch der zurückhaltende Optimismus auf dem linken Flügel der Partei. In der von der Mehrheit eingebrachten Entschließung werden die Grenzen der vorläufigen Zusammenarbeit mit den Nenni-Sozialisten genau festgelegt. Eine Koalition mit ihnen wird im Augenblick ausgeschlossen. Die Zusammenarbeit der beiden Parteien soll sich zunächst auf eine gegenseitige parlamentarische Unterstützung beschränken. Eine Unterstützung der Democrazia Cristiana durch Stimmenthaltung der Nenni-Sozialisten würde genügen, um der Koalition der Democrazia Cristiana mit den Saragat-Sozialisten und den Republikanern eine sichere Mehrheit von 62 Prozent in der Kammer zu sichern. Diese Unterstützung hofft man bei den Christlichen Demokraten durch ein entsprechendes Regierungsprogramm zu erreichen. Deswegen wurden trotz äußerster Vorsicht keine Bedingungen gestellt. Man wollte sich offenbar trotz der klaren Schwenkung nach links alle Türen offenhalten.

Wörtlich heißt es in der Schlußresolution: „Der Kongreß der Democrazia Cristiana bestätigt die Verpflichtung der Partei zur demokratischen Zusammenarbeit. Sie schließt zugleich eine Koalition mit der totalitären Rechten aus. Sie hält es aber für möglich und in der augenblicklichen politischen Lage für wünschenswert, die Bildung einer

Regierung mit der Sozialdemokratischen Partei Italiens und der Republikanischen Partei, wenn auch mit Vorsicht, so doch mit vertrauensvoller Bereitschaft und in Treue zu ihren Idealen und ihren Pflichten gegenüber den Wählern zu versuchen. Einer solchen Regierung soll dann auf Grund eines hervorragenden Programmes eine direkte oder indirekte Unterstützung durch die Sozialistische Partei Italiens gesichert werden. Dadurch soll die Kontinuität des politischen Lebens und die Verwirklichung des Regierungsprogramms bei voller Unabhängigkeit von totalitären Einflüssen gewährleistet sein.

Der Kongreß der Democrazia Cristiana ist der Meinung, daß in der gegenwärtigen politischen Lage ein organisches Bündnis und eine gemeinsame politische Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Partei nicht möglich sind. Sie bekundet aber ihr Interesse für eine ernsthafte und wirksame Erweiterung der demokratischen Basis, die die Grundlage für eine politische Begegnung schaffen soll, die für den Ausbau und die Sicherheit der italienischen Demokratie nützlich ist.

Der Kongreß ist der Meinung, daß die geplante Formel einer Regierung der linken Mitte eine Möglichkeit bietet, die Autonomie der Sozialistischen Partei zu stärken, und zugleich eine Etappe auf dem Wege zu einem stabileren und sichereren Gleichgewicht in der italienischen Gesellschaft bildet“ („Il Messaggero“, 1. 2. 62).

#### *Die Außenpolitik*

Außenpolitisch wird vom Kongreß die Treue der Partei und der zukünftigen Regierung zum bisherigen Kurs, zur europäischen Einigung und zum atlantischen Bündnis ausdrücklich bestätigt. In der Entschließung heißt es: „Der Kongreß hält . . . fest an den natürlichen Gegebenheiten der italienischen Außenpolitik, in der die Partei unwiderruflich an die Ideale und Interessen der freien Welt gebunden ist, sei es in der Verteidigungsgemeinschaft des Atlantikpaktes mit seinen politischen und militärischen Verpflichtungen, sei es in einer konstruktiven und fruchtbaren Solidarität innerhalb Europas, das sich immer mehr auf eine wirtschaftliche und politische Integration hinbewegen muß.“

In dieser demonstrierten Treue zu den westlichen Bündnissen wurden die Christlichen Demokraten durch Saragat, den in letzter Zeit eifrigsten Befürworter der Öffnung nach links, unterstützt. Ausdrücklich erklärte Saragat: „Der Zweck der atlantischen Politik ist die Sicherheit und der Friede. Man sieht nicht ein, warum ein Neutralist, der dieselben Ziele verfolgt, darin ein Hindernis für die Unterstützung einer Regierung sehen sollte, die auf der ständigen Suche nach Sicherheit, Entspannung und Frieden der atlantischen Politik streng die Treue hält“ („Il Messaggero“, 7. 1. 62).

Die atlantische Treue der Parteien, die die inzwischen gebildete Regierung Fanfani unterstützen, ist nicht zu bezweifeln. Die in letzter Zeit im Ausland oft ausgesprochene Furcht vor einem künftigen neutralistischen Kurs Italiens ist insofern unberechtigt, als man kaum einem der Führer der Öffnung nach links neutralistische Neigungen nachsagen kann. Das gilt für alle drei Koalitionspartner in gleicher Weise. Freilich hängt der außenpolitische Kurs, wenn man sich auf die parlamentarische Unterstützung durch die Nenni-Sozialisten und später auf eine Koalition mit ihnen festlegt, nicht von den jetzigen Koalitionsparteien allein ab. Wohl im Blick auf die Außenpolitik wollte sich Ministerpräsident Fanfani alle Möglichkeiten

offenhalten, indem er erklärte, wenn jetzt der Versuch einer Öffnung nach links unternommen werde, so bedeute das nicht, daß das Gespräch mit den Liberalen für immer abgebrochen sei. Sollte sich auf der Grundlage des gegenwärtigen Regierungsprogrammes eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten als unmöglich erweisen, dann gelte es den ganzen Kurs zu revidieren und sich den Wählern zu stellen.

#### *Das Programm*

In dem in Neapel vorgelegten Programm, das im wesentlichen die Grundlage für das spätere Regierungsprogramm der linken Mitte bilden sollte, wurde versucht, vor allem jene Punkte in den Vordergrund zu stellen, die die Nenni-Sozialisten bereits auf einer Sitzung des Zentralkomitees Anfang Januar an die Spitze ihres Programmes gestellt hatten. Diese Annäherung wird sich vor allem auf vier Punkte erstrecken: die Errichtung autonomer Regionen, denen neben Verwaltungsaufgaben auch gesetzgeberische Funktionen übertragen werden sollen, um den örtlichen politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten besser Rechnung tragen zu können; Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft; Neuorientierung in der Schulpolitik; Abschaffung des Bankgeheimnisses. Auf die Durchführung des letzten Punktes, über deren Wirksamkeit man weithin geteilter Meinung ist, dürfte man allerdings am wenigsten Energie verwenden.

Ein Politikum ersten Ranges bildet die Errichtung autonomer Regionen. Die Errichtung der Regionen wurde in der republikanischen Verfassung von 1946 festgelegt, wurde aber von jeder Regierung bisher aus politischen und wirtschaftlichen Gründen verschoben. Es gilt hier beträchtliche Schwierigkeiten zu überwinden, und es ist fraglich, ob sich die Democrazia Cristiana als ganze dazu entschließen wird.

In der Elektrizitätswirtschaft und in einigen anderen Zweigen der Energiewirtschaft bleiben vor allem zwei Möglichkeiten offen: stärkere staatliche Kontrolle oder Verstaatlichung. Während die Sozialisten die Verstaatlichung fordern, möchten sich die Christlichen Demokraten mit einer strengeren staatlichen Kontrolle begnügen. Auf die Dauer dürfte sich in diesem Punkte ein Kompromiß finden lassen, da es besonders dem linken Flügel in der Democrazia Cristiana um eine Stärkung des staatlichen Einflusses in den wichtigsten Wirtschaftszweigen zu tun ist und die Nenni-Sozialisten wenigstens aus taktischen Gründen einem schrittweisen Vorgehen zustimmen. In der Schulfrage bleibt das Problem der Unterstützung der Privatschulen. Während alle laizistischen Parteien von links nach rechts eine staatliche Unterstützung der Privatschulen aus ideologischen Gründen ablehnen, ist die Democrazia Cristiana in dieser Frage durch die wiederholten Forderungen der italienischen Bischöfe zumindest moralisch gebunden. Sollten sich die Parteien hierüber nicht einigen können, so wäre die ganze künftige Schulpolitik der Regierung in Frage gestellt, was um so bedauerlicher wäre, als gerade die italienische Schule einer finanziellen Stärkung dringend bedarf (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 346).

Eine weitere Forderung der Nenni-Sozialisten bildet die Abschaffung des Halbpachtsystems in der Landwirtschaft. Auch hier läßt sich eine gemeinsame Grundlage finden, da die Mehrheit der Christlichen Demokraten um eine durchgreifende Bodenreform bemüht ist und auf diesem Gebiet auch bereits konkrete Erfolge erzielt worden sind.

Gerade in diesem Punkte werden die Christlichen Demokraten durch die katholische Soziallehre ermutigt. Die Unterschiede liegen also weniger im Ziel als in der Wahl der Mittel, die die beiden Parteien anzuwenden gedenken. Wie ein Abgeordneter der Nenni-Sozialisten erklärte, würde sich seine Partei auch in diesem Punkte mit einem schrittweisen Vorgehen einverstanden erklären.

#### *Die Einheit der Partei*

Übereinstimmend wurde festgestellt, daß die Christlich-demokratische Partei Italiens noch nie eine solche Geschlossenheit gezeigt habe wie auf dem Parteikongreß in Neapel. Das mag nach den vielen Auseinandersetzungen seit dem Rücktritt Fanfanis als Parteisekretär in Florenz 1959 unwahrscheinlich anmuten. Der Grund für diese Geschlossenheit liegt nicht so sehr in einer Versöhnung der sich untereinander befehdenden Gruppen innerhalb der Partei — die Wahl der Delegierten zum Nationalrat und die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Gruppen, bei der die Gruppen um Moro und Fanfani beinahe nochmals von den gemischten Gruppen der Rechten und Mitte überstimmt worden wären, hat das deutlich gezeigt — als im Verhalten der früheren und gegenwärtigen Koalitionspartner, der Saragat-Sozialisten und Republikaner, die ihre Mitarbeit zu Beginn des Parteitages gekündigt hatten. So blieb auch jenen Gruppen, die sich bis zum letzten Augenblick einer Öffnung nach links widersetzt und ihre Opposition auch noch auf dem Parteikongreß deutlich ausgesprochen hatten, keine eigentliche Wahl. Auf Grund dieser politischen Zwangslage dürfte sich das Zwischenspiel der sog. Heckenschützen, die seit dem Kongreß in Florenz wiederholt auf den Plan traten, in nächster Zeit nicht wiederholen. Die kluge taktische Vorbereitung des Kongresses durch A. Moro war ebenso geeignet, der innerparteilichen Opposition das Wasser abzugraben.

#### *Die Reaktion der Sozialisten*

In der Reaktion auf die Beschlüsse des Christlich-demokratischen Parteikongresses zeigten sich die Nenni-Sozialisten von Anfang an gespalten. Nenni selbst begrüßte nicht nur die in Neapel angekündigte Einladung der Democrazia Cristiana an seine Partei, sondern bestätigte ihr auch ausdrücklich den Willen und die Bereitschaft zu einer (im Sinne der Sozialisten) fortschrittlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zur gleichen Zeit aber erklärte der Abgeordnete Vecchietti, einer der Führer des linken und kommunistenfreundlichen Flügels der Partei, eine Zusammenarbeit mit den Katholiken sei nach wie vor unmöglich, weil die Democrazia Cristiana vielleicht wohl ihre Taktik, auf keinen Fall aber ihre Grundsätze geändert habe („Corriere della Sera“, 4. 2. 62). Zu voller Klarheit über den künftigen Kurs scheint man in der Partei Nennis auch nach der neuen Regierungsbildung durch Fanfani nicht gekommen zu sein. Es läßt sich schwer entscheiden, inwieweit die vordemonstrierten Gegensätze wirklich auf unterschiedlichen Grundsätzen beruhen oder ob sie nur die Folge von persönlichen Rivalitäten der Führer der einzelnen Gruppen oder Ausfluß einer ganz bestimmten Taktik sind. Zwar sind die meisten Beobachter von einer echten Bereitschaft Nennis, sich von den Kommunisten loszusagen, überzeugt, aber Nennis Einfluß innerhalb seiner Partei ist geschwächt. Es bleibt auch fraglich, ob das Angebot der Democrazia Cristiana die Position des autonomistischen Flügels der Sozialisten stärken wird. Andererseits ist an einer Spaltung der Nenni-Sozialisten, die in ebenso

viele konkurrierende Gruppen und Flügel zerfallen wie die Christlichen Demokraten, gegenwärtig keine der demokratischen Parteien interessiert, da ohne Zweifel die Kommunisten daraus den größeren Gewinn ziehen würden als die Regierungsparteien.

#### *Die Haltung des Episkopates*

Seit Beginn der Auseinandersetzungen um die Öffnung nach links hat sich der italienische Episkopat einer Zusammenarbeit mit den Nenni-Sozialisten widersetzt, und zwar mit der Begründung, daß diese den Kommunisten in die Hände arbeiteten. Noch im vorigen Jahr wurden die Kommunistendekrete des Heiligen Offiziums aus dem Jahre 1949 durch den „Osservatore Romano“ und durch verschiedene Kardinäle und Bischöfe in Erinnerung gebracht (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 299). Während der letzten Monate, besonders nach der Bildung einer Regionalregierung mit den Nenni-Sozialisten in Sizilien, einem Vorgang, den Kardinal Ruffini, früher einer der eindringlichsten Warner vor Linkstendenzen, später ausdrücklich billigte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 57), zeigte der Episkopat immer größere Zurückhaltung. Wohl hat der „Osservatore Romano“ (14. u. 27. 1. 62) noch vor und zu Beginn des Kongresses gewarnt und in einem Kommentar zum neuen Programm der Nenni-Sozialisten erklärt, dieses unterscheidet sich in keiner Weise von dem der Kommunisten. Ebenso brachte er die Unvereinbarkeit des Marxismus mit der katholischen Soziallehre in Erinnerung. Dasselbe tat Kardinal Siri, der Vorsitzende der italienischen Bischofskonferenz, in einem Artikel im „Quotidiano“ (8. 1. 62). Aber bereits die Vollversammlung des italienischen Episkopats im November 1961 („Corriere della Sera“, 14. 11. 61) hatte sich auf eine Ermahnung zur Befolgung der Sozialprinzipien der Kirche und zur Bewahrung der Einheit der Katholiken im sozialen Bereich beschränkt. Trotz der persönlichen Opposition mancher Bischöfe ist es demnach zu einer größeren Entspannung zwischen Parteileitung und Episkopat gekommen. Der Episkopat scheint auf den Widerstand gegen die Zusammenarbeit mit den Linkssozialisten zugunsten der Aufrechterhaltung der Einheit der Christlichen Demokraten zu verzichten.

Die Democrazia Cristiana ist auf dem Wege, gegenüber dem Vatikan und dem Episkopat eine unabhängigere Haltung einzunehmen, und die Bischöfe respektieren diese Haltung. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt im gegenwärtigen Pontifikat begünstigt worden.

#### *Die Opposition von rechts*

Scheint der Weg von seiten der Kirche freigegeben, so haben bereits die liberale Partei Italiens und die diesen nahestehende Presse noch während des Parteitages und in der Zeit der darauffolgenden Regierungskrise scharfe Opposition angekündigt. Der Widerstand der konservativen Rechtsopposition hat sich zunächst besonders auf zwei Punkte konzentriert: auf die Auseinandersetzung um die Neubildung der Regionen und um die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft. Gegen die Neubildung der Regionen hatte sich bereits der frühere Innenminister und Organisator der italienischen Polizei nach dem Kriege, Scelba, mit der Begründung gewandt, die Bildung solcher Regionen würde die Macht der Zentralregierung schwächen, den Kommunisten Vorschub leisten und die Einheit Italiens gefährden. Dieselben Argumente wiederholte der „Corriere della Sera“, Italiens größte Zeitung, am 3.

2. 1962. Tatsächlich brächte die Neuerrichtung der Regionen eine Reihe politischer Gefahren mit sich. Aber bei den Gegnern spielen nicht nur diese Gefahren, sondern ebenso das zentralstaatliche Denken und die Unfähigkeit zu einer föderalistischen Politik eine Rolle. Da die Democrazia Cristiana bisher es fast ausschließlich den Linksparteien überlassen hat, für die Errichtung der autonomen Regionen zu werben, hat nun die Rechtsopposition ein leichtes Spiel. Zudem wäre die Bildung von reinen Linkskoalitionen in mehreren Regionen mehr als wahrscheinlich.

Ebenso radikal ist die Opposition der liberalen Rechtsgruppen gegen eine eventuelle Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft und gegen jede Tendenz zur Verstaatlichung überhaupt. Auch hier spielen Gruppeninteressen und ideologische Restbestände neben wirklichen Risiken eine entscheidende Rolle. In einem geharnischten Leitartikel glaubt der „Corriere della Sera“ (4./5. 2. 62) vor einem Staat warnen zu müssen, der auf dem Weg zur Planwirtschaft ist, „vor einem in seinem Wesen undemokratischen und aliberalen caritativen Fürsorgestaat nach klerikal-marxistischem Muster“.

**Rückwirkungen der Besetzung Goas auf Portugal** Die gewaltsame Annexion Goas durch indische Truppen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 208) hat die portugiesische Nation und ihr Staatswesen in eine ernste Krise gestürzt.

#### *Die Reaktion auf den Verlust Goas*

„Die Stimmung schwankte zwischen der Explosion patriotischer Empörung, bei denen englische und amerikanische Fahnen verbrannt wurden, und einer trauervollen Resignation, in die sich kein Volk mit größerer Intensität als die Portugiesen zu versenken pflegt“ („Die Welt“, 4. 1. 62). „Nach einer alten europäischen Überzeugung sind die Portugiesen ein Volk mit Selbstmordneigung, nicht als Individuen, aber als Rasse. Man kann diesem Gedankens nicht entfliehen, wenn man Portugal heute betrachtet: wie es mit einer antiquierten Diktatur und mit den Vorstellungen eines Empire in einer Welt lebt, die Portugal längst wie ein Sturm überrollt hat, der ein Gebäude aushöhlt und nur eine Fassade zurückläßt, die ebenfalls bald einstürzt“ („The New York Times“, 17. 1. 62).

An diese Neigung erinnert der Schlußsatz einer Ansprache des Ministerpräsidenten Salazar vor der portugiesischen Nationalversammlung am 3. Januar 1962: „Die ganze Nation fühlt an Leib und Seele die Tragödie, die sie erlebt hat, und sie im Schoße der Nation mitzuerleben, ist noch ein, wenn auch nur kleiner Trost für denjenigen, der mit ihr sterben möchte.“

#### *Die Botschaft Salazars*

Es ist bezeichnend, daß sich Salazar — obwohl selbst bei der Sitzung anwesend — physisch und psychisch außerstande fühlte, seine Botschaft selbst zu verlesen; er überließ dies dem Kammerpräsidenten. In der Botschaft heißt es:

„Für unsere Nation zählte Portugiesisch-Indien, bar jedes fühlbaren Niederschlags in der portugiesischen Wirtschaft oder politischen Macht, hauptsächlich als Markstein eines der größten Ereignisse der Weltgeschichte und der Verbindung des Orients mit dem abendländischen Leben. Es der Obhut eines kleinen Landes überlassen, welches unter riesigen Opfern Urheber der großen Entdeckungen war,

sollte Ehrensache aller zivilisierten Nationen und derjenigen sein, denen die portugiesische Tat in der Welt zugute kam. Daß diese Auffassung mit der eines reinen Ausdehnungsdranges zusammengestoßen ist, ist ein weiterer — und diesmal schlagender — Beweis in unserer Zeit für die Dekadenz des Rechtsdenkens und die Entwertung der moralischen Werte . . . Die Niederlage der Kleinen ist traurig und trostlos; unvergleichlich schwerwiegender ist jedoch die Ohnmacht der Großen, das Recht zu verteidigen . . . Ich weiß noch nicht, ob wir das erste Land sein werden, das aus den Vereinten Nationen austritt, aber sicherlich werden wir unter den ersten sein. Und unterdessen werden wir ihnen unsere Mitarbeit bei dem verweigern, was nicht in unserem direkten Interesse liegt.“

#### *Neue oppositionelle Regungen*

Am ersten Tag des Jahres 1962 besetzte eine Gruppe von etwa vierzig bewaffneten Rebellen — meist Arbeiter — eine Kaserne in der südportugiesischen Stadt Beja. Sie stand unter Führung des Artilleriehauptmanns João Varela Gomes, eines oppositionellen Katholiken, der bei den letzten Parlamentswahlen als Gegenkandidat aufgestellt gewesen war. Es ist auffallend (und wirft ein Schlaglicht auf die Labilität der portugiesischen Armee), daß die nur leicht bewaffnete Gruppe die Kaserne eines ganzen Regiments besetzen konnte, ohne einen Schuß abzugeben. Erst als große Heeres- und Polizeieinheiten anrückten, kam es zu einem Schußwechsel, bei dem der Staatssekretär im Heeresministerium, Oberstleutnant Jaime Filipe da Fonseca, getötet wurde. Anschließend konnten die Rebellen die Kaserne wieder unbehelligt räumen und zum größten Teil entfliehen.

Verhaftet wurden 18 Personen, einige von ihnen außerhalb Bejas und ohne Zusammenhang mit der dortigen Rebellion. Unter letzteren befand sich Manuel Serra, ehemaliger Generalsekretär der Katholischen Arbeiterjugend, der bereits in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden war. Nach Meldungen, die vom Lissaboner Patriarchat weder bestätigt noch dementiert wurden, befindet sich unter den Verhafteten auch ein Priester, der als Armenapostel und Beichtvater weithin bekannte Pfarrer des Lissaboner Stadtteils Arroios, José Costa Pio. Pfarrer Costa Pio, der zu den Unterzeichnern der an Salazar im März 1959 gerichteten kritischen Denkschrift gehörte (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 113), ist seit dem 2. Januar verschwunden. Bereits Mitte Dezember 1961 war der Chefredakteur der portugiesischen Tageszeitung „Diário Ilustrado“ unter der Anschuldigung von Mischenschaften gegen die Staatssicherheit in seinen Arbeitsräumen verhaftet worden.

Am 31. Januar, dem (72.) Jahrestag der republikanischen Revolution, ist es in der nordportugiesischen Metropole Porto zu weiteren schweren Unruhen und zu Ausschreitungen gegen die Polizei gekommen.

Das Heeresministerium erklärte in einem Kommuniqué, die Revolten seien von der kommunistischen Partei geplant und von Kommunisten geführt gewesen.

#### *Erklärung des Episkopats*

Als Ergebnis einer dreitägigen Beratung, die von Kardinalpatriarch Gonçalves Cerejeira geleitet wurde, veröffentlichte der portugiesische Episkopat am 20. Januar eine gemeinsame Erklärung, in der es heißt:

„In dieser Passionsstunde des Vaterlandes kann sich auch der portugiesische Episkopat dem Mitleiden nicht entzie-

hen. Die Schmerzen des Vaterlandes — und der Verlust Goas war wie der Raub des wertvollsten Edelsteins aus seinem Schatz —, die Schmerzen des Vaterlandes, seien es Schmerzen der Sühne oder Schmerzen der Erlösung, müssen im Herzen seiner Kinder durchlitten werden. Die Ereignisse der Geschichte sind immer Gottesgerichte, und der Christ weiß daraus seine Lehre zu ziehen, um dem Herrn ‚die Wege zu bereiten‘, das heißt in Treue die gegenwärtigen Pflichten zu erfüllen. Der Schmerz ist Verzweiflung für die Heiden; für die Christen aber muß er Reinigung sein, Erneuerung, neues Leben im Glauben und in der Hoffnung.“

Unter Hinweis auf die Enzyklika Leos XIII. *Immortale Dei* und auf einen Hirtenbrief vom Januar 1959 erneuern dann die portugiesischen Bischöfe ihre Aufforderung, „beständig und treu dem Staat zu gehorchen, nichts in aufrührerischem Geist zu unternehmen und die staatlichen Gesetze gewissenhaft zu befolgen“.

„Das Vaterland ist der Ort, wohin uns die Vorsehung gestellt hat, um hier die ‚bessere Welt‘ gemeinsam zu errichten. Dem Vaterland in christlichem Verhalten treu zu dienen ist deshalb die Bedingung, um unsere Sendung in der Welt zu erfüllen . . . Es obliegt allen, jedem einzelnen in seinem Bereich und nach seinen Fähigkeiten, bei dem dreifachen Werk mitzuwirken: Portugal reicher, menschlicher, christlicher zu machen.“

#### *„Das Licht von oben“*

Diesen Teil des Hirtenwortes kommentierte die kirchliche Tageszeitung „Novidades“ (21. 1. 62) unter dem Titel „Das Licht, das von oben kommt“:

„Eine so autorisierte Stimme wie die der Bischöfe, unserer geistlichen Führer, richtete sich gestern in einem Hirtenwort an alle Portugiesen, um sie zur Erfüllung der schweren Pflichten zu ermahnen, die die gegenwärtige Lage Portugals und der Welt ihnen auferlegt . . . Die Stimme der Bischöfe muß von uns aufgenommen und befolgt werden, als ob sie von Gott selbst käme. Mögen das die Portugiesen nicht vergessen, vor allem jene, die getreu der göttlichen Vorsehung und dem Imperativ der vaterländischen Geschichte den katholischen Glauben bekennen! — Was sagen uns die Bischöfe? Sie fordern von uns in erster Linie, daß wir in engster und vollständiger Einheit der Seelen, der Herzen und der Anstrengungen leben, arbeiten und, wenn es sein muß, leiden . . . Es wäre zu beklagen, wenn an Stelle dieser konstruktiven Hingabe Ungehorsam oder Revolten zu verzeichnen wären. Jeder solche Versuch ist ein Selbstmord. Wir müssen beweisen, daß sich wenigstens in diesem historischen Augenblick jenes traurige Wort von Camões nicht bewahrheitet: ‚Unter Portugiesen gab es einige Male Verräter.‘“

Das Hirtenwort spiegelt die Lage der portugiesischen Nation, durch die heute ein Riß zu gehen scheint. Während sich einerseits der Großteil des Volkes unter der Parole der nationalen Einheit unter der Obhut Salazars zusammenschart, hält eine kleine, aber aktive Minderheit den Augenblick für gekommen, mit diesem Staatswesen Schluß zu machen. Daß diese Gruppe vor allem die Jugend und die Akademiker umfaßt, darauf deuten die folgenden Ausführungen.

#### *Kein heroischer Ehrgeiz bei der Jugend*

Der zentrale Abschnitt der bischöflichen Verlautbarung gilt einem ganz speziellen Problem: der Haltung der Jugend.



„Es schmerzt uns, einen großen Teil unserer Jugend ohne jeden heroischen Ehrgeiz zu sehen. Wir wünschten, daß sie immer mit leuchtenden Augen sänge: *Juventude pura forte, alegre* — im Dienst der großen Ideale, für die es ‚schön ist, zu sterben‘ — in der Vorhut Portugals, dessen Mission es heute ist, das Land zu erneuern, zu vergrößern und in Übersee die christliche Kultur blühen zu lassen — in der Gemeinschaft unseres Glaubens, in der Gleichheit unserer Rechte, in der Würde unseres Lebens... Eine große Zahl läßt sich von Ideen, Bestrebungen und Haltungen anstecken, die aus antichristlichem Geist kommen. Sie durchschauen nicht diesen Geist, der ihnen die Melodien leerer und abstrakter Ideologien einflötet, seine christliche Fassade und die scheinbare Großzügigkeit unausgereifter Bestrebungen. Durch menschliche Werte, die sie von Gott als ihrem Fundament entfernen, werden diese Jugendlichen verdimmt: durch neue Götzen, die sich göttliche Attribute anmaßen und alles ihrem Kult opfern: Freiheit, Unabhängigkeit, Autonomie, Echtheit.

Diese Verseuchung hat den Geist und das Herz vieler erfaßt, die Christen sind und sein wollen. Die religiösen und moralischen Forderungen des Kreuzes, wie Demut, Keuschheit, Gehorsam, Opfer, verlieren ihren Wert vor den gottlosen Mythen der Wirksamkeit der Gewalt, des unaufhaltsamen Vormarsches der Geschichte, der persönlichen Autonomie gegenüber der Autorität.

Die in den Primar- und Sekundarschulen empfangene christliche Lehre vermag nichts gegen diese ideologische Verwirrung. Die Blüte unserer Jugend, die die höheren Schulen besucht, ist gegen die vordringende Verführung nicht gerüstet. Fast der gesamten Jugend fehlt eine angemessene christliche Bildung, die dem Niveau der erworbenen geistigen Kenntnisse und der negativen Lehren entspräche. Die Universität, deren Bildungswert auf den Gebieten der Technik, der Zivilisation, der Kunst, des Zusammenlebens unersetzlich ist, bietet der Jugend — es ist schmerzlich, das auszusprechen — keinen Schutz gegen die Trunkenheit des neuen Weines betrügerischer Lehren.“

#### „Jugend an die Front“

Diesem Hirtenwort war am 22. Dezember ein Artikel vorausgegangen, den der Abgeordnete der Nationalen Union Dr. Gustavo de Almeida unter dem Titel „SOS!!! Retten wir die Jugend!“ in der regierungsoffiziösen Zeitung „Diário da Manhã“ veröffentlicht hatte. Dieser Beitrag wurde im offiziellen Kirchenblatt von Porto (30. 12. 61) und vermutlich in weiteren Blättern nachgedruckt, so daß diese Duplizität des Themas kaum ein Zufall sein dürfte. Der Beitrag ist wie sein Titel im Stil eines Kampfmanifestes gehalten; wir bringen einige Zitate daraus:

„Der Defätismus und das Fehlen patriotischen Geistes bei einem gewissen Teil unserer jungen Menschen muß alle trostlos und besorgt stimmen!... Diese morden die Seele der Nation!“

Die Hauptschuld hierfür wird den Lehrern zugeschrieben: „In nicht wenigen Sekundarschulen entfremden sie die Schüler den patriotischen Initiativen. Es gibt Professoren, die sogar innerhalb der Schulräume für gewisse Tatsachen der vaterländischen Geschichte eine falsche Interpretation gegeben haben. Andere, opportunistischer gesinnte, äußern niemals ein klares, offenes Wort und überlassen durch ihr Schweigen das Spiel den Feinden des Vaterlandes. Viele bewahren dieses Schweigen auch heute noch, anstatt jede sich bietende Gelegenheit zu benutzen, um in diesen neutralistischen Tagen der Invasion in Goa die Seelen ihrer

Schüler anzufeuern und ihnen ihre Pflichten gegenüber dem Vaterland vor Augen zu stellen.“

„Es gibt nur eine einzige Möglichkeit, um die Jugend zu erneuern, um sie in Einklang mit der nationalen Wahrheit zu bringen: sie zu mobilisieren, sie in die Reihen des Militärs einzugliedern, in die Fronten der Schlacht, wo man bereits bewiesen hat, was Portugal ist. Dort werden sie die Regeln des guten Lebens lernen, oder man wird sie ihnen beibringen...“

An den Erziehungsminister richtet der Artikel abschließend folgenden Appell: „Herr Minister! Stellen Sie eine ernste Untersuchung an, um festzustellen, wer die wahre nationale Erziehung torpediert! Man möge endlich mit der Regierungspraxis einer übermäßigen Nachgiebigkeit aufhören, die es diesen Exemplaren gestattet, strategische und die nationale Seele zerstörende Posten einzunehmen! Es ist nötig, die ‚Pandits‘ des Inneren hinauszufegen! Geben wir der Jugend andere Erzieher!“

#### Ein kirchliches Schulprogramm

Der Aufruf der portugiesischen Bischöfe beschränkt sich nicht auf reine Anklagen. Der dem Problem der Jugend gewidmete Abschnitt schließt mit folgender Ankündigung:

„Deshalb unternimmt der Episkopat gegenwärtig Anstrengungen, ein Hochschulinstitut zu schaffen, wo die christliche Doktrin auf Universitätsniveau gelehrt werden kann. Er glaubt, damit nicht nur der Kirche, sondern auch der Nation zu dienen.

Es ist freilich nicht nur die höhere Schulbildung, die in Frage steht. Auch die Bedingungen einer wirksamen christlichen Unterweisung in den Primar- und Sekundarschulen bedürfen dringend der Revision. Auch hier kann und darf der Staat dieses schwerwiegende Problem, bei dem es auf Leben oder Tod ankommt, nicht aus sich allein lösen. Die Kirche ist zutiefst davon betroffen; aber auch sie allein kann es ohne Hilfe des Staates nicht bewältigen. Es scheint die Stunde gekommen, sich weitschauend dem Problem des Privatschulwesens nach dem Vorbild anderer Länder zu stellen.“

Diesem Teil des Hirtenbriefes widmen die „Novidades“ einen eigenen Leitartikel (29. 1. 62), in dem es heißt: „Es ist unausweichlich geworden, daß Staat, Kirche und Familien in einem wahren Kreuzzug ihre Anstrengungen vereinen, um eine Jugend zu verteidigen, die verblendet dem Abgrund entgegenrennt.“

#### Aus Amerika

##### Versuch einer sozialen Typologie Lateinamerikas

„Lateinamerika“ beginnt langsam auch ein volkstümlicher Begriff zu werden: in der Weltpresse auf Grund der politischen Ereignisse und Kommentare, die sich mit dem so problem- und spannungsreichen Subkontinent befassen, im religiösen Bereich durch den Aufruf der deutschen Bischöfe (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 125 ff.) und den großherzigen Wiederhall, den er bei der Weihnachtskollekte des katholischen Volkes gefunden hat. Man gibt sich allgemein Rechenschaft darüber, daß in diesen bisher für peripher gehaltenen Regionen weltwichtige Entscheidungen fallen werden — soweit sie nicht bereits gefallen sind. Denn die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) konnte zwar auf ihrer letzten Außenminister-tagung in Punta del Este (Januar 1962) Kuba aus diesem

interamerikanischen Zusammenschluß mit knapp erreichter Zweidrittelmehrheit und bei Stimmenthaltung der größten und wichtigsten lateinamerikanischen Staaten (Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko u. a.) ausschließen und die nunmehr zugegebenermaßen leninistisch-marxistische Regierung Fidel Castros als unvereinbar mit den Grundsätzen amerikanischer Staatengemeinschaft und politischer Weltanschauung verdammen, doch kann eine solche diplomatisch vollzogene Anwendung der klassischen Monroe-Doktrin weder verhindern, daß Kuba weiter zu Amerika, und besonders zu Lateinamerika, gehört, noch auch daß Lateinamerika unerschwellig noch immer und auf lange Sicht zu Kuba gehört. Erst wenn die „Allianz für den Fortschritt“ mit ihren in zehn Jahren aufzubringenden 20 Milliarden Dollarkrediten wirklich in Kraft tritt, wird sich zeigen, ob es gelingen kann, zu verhindern, daß Lateinamerika, dieses westlichste Abendland, östlich wird.

Der Hirtenbrief der deutschen Bischöfe hatte bereits eindringlich darauf hingewiesen, daß die Probleme Lateinamerikas nicht allein auf materiellem Gebiete liegen und darum auch nicht allein mit materieller Hilfe zu lösen sind. Die Krise liegt letztlich im geistig-religiösen Bereich, und darum fällt der Kirche eine ihre Kräfte weit übersteigende Verantwortung zu, der sie nur unter opferbereiter Mithilfe der dazu fähigen Katholiken anderer Länder genügen kann. Dabei wird sich erweisen, daß eine solche Hilfe, die ja vor allem ein Dienst am Menschen, an menschlichen Gruppenbildungen und organisch gewachsenen und zusammengehörigen Gemeinschaften ist, nur in dem Maße wirksam werden kann, wie sie realistisch und lebensnah auf die vorgefundenen Realitäten eingeht. Das aber sind die einzelnen Staaten und Länder mit ihren einander wohl ähnlichen, aber doch je und je verschiede-

nen Bedingungen und Strukturschwächen. Sowohl die großzügige Wirtschaftshilfe der „Allianz für den Fortschritt“ wie die geistliche Gabe aus der „Adveniat“-Sammlung und anderen Quellen wird nicht umhin können, den bequemen und vereinfachenden Gesamtbegriff und Generalnenner „Lateinamerika“ in seine Komponenten aufzulösen und in konkrete Anschauung zu verwandeln. Wir geben darum im folgenden in freier und für unsere Zwecke etwas abgewandelter Weise den Versuch einer Gruppierung der lateinamerikanischen Länder nach sozial-ökonomischen Typen wieder, den P. Roger Vekemans SJ, der Leiter des „Centro Bellarmino“ genannten sozialwissenschaftlichen Instituts der katholischen Universität Santiago (Chile), im Auftrag der OAS unternommen und im Dezember 1960 einem von den Vereinten Nationen, der UNESCO und anderen Institutionen veranstalteten Expertenseminar in Mexiko vorgelegt hat. Wir stützen uns dabei auf die in „Mensaje“ (einer von Jesuiten geleiteten und in Santiago erscheinenden Zeitschrift) November 1961 veröffentlichte schlußfolgernde Zusammenfassung, die eine beigefügte tabellarische Übersicht begründet und erklärt. Wir übernehmen die wesentlichen Daten dieser Tabelle (siehe unten links) und ergänzen sie durch die Beifügung der Indexzahl der Katholiken pro Priester.

Ein Blick auf die tabellarische Übersicht zeigt, daß die Gruppierung nach wirtschaftlichen und sozialen Strukturen nicht mit der geographischen Nachbarschaft zusammenfällt. Allerdings muß die Zuweisung zu einer bestimmten Gruppe jeweils begründet werden, da sie sich aus der Zahlenähnlichkeit der Indizes nicht sofort einsichtig ergibt. Sechs Gruppen zeichnen sich ab: zuoberst die zentralamerikanischen Länder außer Kuba, Costa Rica und Panama. Es folgen Paraguay und Bolivien, die sich beide kaum über das Niveau der ärmsten zentralamerikanischen Staaten erheben. In der Mitte stehen die Andenstaaten Kolumbien, Ekuador und Peru einerseits, Mexiko und Brasilien andererseits, geographisch weit voneinander entfernt, aber durch eine ähnliche Entwicklungsdynamik verwandt. Die fünfte Gruppe mit den karibischen Staaten Panama, Costa Rica, Venezuela und Kuba weist von den benachbarten zentralamerikanischen Staaten der ersten Gruppe ganz verschiedene Indizes auf und leitet über zu der letzten Gruppe mit Chile, Uruguay und Argentinien.

#### Die erste Gruppe: Zentralamerikanische Länder

Die Länder der ersten Gruppe: El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Nikaragua, Dominikanische Republik, haben einen sehr niedrigen Lebensstandard, und es zeigt sich, daß eine allzu plötzliche Überflutung durch unkontrollierte Kräfte der technischen Zivilisation die Lage nur noch verschlimmern würde. Sie alle hängen von der Landwirtschaft ab, die einen sehr hohen Prozentsatz der aktiven Bevölkerung beschäftigt (zwischen 63% in Salvador bis zu 83% in Honduras und Haiti). Es handelt sich dabei um ausgesprochene Monokulturen (Kaffee, Bananen) mit der entsprechenden Gesellschaftsstruktur, verschärft durch die beherrschende Rolle der nordamerikanischen United Fruit Company in der Bananenproduktion. Die genannte Ländergruppe ist auf kulturellem Gebiet mit der Höchstzahl von Analphabeten ziemlich homogen: zwischen 57% in der Dominikanischen Republik und 89% in Haiti. Ebenso findet sich hier eine ähnliche demographische Dynamik, die zu der größten Bevölkerungs-

	Jahresinkommen in US-Dollar pro Kopf	Zementverbrauch in kg pro Kopf	% der städt. Bevölkerung	% Analphabeten	Ärzte pro 100 000 Einw.	Geburten pro 1000	Todesfälle pro 1000	Indianer bzw. Schwarze	ein Priester pro Gläubigenzahl
<b>I</b>									
Haiti	64	19	17	89,0	9	48	25	95	5950
Guatemala	160	33	30	71,0	17	46	25	54	10800
Honduras	150	22	25	65	15	43	20	12	9650
Dom. Republ.	160	113	28	57	20	50	22	15	8600
Nikaragua	129	42	37	62	32	47	21	15	9950
El Salvador	150	49	35	61	17	45	22	20	7600
<b>II</b>									
Paraguay	140	10	35	34	46	45	19	25	3250
Bolivien	75	15	37	68	25	43	21	70	4900
<b>III</b>									
Peru	120	97	41	53	22	45	23	60	5400
Ekuador	150	49	39	44	26	43	20	40	3250
Kolumbien	250	107	48	38	36	45	19	10	3650
<b>IV</b>									
Brasilien	230	62	37	51	33	45	21	11	5550
Mexiko	220	85	50	43	42	43	17	30	4800
<b>V</b>									
Panama	250	157	47	30	30	42	20	25	5200
Costa Rica	181	78	36	21	36	44	16	—	4200
Venezuela	540	270	61	48	53	43	20	15	4350
Kuba	310	125	55	22	100	33	15	13	7850
<b>VI</b>									
Chile	360	130	66	20	56	38	15	5	2750
Uruguay	440	166	81	15	91	25	10	—	3865
Argentinien	460	131	68	14	128	25	10	—	4100

dichte auf dem ganzen Kontinent führt: 122 Einwohner pro qkm in Haiti und 118 in El Salvador. Auch haben diese Länder das Gemeinsame, daß ethnisch das rein europäische Element in der Minderheit ist: Haiti zählt 95% Schwarze, die Dominikanische Republik 15% Schwarze und 75% Mulatten, während in den anderen Ländern das indianische Element mehr oder minder vorherrscht. Alles das trägt zu einer Starrheit der gesellschaftlichen Schichtung bei, in der eine Mittelklasse, wie sie sich aus dem Aufsteigen der unteren Schichten ergeben würde, so gut wie nicht vorhanden ist. Abgesehen von einigen inselhaften Zentren moderner Zivilisation: den Städten, für die Nicaragua und El Salvador den relativ größten Bevölkerungsanteil (37% bzw. 35%) stellen, ist das allgemeine Niveau und der Lebensstandard des Proletariates, vor allem des ländlichen, ungewöhnlich niedrig. Im Einklang damit steht die selbst für Lateinamerika außerordentlich ungünstige Indexzahl der Katholiken pro Priester, die natürlich auch noch andere geistes- und kulturgeschichtlich abzuleitende Ursachen hat.

Politisch gesehen, sind diese Länder auf Grund der geschilderten Lage sozusagen amorph; ihre Verfassungen sind höchstens Pseudomorphosen der Demokratie, weil eine echte politische Willensbildung der Bevölkerung gar nicht möglich ist. So ist die Macht Gegenstand und Spielball herrschender Familien oder Cliquen, solange sie nicht ein Diktator an sich reißt. Hier liegt die Erklärung für das gerade in diesen Ländern so häufige und typische Phänomen des „caudillismo“ (Caudillo = Condottiere oder Führer im auch uns hinlänglich bekannten Sinn). Vekemans meint, daß eine solche Herrschaftsform einstweilen naturgegeben sei, aber doch von einem verantwortungsbewußten „Caudillo“ unter Anknüpfung an das im Untergrund vorhandene Nationalgefühl und den Gemeinschaftssinn des Volkes zu einer kulturellen, sozialen und politischen Integration dieser Länder emporgeläutert werden könnte. Einstweilen allerdings präsentieren sich die Staaten dieser Gruppe als schwierige und unzuverlässige Partner für internationale Hilfs- und Förderungsaktionen, zumal jede größere Hilfe sofort den engen Rahmen und die schwachen Strukturen der politischen und sozialen Gebilde sprengen und als „Überfremdung“ empfunden würde, so daß die nationalen Ressentiments erwachen könnten und der kommunistischen Propaganda erst recht Zündstoff in den Schoß fiele.

#### *Zweite Gruppe: Bolivien und Paraguay*

In gewisser Hinsicht schließen sich Bolivien und Paraguay den Ländern der ersten Gruppe trotz ganz anderer klimatischer und geographischer Lage unmittelbar an: sie weisen sehr niedrige Pro-Kopf-Einkommenssätze auf, und ihre Wirtschaft ruht vornehmlich auf der Ausfuhr eines einzigen Produktes: für Bolivien das Zinn, für Paraguay landwirtschaftliche Erzeugnisse. Auch ethnographisch ähneln sie der ersten Gruppe durch ihren relativ geringen Anteil europäischer Elemente: Bolivien zählt 63% Indianer, Paraguay 74% Mestizen mit vorherrschend indianischem Einschlag. Dennoch ist es gerechtfertigt, sie von der ersten Gruppe abzusetzen, weil in beiden Ländern die Gesellschaft eine stärkere Dynamik und Beweglichkeit aufweist. In Paraguay zeigt sich das an der verhältnismäßig geringen Zahl der Analphabeten (etwa 34%), so daß hier mit dem schnellen Entstehen einer Mittelklasse und mit allen ökonomischen und politischen

Folgen, die damit verbunden zu sein pflegen, zu rechnen ist. Bolivien hingegen hat den Weg einer sozialen Revolution eingeschlagen, der die Eingliederung der bisher von der modernen Entwicklung fast völlig abgesonderten starken indianischen Bevölkerung zum Ziele hat. Beide Prozesse unterscheiden diese beiden Länder von der durch ihre Stagnation charakterisierten ersten Gruppe. Auch sind sie an räumlicher Ausdehnung viel größer, wenn auch entsprechend dünner besiedelt. Andererseits gilt auch hier, daß beide Länder noch keine klare politische Physiognomie aufweisen und kaum wirkliche Partnerschaft für internationale Zusammenarbeit anzubieten haben, zumal sie durch ihre wirtschaftliche Schwäche sowohl dem Zugriff der stärkeren Nachbarn wie auch den nationalistischen Reaktionen offenstehen.

Von der Zahl her beurteilt, scheint die religiöse Lage etwas günstiger; während das für Paraguay auch wirklich in etwa gelten mag, spielen in Bolivien Umstände geographischer, klimatischer und ethnischer Art eine so große Rolle, daß man aus dem Zahlenverhältnis allein keine allzu hoffnungsvollen Schlüsse ziehen darf, zumal die erwähnte soziale Revolution gegen die kommunistische Infektion alles andere als gefeit ist.

#### *Dritte Gruppe:*

##### *Die Andenstaaten Kolumbien, Ekuador und Peru*

Trotz räumlicher Nähe scheint die Zusammenstellung der drei Andenstaaten unter dem uns beschäftigenden Gesichtspunkt einigermaßen willkürlich zu sein. Denn es zeigt sich sofort, daß Kolumbien weit höhere Indizes aufweist als die beiden anderen Staaten. Dennoch gehört es in kultureller, politischer und auch sozialer Hinsicht eher zu dieser Gruppe als zu seinem großen südöstlichen Nachbarland Brasilien. Immerhin weist Kolumbien einen wesentlich höheren Einkommenssatz pro Kopf auf (250 Dollar). Demographisch, ethnisch und kulturell nähert es sich indessen den beiden anderen Ländern dieser Gruppe, wie aus den entsprechenden Zahlen ersichtlich wird. Daher kommt es, daß in diesen Ländern mit so starken sozialen Gegensätzen und stagnierender gesellschaftlicher Schichtung und bei der territorialen Großräumigkeit und den schlechten Verkehrsverhältnissen besonders starke Spannungen und Niveauunterschiede herrschen. So konzentrieren sich die Phänomene wirtschaftlichen und zivilisatorischen Fortschrittes auf wenige, inselhafte Schwerpunkte. In Peru sind es die Provinzen Lima, Callao und Arequipa, in Kolumbien die Gebiete um die Städte Medellín, Cali, Bogotá und Baranquillas. Hier bildet sich eine starke Mittelklasse, während andere Gebiete und Bevölkerungsschichten davon so gut wie unberührt bleiben. Immerhin haben diese Länder allmählich festere politische Institutionen entwickelt, denen ein deutlicheres Staatsbewußtsein entspricht, wenn auch die Gefahr sozialer Revolutionen gerade wegen der inneren Unausgeglichenheit stets zu berücksichtigen bleibt. Ihr wird man nur durch kraftvolle Investitionen und wirksame Maßnahmen sozialen Ausgleichs erfolgreich begegnen können. Die religiöse Situation ist entsprechend der Gesamtlage sehr unterschiedlich je nach den Regionen innerhalb der einzelnen Staaten, die große Missionsgebiete mit indianischer Bevölkerung einschließen, während, besonders in Kolumbien, in den städtischen Zentren ausstrahlende Herde starken kirchlichen und apostolischen Lebens zu finden sind.

#### *Vierte Gruppe: Mexiko und Brasilien*

Die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung der letzten Jahre und die damit verbundene Umwandlung der Strukturen rechtfertigt es, die beiden Länder Mexiko und Brasilien trotz ihrer Unterschiede auf den meisten anderen Gebieten dennoch zusammenzuordnen. Nur die sich deutlich abzeichnende Zukunft dieser beiden Großstaaten unterscheidet sie wesentlich von denen der vorgenannten Gruppe, mit denen sie in vielen anderen Indizes durchaus übereinstimmen. Dennoch gestatten gewisse wesentliche Ansätze eine günstigere Prognose. Vekemans sieht diese Ansätze vor allem in folgenden Punkten: a) Mexiko und Brasilien weisen beide eine starke städtische Schwerpunktbildung mit großem ausländisch-europäischem Kontingent auf; b) die Industrialisierung strahlt strukturverändernd in das ganze Land aus; c) dadurch erfolgt eine politische Stabilisierung als Ergebnis eines revolutionär (Mexiko) oder evolutionär (Brasilien) gesuchten Ausgleichs zwischen den extremen Klassengegensätzen; d) kulturell gesehen, scheint in beiden Ländern der Alphabetisierungsprozeß der Massen schneller zu gelingen.

Die religiöse Lage ist bei zahlenmäßiger Ähnlichkeit jedoch sehr verschieden, da in Mexiko die Kirche den sozialen Führungsanspruch auf Grund der durch die Verfolgung der zwanziger Jahre geschaffenen Situation noch nicht erheben kann, während sich die Bischöfe Brasiliens sehr bewußt auch dem Staate gegenüber Gehör zu schaffen beginnen (Agrarreform u. a.).

#### *Fünfte Gruppe:*

##### *Kuba, Venezuela, Costa Rica, Panama*

Die Länder Kuba, Venezuela, Costa Rica und Panama haben sich unter dem Einfluß besonderer Faktoren in sehr eigenwilliger Weise entwickelt. In Venezuela war es die Erdölgewinnung, in Panama der Kanal, in Kuba die soziale Revolution als Folge mangelnden wirtschaftlichen Gleichgewichts, während Costa Rica seine Eigenart wegen seiner einheitlich weißen Bevölkerung behauptet.

Kuba erweckt naturgemäß in diesem Zusammenhang das meiste Interesse. Man kann gar nicht deutlich und warnend genug darauf hinweisen, daß gerade das Beispiel Kuba zeigt, wie wenig finanzielle Hilfe allein imstande ist, die kommunistische Gefahr zu bannen, als ob wirtschaftliches Elend die einzige Ursache für den roten Umsturz wäre. „Ausgerechnet in einem der höchstentwickelten Länder Lateinamerikas hat der Kommunismus seinen ersten Sieg auf der westlichen Hemisphäre errungen“, schreibt Ernst Halperin in der „Zeit“ (22. 12. 61; vgl. auch seinen sehr instruktiven Aufsatz in „Wort und Wahrheit“, Februar 1962). „Kuba entspricht durchaus nicht den landläufigen Vorstellungen von einem unterentwickelten Land. Rund 57% [bei Vekemans 55%] seiner 6,5 Millionen Einwohner lebten schon 1953 in den Städten. Bei nur 43% [Vekemans 41,5%] Landbevölkerung fällt Kuba schon längst nicht mehr in die Kategorie der reinen Agrarländer, sondern in diejenige der Agrar-Industrie-Länder.“ Halperin spricht dann von der Existenz eines kräftigen bürgerlichen Mittelstandes, dessen Lebensstandard demjenigen der entsprechenden Schicht in den Vereinigten Staaten mindestens gleichkam, und stellt fest, daß der Lebensstandard des Kleinbürgertums und der großen Masse der Angestellten, aber auch der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft mit dem der ent-

sprechenden Bevölkerungsgruppen in Italien vergleichbar gewesen sei. Zudem hätte das Land in der zweiten Diktaturperiode unter Batista eine Art Wirtschaftswunder erlebt. Das gleiche geht auch aus den Zahlen unserer Tabelle hervor, die ja naturgemäß den Zustand vor der Castro-Revolution widerspiegeln. Vekemans möchte die Ursachen der kubanischen Revolution in dem Niveauunterschied zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung sowie in der wirtschaftlichen Abhängigkeit von fremdem, d. h. nordamerikanischem Kapital sehen, ein Faktor, der auch in Panama und Venezuela wirksam ist. Dabei übersieht er jedoch nicht den politisch-historischen Grund, der dazu führte, daß eben in der gegenwärtigen Weltlage der Sturmwind des Weltkommunismus in die ursprünglich freiheitlich gemeinte Rebellion gegen die Batista-Diktatur blies.

Venezuela ist ein anderer Beweis dafür, daß der hohe Einkommensindex allein nicht genügt, um auf eine stabile Lage schließen zu lassen. Abgesehen davon, daß dieser Index wohl auch in letzter Zeit infolge der veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in diesem Lande gesunken sein mag, stammt dieser Wohlstand einzig und allein aus den Erdölgewinnen, die nicht gleichmäßig auf alle Schichten der Bevölkerung verteilt worden sind. Daher ein großes soziales Gefälle und entsprechende politische Unsicherheit mit der Chance, bei kluger und weit-sichtiger Sozialpolitik zu einer gefestigteren Lage zu gelangen.

Panama ist wirtschaftlich durch die Kanalzone begünstigt, während Costa Rica bildungsmäßig den Vorrang hat, was mit seiner einheitlich weißen Bevölkerung zusammenhängt. Andererseits ist der Kanal für Panama auch eine schwere national-psychologische Belastung, während Costa Rica an der Enge seines Territoriums die natürlichen Grenzen seiner Höherentwicklung findet.

Die religiöse Lage dieser Ländergruppe ist seit der kubanischen Revolution nicht mehr einheitlich, obwohl sie von der kirchlichen Strukturschwäche her grundsätzliche Ähnlichkeit aufweist. Auf Kuba ist aber durch die Ausweisung des ausländischen Klerus und die offen marxistische Regierung eine besonders schwierige Situation entstanden, über die an dieser Stelle wiederholt berichtet worden ist (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 124 ff.).

#### *Sechste Gruppe: Argentinien, Uruguay und Chile*

Die letzte Ländergruppe zeigt auf den ersten Blick, daß hier eine Entwicklung erreicht ist, die sich allmählich dem Durchschnittsniveau der westlichen Welt nähert. Das ist um so bemerkenswerter, als diese Länder ursprünglich von einer ähnlichen Ausgangsbasis begonnen haben wie die übrigen lateinamerikanischen Staaten. Die Wirklichkeit hier verweist auf die Möglichkeit dort. Es handelt sich hier um Länder mit relativ geringem landwirtschaftlichem Bevölkerungsanteil, stärkerer Alphabetisierung der Massen, großer bis ausschließlicher Präsenz europäischer Elemente, entwickelten Industrien, vergleichsweise hohem Einkommenssatz pro Kopf. Man nähert sich einem sozialen Ausgleich durch Bildung eines in sich gefestigten Mittelstandes, der sowohl politisch in kraftvollen Parteien wie wirtschaftlich durch einen relevanten Binnenmarkt strukturbildend wirkt.

Trotzdem befinden sich auch diese Länder, die von den wirtschaftlichen Bedingungen der Nachkriegsjahre stark profitieren konnten, gegenwärtig in einer Stagnation oder sogar Rezession, die zu einer politischen und sozialen

Krise führen kann. Die Industrialisierung ist unter dem Druck der öffentlichen Meinung in einem überspannten Rhythmus erfolgt und bei einem relativ untragbar hohen Lohnniveau, so daß eine dauernde Geldentwertung eingetreten ist. Die Ökonomie dieser Länder ist den sozialen Forderungen der Bevölkerung nicht gewachsen, so daß auch die politische Führung immer wieder nicht so sehr aus sachlichen Gründen, sondern unter dem Druck der Straße handeln muß und damit ständig einen prärevolutionären Zustand zu berücksichtigen hat, ohne ihn beseitigen zu können.

Die religiöse Lage läßt sich auch wiederum nicht an der Indexzahl einwandfrei ablesen; wenn sie auch ein relativ günstigeres Verhältnis zwischen Priester- und Gläubigenzahl andeutet, so muß der ganze politische, geschichtliche und kulturelle Kontext berücksichtigt werden, der erst zeigen würde, wie schwach vor allem in Uruguay, aber auch in Argentinien und selbst in Chile in Wahrheit die Position der katholischen Kirche ist.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß der — in den Einzelheiten diskutabile und vielleicht willkürliche — Versuch einer typologischen Gruppierung der Länder Lateinamerikas dazu hilft, den Subkontinent mehr reliefartig oder auch perspektivisch zu sehen und demgemäß alle Hilfsaktionen und Stützungsvorhaben sachentsprechender und damit wirksamer zu gestalten.

#### Aus den Missionen

**Daß die Schulfreiheit in den Missionsländern erhalten bleibe oder wiederhergestellt werde. Missionsgebetsmeinung für April 1962**

Papst Pius XI. hat einmal die Äußerung getan, in den Missionsländern sei der Bau einer Schule oft wichtiger als der einer Kirche. Pius XII. widmete in der Enzyklika *Evangelii praecones* dem Schulwesen einen eigenen Abschnitt (vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 545) und leitete ihn ein mit

der Mahnung an die Missionsoberen, sie möchten keine Mühe und keine Ausgaben scheuen, um die Bildungseinrichtungen aller Art zu entwickeln. Er bestätigte dadurch die Alternative seines Vorgängers; denn wegen der geringen personellen Kräfte und materiellen Mittel aller Missionsdiözesen muß der Ausbau des Schulwesens immer zu Lasten anderer missionarischer Unternehmungen gehen. Deshalb ist das Missionsschulwesen schon oft der Gegenstand kritischer Überlegungen gewesen. Der unmittelbare Nutzen der Missionsschulen für die Festigung des Glaubens bei den katholischen und für seine Ausbreitung unter den nichtkatholischen Schülern erscheint im allgemeinen nicht so groß, als daß er die Opfer rechtfertigen würde, die für die Schulen gebracht werden müssen. Aber Pius XII. ließ sich dadurch nicht beirren. Er dachte wohl vor allem an die Entwicklungsländer, als er in jener Enzyklika schrieb, die Schuljugend von heute werde die führende Schicht von morgen sein. Wenn sie ihre Erziehung in einer katholischen Schule genossen habe, dann werde sie in ihrer Lebensanschauung vom Evangelium oder doch wenigstens von der natürlichen Ethik beeindruckt sein und außerdem mehr Verständnis und Wertschätzung für die Kirche aufbringen, ja vielleicht sogar von ihr angezogen werden.

Auch Papst Johannes XXIII. würdigte in seiner Missionsenzyklika *Princeps pastorum* die Bedeutung der Missionsschulen (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 178),

wiewohl auch er nicht verschwie, daß die Familie für den Aufbau eines christlichen Lebens die wichtigere Schule ist. Wie sehr ihm dennoch die Aufrechterhaltung und der Ausbau der Missionsschulen am Herzen liegen, das ersieht man außerdem daraus, daß allein im vorigen Jahre drei seiner Missionsgebetsmeinungen dieses Thema berührten. Die Kommentare dazu im vorigen Jahrgang dieser Zeitschrift (15. Jhg., S. 302, 355, 531) haben die Wichtigkeit ebenso wie die Problematik der Missionsschulen ausführlich dargestellt, so daß hier besonders auf den zweiten dieser Kommentare verwiesen werden kann.

In der ganzen neueren Missionsgeschichte hat die Kirche sich sowohl bei den primitiven als auch bei den kultivierten Völkern zur Vorbereitung und zur Unterstützung der Verkündigung des Evangeliums der Schule als des wichtigsten Hilfsmittels bedient. Sie hat das getan, weil es bei den primitiven Völkern notwendig war, ein gewisses Niveau geistiger und sittlicher Bildung zu schaffen, das die unumgängliche Voraussetzung für die Aufnahme der christlichen Botschaft darstellt, und weil bei den Kulturvölkern die Schule die leichteste, manchmal sogar die einzige Möglichkeit bot, menschliche Kontakte herzustellen. In diesen Fällen waren sich die Missionare bewußt, daß die Dienste, die sie besonders in den höheren Schulen der Jugend leisteten, nur selten durch Übertritte zum Christentum belohnt werden würden, und sie haben sich große Zurückhaltung in der Anregung zur Konversion auferlegt. Der einzige Lohn und Nutzen, den sie erhofften, bestand meist darin, daß das Klima für die apostolische Wirksamkeit der Boten des Christentums verbessert würde, die bei den oberen Schichten alter Kulturvölker einem starken nationalen und religiösen oder philosophischen Selbstbewußtsein begegneten. Ehe nun aber diese auf sehr lange Sicht ausgestreute Saat humanitären Wirkens zur Reife gelangt ist, wird das Missionsschulwesen heute durch politische Maßnahmen, die aus diesem immer mehr gesteigerten Selbstbewußtsein entspringen, in vielen Ländern der Erde bedroht. Papst Johannes XXIII. klagte schon im Konsistorium am 16. Januar 1961, nachdem er der Bedrückung der Kirche im Osten gedacht hatte: „Aus anderen Nationen erreichen Uns Klagen und Beschwerden der Oberhirten über Behinderung, die eine wirksame Tätigkeit der Kirche zu beeinträchtigen suchen, besonders dadurch, daß sie die Arbeit blühender Schulen auf gesetzlichem Wege schwächen, einschränken oder nahezu unterdrücken. Diese Schulen sind die Frucht langjähriger mühe- und sorgenvoller Einsatzbereitschaft der Missionare und dienen nur dem Ziel, die Jugend in den Wissenschaften und Fertigkeiten zu bilden und besonders, sie zu einem vollkommenen Leben zu erziehen“ (vgl. Herder-Korrespondenz 15. Jhg., S. 268).

Was auf dem Spiele steht, das zeigt der Stand des Missionsschulwesens nach der letzten uns zugänglichen Statistik für das Ende des Jahres 1957. Damals gab es in den Missionen 46 323 Volksschulen mit 4 666 000 Schülern, 5705 höhere Schulen mit 1 132 000 Schülern, 1142 Berufsschulen mit 56 800 Schülern, 476 Lehrerbildungsanstalten, aus denen jedes Jahr etwa 30 000 Junglehrer und -lehrerinnen hervorgingen, und eine Reihe von Universitäten oder Universitätskollegien. Eine ausführlichere Dokumentation über das katholische Schulwesen in Afrika mit Zahlenangaben, aus denen sich auch das Verhältnis der katholischen zu den übrigen Schulen in seiner Bedeutung einschätzen läßt, ist im vorigen Jahrgang der Herder-Korrespondenz (15. Jhg., S. 455) enthalten.

Gerade in den afrikanischen Ländern, die in den letzten Jahren politisch selbständig geworden sind, zeichnet sich immer deutlicher eine einheitliche Einstellung gegenüber dem christlichen Missionsschulwesen ab. Nur wenige Gebiete sind noch davon ausgenommen. Diese Einstellung hat sehr unterschiedliche Ursachen und Motive, die aber im Ergebnis auf das gleiche Ziel hinauslaufen: das gesamte Schulwesen zu nationalisieren und zu laisieren. Ein erstes Motiv dafür liegt selbstverständlich in den anti-kolonialistischen und antieuropäischen Ressentiments. Die ursprünglich rein kirchlichen und völlig sich selbst überlassenen Missionsschulen wurden in den letzten Jahrzehnten der Kolonialherrschaft, als man begann, sich auch um die geistige Entwicklung der eingeborenen Völker zu kümmern, von den Kolonialverwaltungen in unterschiedlichem Maß, im ganzen aber mehr und mehr reglementiert, systematisiert und in das allgemeine Schulnetz einbezogen. Daher ist es verständlich, daß die nunmehrigen souveränen Regierungen sie ebenfalls als einen Bestandteil desselben ansehen und sie nicht nur äußerlich zu verstaatlichen trachten, wie das dem blühenden Etatismus aller dieser jungen Staatsgebilde entspricht, sondern sie auch geistig afrikanisieren wollen. Diese geistige Afrikanisierung aber vollzieht sich im ganzen nach allen andern als christlichen Wahrheits- und Wertvorstellungen. Wenn auch der Ideologie des Kommunismus der Einbruch in Afrika vorläufig nicht gelungen ist, so haben andererseits doch auch die Hoffnungen, die man auf die Missionschulen setzte, daß die geistig führenden Kräfte des jungen Afrika von ihren Lehren beeinflusst sein würden, sich nur in bescheidenem Maß erfüllt. Was Europa ihnen und gerade ihnen vererbt hat, das ist vorherrschend in den meisten Ländern der Geist des praktischen Materialismus, des weltanschaulichen Pragmatismus und des geistigen Relativismus und Agnostizismus, der seinen kulturpolitischen Ausdruck in der Säkularisierung des Lebens, einer mindestens mißtrauischen Haltung gegenüber der Kirche und, was unser Thema angeht, in der vollkommenen Laisierung der Schule findet.

Diesen Tendenzen, die natürlich auch in anderen Kontinenten ihresgleichen haben (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 210), entgegenzuwirken, soll der Sinn unseres Gebetes im Monat April sein. Wenn auch nur geringe Hoffnung besteht, daß sie aufgehalten werden können, läßt der Herr die Kirche vielleicht Mittel und Wege zum Aufbau eines unmittelbar auf das Apostolat der Laien gerichteten Bildungswesens finden, auf das der Heilige Vater in Voraussicht kommender Entwicklungen schon in den Gebetsintentionen des Vorjahres, die oben erwähnt wurden, hingewiesen hat.

**Zur Lage im kommunistisch bedrohten Indochina** Nach dem Urteil vieler Kenner der weltpolitischen Gesamtlage ist zur Zeit der gefährlichste Krisenherd nicht Berlin und das geteilte Deutschland, sondern der hinterindische Raum, insbesondere Südvietnam, das durch die Infiltration und die Kleinkriegtaktik der Kommunisten so gefährdet ist, daß Anfang Dezember der amerikanische Außenminister Dean Rusk in einer Pressekonferenz erklären zu müssen glaubte: „Südvietnam ist in klarer unmittelbarer Gefahr kommunistischer Eroberung.“ Bezeichnend ist auch ein Bericht der Agenzia Fides über die

Stimmung unter den Katholiken Vietnams aus Saigon vom 19. Januar 1962: „Die Weihnachtsfeierlichkeiten zeigten überall einen Charakter mehr als gewöhnlicher innerer Anteilnahme der Christen, denn alle Welt fühlt, daß die Stunde schwer ist und daß allein die Hilfe Gottes das Land vor einem verhängnisvollen Zusammenbruch bewahren kann.“

Die Kartenskizzen der Zeitungen, die von Zeit zu Zeit die Punkte besonders starker kommunistischer Aktivität sichtbar machen, vermögen nicht annähernd die wirkliche Lage zu kennzeichnen, da sie nur die jeweiligen Ausbrüche eines Feuers sichtbar machen können, das unter dem Boden unsichtbar schwelt und zu dessen Unterdrückung bisher keine wirksamen Mittel gefunden wurden. Die subversive Wühlarbeit der Kommunisten mit ihren Erfolgen, Rückschlägen, Mißerfolgen entzieht sich jeder genauen Kontrolle. Mit militärischen Aktionen, in denen die Kräfte der an sich guten vietnamesischen Armee von 170 000 Mann bei fortwährendem Alarmzustand verzettelt werden müssen, ist dem Gegner nicht beizukommen, da die Anstifter der heimtückischen Anschläge und Zerstörungsaktionen sofort wieder in der Masse der sich friedlich zeigenden örtlichen Bevölkerung untertauchen. Über die Basen der von Nordvietnam aus durch erfahrene Führer des Vertreibungskrieges gegen die Franzosen geleiteten Unternehmungen, die auch Laos, Kambodscha und selbst Thailand erfassen, besitzt man nur unzulängliche Kenntnisse. Diese Basen sind schon bis auf das laotisch-südvietnamesische Hochplateau vorgeschoben worden, das eine ideale Ausfallstellung für den Fall darstellt, daß man den Augenblick für eine militärische Blitzaktion als gegeben erachtet, die in kürzester Zeit das Verteidigungssystem Südvietnams zum Einsturz bringen könnte. Die Verkehrsverbindungen in dem langgestreckten südvietnamesischen Gebiet sind bis in die Südspitze des Landes durch Heckenschützen gefährdet, und die Gefahrenzone beginnt schon etwa 30 km von der Hauptstadt entfernt. Einigermaßen ruhig läßt sich nur in den Städten leben. Es gehört zu der Taktik der Kommunisten, zuerst das weite Bauernland durch psychologische Kriegführung, unterstützt von Terroraktionen, zu gewinnen. Die Städte fallen den Eroberern dann als reife Frucht in die Hände. Monatlich werden nach Schätzungen etwa 2000 Personen auf beiden Seiten in dem unheimlichen Kleinkrieg getötet. Die Grenzen der ineinandergeschachtelten Staaten des hinterindischen Raumes sind kaum kontrollierbar, auch wenn zum Beispiel Thailand seine Grenzen gegenüber Laos „geschlossen“ hat. Die gutbewachte Trennungslinie von Nord- und Südvietnam entlang des 17. Breitengrades läßt sich spielend umgehen. Während es undenkbar erscheint, hinter der Zonengrenze des geteilten Deutschland auf der einen oder anderen Seite einen Kleinkrieg zu führen, ist dies in Vietnam durchaus möglich. Aber nur Nordvietnam macht von dieser Möglichkeit den ergiebigsten Gebrauch. In ganz Hinterindien geht die Offensivaktion über Ländergrenzen hinweg von den Kommunisten aus. Es steht ihr keine von einer dynamischen Idee getragene gleichgeartete Gegenaktion gegenüber. Weil das Wesen des Kommunismus von den Volksmassen nicht erfaßt wird — man sieht in ihm eine Bewegung zur Schaffung besserer Lebensverhältnisse —, kann sich auch keine von einer großen Idee getragene Gegenaktion entfalten, und selbst wenn man der weithin von buddhistischem Denken geprägten Intelligenz dieser Länder beweist, daß der Kommunismus materialistisch und gottlos ist, macht dies

naturgemäß wenig Eindruck. Nur die Sorgen politischer oder wirtschaftlicher Machtgruppen um den Verlust von Macht und Besitz bringen einige Abwehrakzente in eine im Grunde lethargische Haltung gegenüber der kommunistischen Ideologie. Der bei den militärischen Beratungen zwischen den USA und Südvietnam jüngst erwogene Plan, die Guerillataktik und die psychologische Kriegführung nach Nordvietnam hineinzutragen und so die Kommunisten ihre eigene Medizin kosten zu lassen, wäre sicherlich durchführbar — wenn dahinter eine Angriffsmoral steckte. Die amerikanischen Intelligence-Services können diese Moral nicht schaffen. Wächst sie aber aus diesen Völkern selbst nicht heraus, so erscheint die ausländische Waffen- und Finanzhilfe auf die Dauer nicht als Hilfe zum Wohle jener Staaten (Südvietnam, Kambodscha, Thailand, Laos), sondern als von eigensüchtigen Interessen diktiert. Den Kommunisten wird es dann leicht, den Bewohnern einzureden, daß sie Opfer eines neuen Kolonialismus und Imperialismus sind.

Laos ist praktisch schon an die Kommunisten verloren, selbst wenn es zu der auf der jüngsten Genfer Laos-Konferenz von 13 Mächten mit erstaunlicher Einmütigkeit akzeptierten Neutralisierung des Landes käme. Die Einmütigkeit erklärt sich daraus, daß Neutralisierung für die beteiligten Westmächte eine wirkliche politische Neutralität bedeutet, für die kommunistischen Mächte aber die Freiheit, einen solchen Staat ohne offene Einmischung von außen mit erprobten Methoden von innen her kommunistisch zu machen.

#### *Die Interessen Rotchinas*

Wenn Rußland so eifrig die Neutralisierung von Laos forderte und in Laos selbst die größte Rührigkeit entfaltete, um die bisher gescheiterte Einigung der drei rivalisierenden Regierungen herbeizuführen, so hat es dabei noch einen besonderen Grund. Die Mitsprache dieser Neutralität gibt ihm das Recht der Mitsprache an einer strategisch sehr wichtigen Stelle, die es nicht den Chinesen allein überlassen will. Ob der ideologische Streit zwischen China und Rußland beigelegt wird oder nicht: die Weltmacht Rußland hat ein vitales Interesse, Hinterindien nicht den Chinesen zu überlassen, die sich seit jeher an diese Räume herantasteten, um sich die Ausgangspforte zum ganzen südostasiatischen Raum zu sichern. Rußland ist nicht nur daran interessiert, die Amerikaner aus Hinterindien zu verdrängen, sondern auch, eine Vorherrschaft der Chinesen in diesem Raum zu verhindern. Wenn Rotchina seit Jahren das kommunistische Rußland zu einer bewaffneten Auseinandersetzung mit den Amerikanern drängt, so deshalb, um die beiden Weltmächte sich bis zur gegenseitigen Vernichtung schwächen zu lassen und gleichzeitig um so ungehinderter seine Expansionsziele nach Zentralasien, Formosa, Südostasien und den Südseeraum hin erreichen zu können. Diese Situation steht den Sowjets klar vor Augen und erklärt zum Teil ihre Scheu vor einer bewaffneten Auseinandersetzung mit dem Westen.

Es mag sein, daß durch diese Situation im Augenblick ein direkter und unmittelbarer Zusammenprall der um den Einfluß in Hinterindien ringenden Großmächte verhindert wird. Aber die Rotchinesen wagen es unter diesen Umständen, mit Hilfe Nordvietnams ihren subversiven Kampf in Hinterindien, der bisher so erfolgreich war, entschlossen weiterzuführen, um von innen heraus die von den USA gestützten Regime zu Fall zu bringen. Die akute Gefahr in Südvietnam, dessen Territorium von kommunistischen Einflußzonen durchwuchert wird — mehr als die Hälfte des Landes kann nicht mehr von der Regierung Diem normal verwaltet werden, die Verbindungswege zu Lande sind ständig bedroht, und die Hauptstadt Saigon gleicht einer in weitem Bogen umstellten Festung —, hat nun die Amerikaner veranlaßt, ihre militärische Stützungsaktion für Südvietnam bis zur äußersten Grenze dessen zu führen, was man eine bewaffnete Intervention nennt.

Die Rotchinesen reagierten darauf durch Entsendung einer Militärmission unter der Leitung des Marschalls Yeh Chien-Ying, des Vizepräsidenten des Nationalen Verteidigungsrats zu Peking, nach Nordvietnam.

#### *Die Politik der Amerikaner*

Da sich nun die Amerikaner darüber klar geworden sind, daß man mit militärischen Mitteln die Grundprobleme des unaufhaltsamen Vordringens des Kommunismus nicht beseitigen kann, drängten sie die Regierung von Ngo Dinh Diem, die sie für den schwächsten Komponenten im Kampfe Südvietnams gegen den Kommunismus halten, zu kraftvollen administrativen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen, überzeugt davon, daß man dem Versprechen besserer Zeiten durch die Kommunisten die Tatsache eines wachsenden Wohlergehens der Bevölkerung entgegenstellen müsse. Die Amerikaner hielten auch eine Auflockerung des bestehenden diktatorischen Regimes für nötig, in dem das Parlament nichts anderes zu tun habe, als den Gummistempel unter die Erlasse des Präsidenten zu setzen. Das Volk müsse größere Mitverantwortung tragen, die Einschließung des allen und jedem mißtrauenden Präsidenten in einen „Elfenbeinturm“ solle aufgehoben, desgleichen die Familienpolitik Diems. Manche der fähigsten Leute hätten auf Regierungsstellungen verzichtet, weil sie ihre Unfähigkeit einsahen, das Machtmonopol des Präsidenten zu brechen. Man warf Diem vor, er sei so sehr mit der Unterdrückung der inneren Opposition beschäftigt, daß er wenig Energie dem Kampf gegen den Kommunismus widmen könne. Die Wirksamkeit der Armee sei durch eine rigorose Zentralisierung der Befehlsgewalt unter Kontrolle des Präsidenten, der das Entstehen von Oppositionsgruppen im Heer fürchte, weitgehend geschwächt.

Die unter der Kontrolle der vietnamesischen Regierung stehende Saigoner Presse antwortete mit Gegenbeschuldigungen. Es wurde u. a. herausgestellt, daß eine Demokratie nach amerikanischen Vorstellungen in Vietnam unmöglich sei, und den Amerikanern vorgeworfen, sie hätten trotz jahrelanger Bitten des Präsidenten Diem den Ausbau von Heimwehren abgelehnt, die für die Bekämpfung des Kommunismus so wichtig seien, und stur an ihrem Konzept der Aufrüstung und Ausbildung einer Armee nach herkömmlichen Vorstellungen festgehalten.

Beide Vorwürfe sind wohl allzu berechtigt. Das Ende des unerfreulichen Spiels war die Beteuerung der Amerikaner, daß sie nicht ihre Demokratie in Vietnam einführen wollten, sondern nur die Verwaltung wirksamer sehen möchten. Der in der amerikanischen Presse aufgetauchte Vorschlag, Diem fallenzulassen, wurde bald aufgegeben, da man einsah, daß der Sturz dieser Regierung den Zusammenbruch Südvietnams bedeuten würde. Diem, der zunächst hartnäckig die amerikanischen Vorstellungen mit der Begründung ablehnte, er kenne sein Volk, zeigte sich schließlich geschmeidiger, und es kam zu einem gemeinsamen weitgespannten ökonomischen und sozialen Programm, das am 4. Januar 1962 verkündet wurde.

Man mag in katholischen Kreisen des Westens mit einigem Befremden die massiven Anschuldigungen gegen Ngo Dinh Diem gelesen haben, die nicht zu dem Bilde zu passen scheinen, daß man sich von diesem strenggläubigen Katholiken gemacht hatte, dessen Ruf persönlicher Integrität im übrigen nie angetastet werden konnte. Indes muß man sich zunächst ins Gedächtnis rufen, daß staatsmännische Fähigkeit nicht notwendigerweise mit gläubig-katholischer Gesinnung und einem reinen sittlichen Wollen in der Führung eines Volkes verbunden sein müssen, daß ferner jeder Mensch seine Begrenztheiten hat, die sich besonders in ausnehmend komplizierten Situationen zeigen müssen. Es liegt aber kein Grund vor, Ngo Dinh Diem staatsmännische Fähigkeiten abzusprechen. Die Zusammenarbeit mit den Amerikanern wurde ihm, der als Frucht seines Bildungsweges westliche und vietnamesische Kultur in einer gelungenen Synthese vereint, durch seinen zweijährigen Aufenthalt in den USA erleichtert, sie wurde ihm erschwert durch das Unvermögen der Amerikaner, die Verhältnisse in Vietnam zu begreifen. So mußte es zu Spannungen kommen, die seine politische Bewegungsfreiheit einengten und zu Kompromissen führten, die er selbst lieber vermieden hätte. Man wirft ihm vor, er sei Diktator. Aber wo in ganz Hinterindien wird zur Zeit nicht autokratisch und diktatorisch regiert? Hätte Diem, als er im Jahre 1954 von Kaiser Bao Dai an der französischen Riviera das Angebot erhielt, den Posten des Ministerpräsidenten in Vietnam zu übernehmen, diese Stellung annehmen können, ohne diktatorische Vollmachten zu erbiten? Er hat dann mit eiserner Hand in seinem Lande Ordnung geschaffen und die mächtigen Nebenregierungen niedergekämpft, den unfähigen Bao Dai ins Exil geschickt, sich durch eine Volksabstimmung zum Präsidenten wählen lassen und erfolgreiche Aufbauarbeit geleistet. Im April 1961 wurde er, nachdem ein Jahr vorher das Militär gegen ihn einen Putsch versucht hatte, wiederum zum Präsidenten gewählt. Nachdem nun von Nordvietnam aus das ganze Gefüge der Republik unterwühlt ist — eine bedauernswerte Tatsache, die ein „demokratisches“ Regime bei den Verhältnissen in Vietnam eher beschleunigt als verlangsamt hätte —, kann nur mit einer Notstandsregierung, die naturgegeben alle Vollmachten zentralisiert, der Zusammenbruch verhütet werden.

Als Diem die Führung des Staates übernahm, hatte er natürlich eine Menge Gegner. Ihre Zahl ist in letzter Zeit noch sehr gewachsen. Manche Maßnahmen auf administrativem Gebiete, vor allem auch auf dem landwirtschaftlichen Sektor, wurden von den untergeordneten Organen zu schroff und unpsychologisch durchgeführt, und mit der wachsenden Desorganisation des Wirtschaftslebens, hervorgerufen durch die Terroraktionen der Viet Cong und ihrer Helfer im Lande, breitete sich auch die nie ganz unterdrückte Korruption wieder aus. Die Amerikaner bemängeln vor allem, daß dem Präsidenten die hinreißende Kraft eines Volksführers fehle, daß er es nicht verstehe, mit schöpferischer Phantasie dem Volke die Ziele seiner Regierung nahezubringen. Ngo Dinh Diem ist stets ein großer Einsamer gewesen. Ursprünglich wollte er Priester werden, trat dann aber in den Staatsdienst ein, den er aus Abneigung gegen die französische Kolonialverwaltung verließ. Ho Chi Min bot ihm an, ins Kabinett der kommunistischen Regierung in Hanoi einzutreten. Da er aber den Kommunismus als gründlicher Kenner der

marxistischen Ideologie noch mehr verabscheute als den Kolonialismus, zog er sich nach den USA zurück, wo er im Hause der Weltpriestermissionsgesellschaft von Maryknoll zu Lakewood zwei Jahre stillen Studiums verbrachte. Verzweifelt über die trostlose Lage seines Vaterlandes, wollte er in ein Kloster eintreten. Ein belgischer Priester der Gesellschaft der Missionshelfer (Abbé de Jaegher), mit dem er eng befreundet war, machte ihm aber klar, daß seine „Berufung“ vor allem anderen darin bestehe, sein Volk zu retten und Zeugnis christlichen Lebens in der Welt zu geben. Daraufhin beschritt Diem den Weg, der ihn an die Spitze des Heimatstaates führte. Der unvermählte, nunmehr 61jährige Präsident ist in den acht Jahren seiner Amtsführung den Idealen treu geblieben, für die er antrat. Er hat nie nach Popularität gehascht. Für seine Gesinnung ist die Botschaft kennzeichnend, die er in der Weihnachtsnacht, in einem Bergdorf unter Soldaten weilend, an die Nation richtete: „... Dieser Frieden wurde uns von einem menschengewordenen Gott am Tage seiner Menschwerdung verheißen. Aber bedenkt wohl, daß er nur Menschen guten Willens versprochen wurde, jenen, die Gewalt brauchen, ihre Leidenschaften zu zügeln, die Ungerechtigkeit zurückzudämmen, den Haß zu entwurzeln, jenen, die mit Entschlossenheit für den Triumph von Gerechtigkeit und Liebe kämpfen...“ Auch ein in sich verschlossener Staatsführer braucht zuverlässige Berater. Diem suchte sie in Angehörigen seiner Familie, die seit dem 17. Jahrhundert katholisch ist. Es wird ihm nun vorgeworfen, er treibe eine Familienpolitik, die ihn dem Volke entfremde. In diesem Zusammenhang weist man darauf hin, daß im Regierungspalast Diems verheirateter jüngerer Bruder Ngo Dinh Nhu als politischer Berater des Präsidenten lebt. Er leite eine halbgeheime Überwachungsorganisation. Die „New York Times“ vom 28. November 1961 erklärte, dieser Bruder habe durch seine Machenschaften viel Schuld an der abnehmenden Volkstümligkeit des Präsidenten. Die Amerikaner werfen ihm vor, die Presse von Saigon anti-amerikanisch beeinflusst zu haben. Die charmante Gattin Nhus, First Lady von Südvietnam, leitet alle wichtigen Frauenorganisationen des Landes. Ein weiterer Bruder Diems ist der politische Boß von Zentralvietnam, zugleich Leiter einer geheimen Polizeiorganisation. Ein weiterer Bruder Diems leitet die Gesandtschaft in London, während der Vater von Frau Nhu Gesandter in den USA ist. Wenn in diesem Zusammenhang auch der ältere Bruder des Präsidenten, Ngo Dinh Thuc, genannt wird, der seit Errichtung der Hierarchie in ganz Vietnam (1960) Erzbischof von Hue ist, so muß dazu gesagt werden, daß der Genannte schon Bischof war, ehe sein Bruder Diem auch nur daran denken konnte, einmal eine führende Stellung in seinem Lande einzunehmen, nämlich seit 24 Jahren. Erzbischof Thuc ist nie politisch hervorgetreten und hat sich stets nur kirchlichen Aufgaben gewidmet. Zweifellos liegt in der starken Anlehnung des Präsidenten an seine Familie, soweit sie in politischen Dingen stattfindet, ein wirklicher Fehler des Präsidenten, wie er auch die Nationalversammlung mehr aktivieren müßte, die übrigens fast zur Hälfte aus praktizierenden Katholiken besteht („Le Christ au Monde“, Nr. 3, 1961). Man darf sich auch fragen, ob die Präsidial-„Demokratie“ nicht durch die Schaffung des Amtes eines Ministerpräsidenten aufgelockert werden könnte.

Korea vermag hier eine Lehre zu geben. Nach dem Sturz der Diktatur Syngman Rhee griff man dort auf



eine ältere Verfassung zurück, die dem Parlament unter der Ministerpräsidentenschaft eines Katholiken mehr Mitbestimmung geben sollte. Wenn dieses Kabinett versagte, so zum großen Teil deshalb, weil man mit der Fülle aufgetauer Probleme einer Überleitung zu demokratischeren Regierungsformen nicht fertig wurde. Die Folge war die Militärdiktatur. Zu sehr steht und fällt in Südvietnam das Wohl und Wehe des Staates mit der Person des Präsidenten. Ngo Dinh Diem hat sich nun Ende des verfloßenen Jahres unter dem Druck der Amerikaner zu einer breiteren Verteilung der Verantwortung (häufigere Konsultation des Beratenden Nationalrats, stärkere Zentralisation der Verwaltung und der militärischen Kommandogewalt, Eröffnung eines Nationalen Wirtschaftsrates, der schon in der Verfassung von 1956 vorgesehen war) entschlossen, und in vollem Einvernehmen mit den USA, die umfassende Hilfe auf sozialem, gesundheitlichem und ökonomischem Gebiete leisten wollen, ist ein Elf-Punkte-Programm beschlossen worden, das die Regierung zugleich volkstümlich machen soll. Wie weit alle diese Maßnahmen in einem schon weitgehend gelähmten Verwaltungskörper zum Tragen kommen, ist die bange Frage, die sich alle stellen, die in letzter Stunde den Übergang des Landes an den Kommunismus verhindern wollen.

#### *Die Lage der Kirche*

Zu den um die Zukunft des Landes Besorgten gehören auch die christlichen Kirchen. Die Protestanten sind erst seit 50 Jahren in Vietnam tätig und haben seit den Genfer Indochina-Verträgen ihr Personal stark vermehrt. Ihr nüchterner Gottesdienst beeindruckt die Vietnamesen wenig, aber sie haben unter den animistischen Bergstämmen des Hochplateaus, das zur Zeit von den Kommunisten besonders bedroht ist, etwa 10 000 Anhänger gewonnen. Ihr Einfluß auf das vietnamesische Kulturleben ist noch gering.

Anders ist es mit der katholischen Kirche Südvietnams, die zwar nur 9,5 Prozent der Bevölkerung umfaßt, aber immerhin die größte katholische Kirchengemeinschaft Südostasiens (nach den Philippinen) darstellt und mit ihren in zehn Bistümern zusammengefaßten etwa 1,4 Millionen Gläubigen die bedeutendste staaterhaltende sittliche Macht des Staates darstellt. Obwohl in den schon vom Kommunismus erfaßten Gebieten ihre Priester verfolgt und ihre Gläubigen drangsaliert werden, zeigt sie kräftige Lebenszeichen, gewinnt sogar in noch einigermaßen gesicherten Gebieten des Küstenbereiches im Zentrum von Südvietnam laufend Tausende von Neuchristen. Die Masse der Konversionen verzeichnet man in einem Gebiet, das fast zehn Jahre unter kommunistischem Einfluß stand: der Diözese Quinhon, die zur Zeit 71 000 Katechumenen aufweist. Seit ein paar Jahrhunderten im Lande verwurzelt — acht von den zehn Bischöfen und 90 Prozent der 1600 Priester sind Vietnamesen —, hat die katholische Kirche von einer patriarchalischen Pfarrstruktur, die der Sozialstruktur des alten Vietnam entsprach, den Übergang zu modernen Seelsorgs- und Apostolatsformen glücklich eingeleitet. Die Sozialgesetzgebung des Landes und die Durchführung einer auf die Würde der menschlichen Persönlichkeit abgestellten Sozialpolitik sind durch den starken Vietnamesischen Verband der Christlichen Arbeiter (450 000 Mitglieder), durch das unter Leitung von P. Parrel MEP stehende Sozialinstitut von Dalat und die *Équipe d'Économie et Humanisme* des

französischen Dominikanerpaters Lebret, die zwei Jahre lang die sozial-ökonomischen Verhältnisse des Landes studierte und deren Vorschläge die Regierung bei ihren Reformen weitgehend akzeptierte, außerordentlich beeinflußt worden. Zur Zeit bemüht man sich lebhaft um die Verbreitung der sozialchristlichen Grundgedanken der Enzyklika *Mater et magistra*. Das von Erzbischof Ngo Dinh Thuc vor einigen Jahren gegründete „Institut du Personalisme“ versucht, in Jahreskursen ein Anliegen herauszuheben, für das sich auch der Präsident besonders einsetzt. Er will den Massen die Notwendigkeit klar machen, den Mitmenschen, wer immer es auch sei, zu achten. In einem zur übergroßen Mehrheit nichtchristlichen Lande möchte man eine Philosophie erarbeiten, die die Würde der menschlichen Persönlichkeit aus ihrer Beziehung zu einem Absoluten herleitet.

Bisher hat dieses Institut keine volle Befriedigung gegeben. Es scheint auch, daß der politische Berater des Präsidenten, sein oben genannter Bruder Nhu, eine politische Philosophie des Personalismus konstruierte, die das Anliegen des Institutes von Dalat eher verdunkelt als erhellt. „Manchester Guardian Weekly“ vom 30. November 1961 nannte das von Nhu präkonisierte philosophische System „eine obskurantistische politische Lehre, die vom Denken avantgardistischer römischer Katholiken der Jahre um 1930 herrührt“ und die ein englischer Korrespondent, nachdem er eine Stunde lang eine entsprechende Darlegung durch Nhu angehört hatte, als „existentialistischen Faschismus“ bezeichnet habe. An und für sich zeigt das Bestreben des Institutes von Dalat auf jeden Fall, wie ernsthaft sich die Kirche bemüht, gegenüber dem kommunistischen Kollektivismus eine Philosophie auf der Basis einer Naturphilosophie aufzubauen, die auch für die Heiden annehmbar ist. Der Buddhismus zeigt zwar eine gewisse Erneuerung in Vietnam, ist aber gegenüber dem Kommunismus absolut unorientiert, passiv und ohne jede Sozialdoktrin. Die jungen Bonzen, aber auch die jungen nichtchristlichen Intellektuellen begeistern sich in wachsendem Maße für den wissenschaftlichen Determinismus. Die vor vier Jahren gegründete Katholische Universität von Dalat mit ihren drei Fakultäten (Naturwissenschaft, Literatur und Pädagogik) zählt erst 400 Studenten. Sie teilt Christen und Nichtchristen offen und bietet „eine Bildung, die auf dem Naturrecht und gesunden Prinzipien des Denkens basiert“ (Erzbischof Thuc). Der Wunsch der Bischöfe ist, daß sie sich in Philosophie spezialisieren. Jesuiten und Dominikaner bemühen sich, den christlichen Einfluß an der von 15 000 (!) Studenten besuchten Staatsuniversität von Saigon zu verstärken, an der u. a. auch zwölf katholische Priester dozieren. Mit der Gründung von Studentenheimen ist begonnen worden. Es fehlt leider in Saigon eine katholische Tageszeitung. Angesichts des schnellen Wachstums des Schulwesens — allein die Zahl der Volksschulen hat sich in acht Jahren vervierfacht, während die Zahl ihrer Besucher von 330 000 auf 1,1 Million stieg — will die katholische Kirche, die im Privat-schulwesen des Landes einen klaren Vorsprung zu erringen scheint, in diesem Jahre eine katholische Akademie einrichten, die eine pädagogische Vorbildung nach modernen Erkenntnissen vermittelt. Es ist also nicht alles hoffnungslos in Vietnam. Das Land kann noch in letzter Stunde gerettet werden, wenn seine eigenen Bemühungen weltweite Unterstützung finden.

In Laos (24 000 Katholiken = 1,35 Prozent der Gesamtbevölkerung; Zahlen von 1959) bilden die Katholiken

eine verschwindende, einflußlose Minorität. Ähnliches gilt für die Kirche im stark buddhistischen Kambodscha (52 000 Katholiken = 1,1 Prozent der Bevölkerung). In beiden Ländern sind die Bischöfe noch Europäer, desgleichen 90 bzw. 74 Prozent des Klerus. Die Kirche von Laos ist durch die inneren Kämpfe unter den drei Regierungen gelähmt, in der kommunistischen Zone verfolgt. Ihr Klerus wurde durch Ermordungen und Verschleppungen dezimiert. Kambodscha gibt zwar Freiheit der Religionsausübung, hat sich aber durch Annahme von Wirtschaftshilfen des Ostblocks und infolge politischer Gegensätze mit Thailand und Südvietnam schon sehr unter kommunistischen Einfluß begeben, so daß die Kirche dort mit wachsenden äußeren Schwierigkeiten rechnen muß. In beiden Ländern ist auch der Einfluß der Protestanten gering. Die Zentralstellung der Kirche in Indochina ist und bleibt Südvietnam, dessen Christen in vielen und schweren Verfolgungen früherer Zeiten ihren Glauben heldenhaft verteidigt haben.

### *Aus der islamischen Welt*

**Die Sezession Syriens** Die Union zwischen Ägypten und Syrien (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 336 f.), aus der die Vereinigte Arabische Republik hervorgegangen war, wurde nach drei Jahren ihres Bestehens am 28. September 1961 durch einen Staatsstreich in Damaskus aufgelöst. Hierdurch hat sich das Kräfteverhältnis im Vorderen Orient radikal verändert. Die Basis der nasseristischen Expansionspolitik wurde auf den afrikanischen Kontinent zurückgedrängt. Die Idee einer Vereinigung der arabischen Staaten nach dem Muster der Vereinigten Arabischen Republik hat fast überall ihre Zugkraft verloren. Zugleich wurde das Prestige Nassers in Afrika so gemindert, daß sein Einfluß in diesem Kontinent in Zukunft äußerst begrenzt bleiben dürfte.

#### *Die Ursachen der Sezession*

Die Ursachen der Sezession Syriens waren im wesentlichen schon durch die Art und Weise der Union dieser beiden Staaten gegeben. Man hatte sich bei der Vereinigung mit großen Worten über alles hinweggesetzt, was gegen diese Union sprechen könnte: das Fehlen einer gemeinsamen Landesgrenze (beide Staaten waren nur durch den See- und Luftweg miteinander verbunden), Gegensätze der wirtschaftlichen Interessen (die beiden Staaten konnten sich wirtschaftlich nicht ergänzen), die Verschiedenheit der Mentalität zwischen syrischen Arabern und Ägyptern und die verschiedene Sozialstruktur, die in beiden Ländern verschiedene Regierungsformen fordert. Letzteres wurde zur unmittelbaren Ursache der Sezession.

Die Union wurde überstürzt vollzogen. Die chaotischen innenpolitischen Zustände der Jahre 1956—1958 in Syrien hatten die Gefahr eines kommunistischen Staatsstreiches heraufbeschworen (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 37 f.). So wurde es wenigstens von den Initiatoren der Union hingestellt. Durch die politischen Machtkämpfe im Innern war Syrien außenpolitisch völlig isoliert worden und, so wie damals auch Ägypten, in eine bedrohliche Abhängigkeit zur Sowjetunion geraten. Es war daher nicht verwunderlich, daß viele Syrer die politischen und wirtschaftlichen Realitäten übersahen und sich von einer Union mit Ägypten die Lösung der eigenen Probleme und die Wiederherstellung der innen- und

ausßenpolitischen Stabilität versprachen. Die emotionelle Begeisterung für ein arabisches Großreich schuf im übrigen die richtige Stimmung für jene Opferbereitschaft, die eine Union nun einmal voraussetzt. Die auf beiden Seiten sehr vagen Vorstellungen von der Union unterschieden sich grundsätzlich voneinander: Die Syrer erwarteten eine regionale Autonomie und die Vorteile des außenpolitischen Schutzes, Nasser dagegen, der von ägyptischen Vorstellungen ausging, gedachte Syrien schrittweise zu einer ägyptischen Provinz zu machen.

Die Angleichung der syrischen „Nordprovinz“ an die ägyptische Südprowinz der Vereinigten Arabischen Republik wurde in der ersten Zeit nur schrittweise und zögernd vollzogen. Die syrischen Parteien wurden zwar sehr bald aufgelöst, auch jene, die den Anschluß herbeigeführt hatten, doch dauerte es fast zwei Jahre, bis Nasser die letzten Reste der alten Parteien und die alten syrischen Politiker wirklich ausgeschaltet hatte.

Zum syrischen Statthalter hatte Nasser den früheren Geheimdienstchef Sarradsch erkoren. Sarradsch war der unmittelbare Urheber jener chaotischen Zustände in Syrien gewesen, die zum Anschluß geführt hatten. Er fabrizierte Komplote, deckte sie nach Belieben auf, liquidierte so die bürgerlichen Parteien im Innern und schuf eine außenpolitische Situation, die militärische Konflikte unvermeidlich scheinen ließ und die Syrien in einen Zustand der permanenten Bedrohung durch die „Imperialisten“ versetzte. Später, als Statthalter Nassers, regierte er weiterhin durch die Polizei. Er baute sich einen „Spezialdienst“ auf, dem etwa 5000 Agenten unterstanden und der mit einem Etat von 100 Millionen syrischen Pfund an den Finanzen des Landes zehrte. Hierbei soll ihm Nasser auch einige deutsche Spezialisten, die durch eine Hilfsorganisation ehemaliger Angehöriger der SS vermittelt wurden, zur Verfügung gestellt haben (vgl. „Neue Zürcher Zeitung“, 1. 11. 61, und „L'Orient“, 30. 10. 61). Sarradsch ließ nach Belieben verhaften, foltern, Geld erpressen und ermorden. Obgleich man ähnliches in Syrien seit Jahrtausenden gewohnt war, scheint Sarradsch doch die Grenze des Gewohnten sehr weit überschritten zu haben. Nach dem Aufstand wurden aus den Gefängnissen des Spezialdienstes 3000 politische Gefangene befreit.

Um jeglichen Widerstand auszuschalten, hatte Nasser einen Teil der syrischen Armee, vor allem verdächtige Offiziere, nach Ägypten verlegen lassen. Zugleich wurden Einheiten der ägyptischen Armee (etwa eine Division) in Syrien stationiert. Zirka 20 000 ägyptische „Spezialisten“, Lehrer, Ingenieure, Agronomen, Verwaltungsfachleute usw., wurden nach Syrien geschickt, ohne daß sie wirklich benötigt wurden, und zehrten am syrischen Etat. Diese Spezialisten wurden zugleich in einem eigenen ägyptischen Geheimdienst verwendet, den Nasser besonders in den letzten zwölf Monaten in Konkurrenz zu Sarradsch in Syrien aufbaute. Die Ägypter führten sich in Syrien, einem Land, das ihnen trotz der gemeinsamen Sprache vollkommen fremd war, mehr als Herren denn als „arabische Brüder“ auf (wie dies ein syrischer Offizier formulierte: Ein ägyptischer Leutnant hatte hier mehr zu sagen als ein syrischer Oberst). Den Syrern, die sich ihrerseits für die vornehmsten Araber halten und denen im Gegensatz zu den Ägyptern ein gewisser Freiheitsdrang eigen ist, wurde dies auf die Dauer unerträglich.

Auf der politischen Ebene wurde die Vereinigung durch die Schaffung der „Nationalen Union“ der Nasserschen Einheitspartei versucht. Die Durchdringung des Landes

mußte der späteren ökonomischen Angleichung vorausgehen, damit so mögliche Widerstände ausgeschaltet würden. Eine umfassende Landreform wurde schon bald nach der Vereinigung vorgenommen. Diese konnte sich allerdings nicht auswirken, denn zugleich mit den Ägyptern wurde das Land von einer nun drei Jahre lang anhaltenden Dürre heimgesucht, die für die Landwirtschaft verheerende Folgen hatte. Im übrigen ist es fraglich, ob die Bodenreform wirklich den syrischen Verhältnissen entsprach. Im letzten Jahre wurden dann auch die sozialen Reformen, wie sie in der Südprovinz durchgeführt wurden, und die Nationalisierungen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 71 ff.) auf Syrien übertragen. Diese mußten in Syrien sehr viel weiter reichende Folgen als in Ägypten haben. Für die syrische Wirtschaft war der Transithandel seit Jahrtausenden eine wichtige Einnahmequelle gewesen. Schon die wirtschaftliche Abschnürung vom Libanon, dem Irak und der Türkei hatte für den syrischen Handel erhebliche Verluste zur Folge gehabt. Die Einführung der Devisenkontrolle führte zu einem schweren Kurssturz des syrischen Pfundes (zeitweise 30 %). Die Enteignungen trafen in ihrer ersten Phase die Minderheiten besonders stark, aber auch, wenn nicht in gleichem Maße, das syrische Bürgertum. So war es Nasser in drei Jahren tatsächlich gelungen, die syrische Wirtschaft, die bis zur Zeit der Union durchaus gesund war und florierte, an den Rand des Ruins zu bringen.

#### *Der Staatsstreich*

Nach den Äußerungen syrischer Offiziere hatte sich seit mehr als einem Jahr eine Gruppe von Offizieren verschworen, die die ägyptische „Pharaonenherrschaft“ (besonders in der Armee) nicht mehr ertragen und die Ehre der syrischen Nation wiederherstellen wollte. Diese Offiziere waren die Initiatoren des Staatsstreiches vom 28. September. Ermöglicht wurde die glatte Durchführung des Staatsstreiches durch den Zwist zwischen Nasser und Sarradsch im Sommer letzten Jahres. Bei der letzten Regierungsumbildung der Vereinigten Arabischen Republik, einer der letzten Schritte Nassers zur endgültigen Verschmelzung der beiden Provinzen, wurden die Provinzregierungen aufgelöst und Sarradsch zum Innenminister der Vereinigten Arabischen Republik ernannt, was einer politischen Kaltstellung gleichkam, denn Sarradsch mußte nach Ägypten übersiedeln. Nasser soll Sarradsch in Kairo praktisch ohne Arbeit gelassen haben. Gegen den Willen Nassers kehrte Sarradsch am 19. September nach Syrien zurück, nachdem Nassers Stellvertreter in Syrien, der Marschall Hakim Amer, dort Gefolgsleute Sarradschs aus dem Geheimdienst ausgebootet hatte. Sarradsch, der immer noch Sekretär der Nationalen Union in Syrien war, versuchte diese gegen Nasser zu gewinnen. Die Nationale Union wagte es jedoch nicht, sich gegen Nasser zu stellen, dieser wiederum vereinigte die Partei in beiden Provinzen, wodurch Sarradsch seinen Posten als Sekretär verlor („L'Orient“, 20. 9. 61). Am Vorabend des Staatsstreiches demissionierte Sarradsch, was den syrischen Geheimdienst, der zum Teil noch von seinen Anhängern geleitet wurde, endgültig lähmte.

Der Staatsstreich begann am Morgen des 28. September mit der Besetzung der Radiostation Damaskus durch eine militärische Abteilung unter dem Kommando des Obersten Kuzbari. Auch der Sitz des Marschalls Amer, der von 250 ägyptischen Soldaten bewacht war, wurde besetzt. Da die Erhebung außerhalb von Damaskus in den ersten

Morgenstunden keine Unterstützung erhielt und der Kommandant von Aleppo, wo das Gros der ägyptischen Soldaten stationiert war, sich gegen das Revolutionskomitee stellte, versuchten die Offiziere in Damaskus mit Amer über eine syrische Autonomie im Rahmen der Vereinigten Arabischen Republik zu verhandeln. Nasser, der offenbar nur ungenügend informiert worden war und jeden Kompromiß ablehnte, soll Amer den Auftrag gegeben haben, die Verhandlungen hinzuziehen. Zugleich gab er der Ersten Armee (der auch die Offiziere des Revolutionskomitees angehörten) den Befehl, mit Gewalt die Ordnung wiederherzustellen. Hierauf setzte man Amer in ein Flugzeug nach Kairo und erklärte die Auflösung der Union zwischen Syrien und Ägypten. Noch im Laufe desselben Tages schloß sich fast das ganze Land der Erhebung an. Nach einem mißlungenen Landungsversuch ägyptischer Fallschirmjäger in Syrien „verzichtete“ auch Nasser auf weiteres Blutvergießen. Schon am 29. September beauftragte das arabische Revolutionskomitee, das am 28. September die Regierung in Damaskus übernommen hatte, Dr. Mamun Kuzbari mit der Bildung einer provisorischen Regierung. Kuzbari stellte diese vorwiegend aus Professoren und Juristen zusammen.

#### *Die Übergangszeit*

Nasser hat wiederholt die syrischen Kapitalisten und Reaktionäre beschuldigt, durch die Sezession das syrische Volk der Früchte der Revolution berauben zu wollen. Der Motor der Revolution war — das ist heute erwiesen — ein Teil der Armee, die die ägyptische Bevormundung nicht mehr dulden wollte. Nasser scheint in Syrien kaum noch Anhänger gehabt zu haben. Sein Regime war durch den Terror Sarradschs und durch die Arroganz seiner Spezialisten und Offiziere derartig kompromittiert, daß die syrische Bevölkerung die Befreiung von der „Pharaonenherrschaft“ nicht weniger freudig begrüßte als seinerzeit die Vereinigung mit Ägypten. Das syrische Bürgertum und der Mittelstand, die unter Nasser schwere wirtschaftliche Verluste hinnehmen mußten, genauso wie weite religiöse Kreise, die unter Nassers Sozialismus zu leiden hatten, sahen in der Sezession eine Befreiung. Es scheint, als habe in Syrien tatsächlich so etwas wie eine politische Neubesinnung stattgefunden.

In den ersten Tagen nach der Revolution erklärte Dr. Kuzbari, daß das Land zu einer freien wirtschaftlichen Verfassung, zur Wiederherstellung der bürgerlichen Rechte und zur parlamentarischen Demokratie zurückkehren werde. Kuzbari begann in den folgenden Wochen vorsichtig zwischen den bestehenden politischen Kräften zu lavieren. Die Parteien wurden zwar nicht wieder zugelassen, doch konstituierten sich sehr bald politische Gruppierungen, die auf den ehemaligen politischen Verhältnissen aufbauten. Die Möglichkeit, daß die Kommunisten und die nationalsozialistischen Baathisten wieder zur Legalität zugelassen würden, wurde von Kuzbari ausgeschlossen. Immerhin konnte er es in der Folge nicht verhindern, daß einige Politiker, die der Baathpartei angehörten und die vor der Union in Syrien eine bedeutsame politische Rolle gespielt hatten, sich wieder in das politische Leben einschalteten. Dem Führer der syrischen Kommunisten, dem im Exil lebenden Khaled Bagdasch, wurde die Rückkehr nach Syrien verboten. Bagdasch versuchte im Oktober, von Prag kommend, nach Damaskus zurückzukehren, erhielt jedoch nicht die Erlaubnis, den Flugplatz zu verlassen, und mußte unverrichteterdinge

nach Prag zurückkehren. Die syrische Regierung unterließ es allerdings, Bagdasch zu verhaften.

### *Der nationale Pakt und die Wahlen*

Im Hinblick auf die für den 1. 12. 61 ausgeschriebenen Wahlen zur Konstituante, die zugleich ein Referendum für die neue demokratische Verfassung sein sollten, hatten sich Anfang November 70 syrische Persönlichkeiten getroffen, die etwa die wichtigsten Parteien und Volksgruppen des Landes vertraten, um zusammen einen „nationalen Pakt“ auszuarbeiten, der so etwas wie eine nationale Charta werden soll. Die Parteien verpflichteten sich darin zu einem vierjährigen Burgfrieden.

Das Programm ist kaum weniger vage als andere Programme dieser Art: 1. Arabische Einheit auf föderativer Grundlage. 2. Arabischer Sozialismus: Der Staat soll den ökonomischen Fortschritt, die soziale Gerechtigkeit und den sozialen Fortschritt sichern; er soll das persönliche Eigentum und die persönliche Initiative im Rahmen der Versammlung fördern; Kontrolle der Lebensmittelpreise; Beteiligung der kleinen Sparer an wirtschaftlichen Unternehmen (eine Art Volksaktie?); Arbeitsbeschaffung und Recht auf Arbeit. Der Staat soll die Rechte der Arbeiter, ihre sozialen Errungenschaften und die Freiheit der gewerkschaftlichen Vereinigung schützen. Der Staat soll die Arbeiterorganisationen wirtschaftlich, technisch und kulturell unterstützen. In der Legislatur sollen die Arbeitsgesetze mit dem sozialistischen Staatsplan koordiniert werden. Der Staat soll das Mitspracherecht und die Gewinnbeteiligung der Arbeiter in den Unternehmen sichern und soll eine Atmosphäre der Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern fördern. Er soll die sozialen Einrichtungen (Krankenkassen, Arbeitslosen- und Unfallversicherung usw.) fördern. Ferner soll ein Mindesteinkommen garantiert werden. 3. Landreform. 4. Garantie der bürgerlichen Freiheiten und der parlamentarischen Demokratie („L'Orient“, 8./9. 11. 61). Was hiervon verwirklicht werden wird und auf welche Weise, wird von dem nächsten Parlament abhängen. Die durchaus bürgerliche Regierung Kuzbari, die den Pakt in einem sozialpolitischen Programm vom 16. 10. 61 in seiner Substanz faktisch schon vorher gebilligt hatte („Neue Zürcher Zeitung“, 29. 10. 61), hatte sich offenbar genötigt gesehen, einige Konzessionen nach links zu machen, um die möglichen Relikte des Nasserschen Sozialismus im Volk und in den Gewerkschaften zu neutralisieren.

Für die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung, die anschließend für vier Jahre zur Legislative wird, durften keine Parteilisten aufgestellt werden, doch waren „unabhängige“ Listen ohne Parteibezeichnung gestattet. Es war den Kandidaten auch strengstens verboten, sich auf die Sympathie der Armee zu berufen. Den meisten Wählern war selbstverständlich bekannt, welche politische Richtung die einzelnen Kandidaten bzw. Listen vertraten. Es war daher auch nach den Wahlen gleich möglich, den überwiegenden Teil der Abgeordneten nach ihrer früheren Parteizugehörigkeit zu identifizieren.

Die Wahlen verliefen unter dem Schutz des Militärs ruhig und ohne Zwischenfälle. Wie weit sie manipuliert waren, muß man bei Wahlen im Orient dahingestellt sein lassen. Die Wahlbeteiligung war für syrische Verhältnisse ungewöhnlich hoch, nach den amtlichen Erklärungen sogar die höchste, die je erreicht wurde, und lag in den einzelnen Distrikten zwischen 48% und 84%. An der Wahl beteiligten sich 636 586 Wahlberechtigte, was etwa

der Hälfte der eingetragenen Wahlberechtigten entsprechen dürfte. Von diesen stimmten 96,6% für die provisorische Verfassung. Dieses Ergebnis war ein schwerer Rückschlag für die Anhänger Nassers, die die Wähler zur Ablehnung der Verfassung aufgerufen hatten. (In diesem Fall könnte allerdings nur das Wahlgeheimnis das Kriterium des tatsächlichen Mißerfolges sein. Die Abstimmung war aber nicht geheim, denn die Abstimmungszettel, die durch ihre Farben kenntlich waren, wurden außerhalb der Wahlzelle in die Urnen geworfen.)

Das Militär hat sich bei den Wahlen — das zeigt schon das Ergebnis — völlig neutral verhalten und sich auf die Kontrollfunktionen beschränkt. Eine endgültige Wertung des Wahlergebnisses ist heute noch nicht möglich. Sicher ist nur, daß die konservativen Kräfte einen beachtlichen Erfolg errungen haben. Die Zusammensetzung des neuen Parlamentes unterscheidet sich nicht erheblich von der des Parlamentes, das 1954 aus den Wahlen hervorging. Die dreijährige Union mit Ägypten hat die politischen Kräfteverhältnisse also sehr viel weniger verändert, als man annehmen mußte. Die Mandate verteilten sich wie folgt: Volkspartei 32; Nationale Partei 20 (diese beiden Parteien gelten als nationalistisch-konservativ); Baath 18; Sozialisten 6; Vereinigung der Ulemas 3; Muslimische Bruderschaft 3; Syrische Volkspartei 1; Befreiungspartei 1; „Unabhängige“ 88 (nach „L'Orient“, 5. 12. 61). 16 Sitze waren für Christen reserviert, 7 für die Vertreter der Beduinen. Über das wirkliche Kräfteverhältnis sagt diese Aufteilung nichts aus. Die Gruppierungen sind heute noch keineswegs abgeschlossen, und die Etikettierungen „rechts“ oder „links“ sind bei der Menge lokaler Interessen und ihrer Vertreter und angesichts der besonderen innenpolitischen Situation irreführend. So haben sich z. B. die Vertreter der Beduinen mit einigen Abgeordneten aus Damaskus zu einem Block („Brüder des Rif“) zusammengeschlossen, der 18 und später vielleicht 30 Abgeordnete umfassen wird. Die „islamische Front“ zählte am 12. Dezember 12 Abgeordnete, man rechnet aber für die Zukunft mit ca. 20. Der „sozialistische Block“, dem die Anhänger der Baathpartei, einige Unabhängige und Anhänger des „roten Millionärs“ Khaled el Azm angehören, rechnet mit 40 Deputierten. Nach der bisherigen Entwicklung ist damit zu rechnen, daß die Sozialisten in der Opposition bleiben.

### *Die neue Regierung*

Kuzbari, dessen Anhänger damit gerechnet hatten, daß er Staatspräsident würde, mußte sich mit der Präsidentschaft der Gesetzgebenden Versammlung zufriedengeben. Staatspräsident wurde Nasem Kudsi, der frühere Chef der Volkspartei. Nasem ließ sich nicht ins Parlament wählen. Die neue Regierung unter Maaruf Dawalibi (Volkspartei) darf als breite bürgerliche Koalition angesehen werden. Sechs Minister gehören der Volkspartei an, vier der „Front für muslimische Zusammenarbeit“, drei den jungen Progressisten, zwei der „Destur“. Einer der Minister steht den Sozialisten nahe, die selber nicht im Kabinett vertreten sind. Die Regierung kann im Parlament mit ca. 120 (von 172) Stimmen rechnen.

Wahlergebnis und Regierungsbildung dürfen als Erfolg der bürgerlichen und konservativen Kräfte angesehen werden. Die neue, zweifellos bürgerliche Regierung befindet sich allerdings in einer merkwürdigen Position, denn sie wird innenpolitisch eine im wesentlichen sozialistische Politik verfolgen müssen, es sei denn, der natio-

nale Pakt wird zu den Akten gelegt. Außenpolitisch wird die Regierung vermutlich einen neutralen (nicht: neutralistischen) Kurs verfolgen. Wenn sich die Verhältnisse in Syrien stabilisieren, könnte dies für die politischen Verhältnisse in den übrigen arabischen Staaten, Ägypten ausgenommen, günstige Folgen haben. Nachdem der Einfluß Nassers auf die arabischen Staaten auf ein Minimum

zurückgegangen ist, könnten neue und positive politische Kräfte frei werden. Neue Zusammenschlüsse sind nach den schlechten Erfahrungen mit der Vereinigten Arabischen Republik kaum noch zu erwarten oder zu befürchten. Dagegen darf man vielleicht mit neuen Bündnissen und Gruppierungen rechnen, die das Kräfteverhältnis im arabischen Raum neu gestalten werden.

## Die Stimme des Papstes

### Motu proprio über das Eröffnungsdatum des Zweiten Vatikanischen Konzils

*Papst Johannes XXIII. gab am 2. Februar 1962 durch das Motu proprio Consilium das Eröffnungsdatum des Zweiten Vatikanischen Konzils bekannt. Das Motu proprio wurde im „Osservatore Romano“ vom 3. Februar 1962 veröffentlicht. Wir geben den Wortlaut in eigener Übersetzung wieder.*

Am 25. Dezember des vergangenen Jahres, am Feste der Geburt unseres Herrn Jesus Christus, haben Wir einen seit langem erwogenen Entschluß wahr gemacht und, einer gemeinsamen Erwartung der Katholiken entsprechend, durch die Apostolische Konstitution *Humanae salutis* [vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 255 ff.] das Zweite Ökumenische Vatikanische Konzil für dieses Jahr einberufen.

Nach reiflicher Überlegung haben Wir Uns nun, um jenen, die von Rechts wegen daran teilnehmen müssen, alle notwendigen Vorkehrungen in der rechten Weise zu ermöglichen, entschlossen, die Eröffnung des Zweiten Ökumenischen Vatikanischen Konzils für den 11. Oktober dieses Jahres festzulegen. Dieses Datum haben Wir vor allem deswegen gewählt, weil es das Konzil von Ephesus ins Gedächtnis ruft, das in den Annalen der katholischen Kirche einen erstrangigen Platz einnimmt.

Angesichts der herannahenden hochfeierlichen Versammlung können Wir nicht umhin, nochmals alle Unsere Kinder zu noch häufigeren Gebeten für einen glücklichen Ausgang des Ereignisses aufzurufen. Darauf richten Wir Unsere Sorge, gemeinsam mit Unseren ehrwürdigen Brü-

dern und geliebten Söhnen, die an den Vorbereitungsarbeiten des Konzils direkt beteiligt sind, mit dem gesamten Klerus und dem christlichen Volk, das mit lebhaftem Interesse dem Ereignis entgegenharrt. Als Frucht dieses Ereignisses ersehnen Wir Uns von ganzem Herzen, daß die Kirche als Braut Christi durch die ihr eingegebene göttliche Kraft mehr und mehr gefestigt werde und daß sie diese Kraft möglichst vielen Menschen mitzuteilen vermag. In dieser Weise können Wir auch hoffen, daß die Völker, besonders jene, die Wir von soviel Schmerz, Leid, Zwietracht und so vielen unheilvollen Konflikten heimgesucht sehen, vertrauensvoller auf das „Licht zur Erleuchtung der Heiden“ blicken und daß sie endlich unter rücksichtsvoller Achtung der gegenseitigen Rechte und Pflichten den wahren Frieden finden.

Nachdem Wir also alles reiflich überlegt haben, bestimmen Wir aus eigenem Antrieb und auf Grund Unserer Apostolischen Autorität und legen fest, daß das Zweite Ökumenische Vatikanische Konzil am 11. Oktober dieses Jahres eröffnet werden soll.

Alles, was von Uns durch dieses auf eigenen Antrieb verfaßte Schreiben festgelegt wird, soll, unter Ausschluß gegenteiliger Bestimmungen, in Kraft treten und Geltung haben.

Gegeben zu Rom, bei St. Peter, am 2. Februar 1962, dem Feste Mariä Lichtmeß, im vierten Jahre Unseres Pontifikates.

JOHANNES XXIII., Papst

## Hirtenworte in die Zeit

### Die amerikanischen Bischöfe über „Unveränderte Pflichten in einer sich wandelnden Welt“

*Der Episkopat der Vereinigten Staaten von Amerika hat zum Abschluß seiner Jahreskonferenz in Washington durch die Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe, die den Verwaltungsrat der National Catholic Welfare Conference bilden, am 19. November 1961 ein Wort an alle Katholiken der USA erlassen mit dem Titel „Unveränderte Pflichten in einer sich wandelnden Welt“. Das Statement hat folgenden Wortlaut:*

Wenige Nationen der Welt können mit soviel berechtigtem Stolz auf ihre historischen Ursprünge zurückblicken wie die Vereinigten Staaten. Dieser Stolz findet seine besondere Rechtfertigung in den hohen sittlichen Grundsätzen, von denen sich unsere Gründerväter bei der Grundlegung des Staatswesens und beim Eintritt der Nation in die Geschichte haben leiten lassen. Unsere

ersten Gesetzesurkunden, die Unabhängigkeitserklärung und die Verfassung mit ihren ersten zehn Zusätzen (Amendments) kennzeichneten uns von Anfang an als eine Nation, die sich den Grundsätzen des Sittengesetzes verpflichtet wußte.

Diese Grundsätze und die religiösen Überzeugungen, die ihnen zugrunde liegen, haben auch die nationale Entwicklung unseres Volkes bestimmt. In der Zeit, in der sich unser Land gerade aus dem Kindesalter zu kraftvoller Jugend weiterentwickelte, schrieb de Tocqueville in seinem immer noch vielgelesenen Buch über die Demokratie in Amerika: „Die Religion spielt in Amerika keine direkte Rolle in der politischen und gesellschaftlichen Führung, aber sie bildet die wichtigste öffentliche Institution dieses Landes. Ich weiß nicht, ob alle Amerikaner ehrlich